



**FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT, GEGEN AUSGRENZUNG UND RASSISMUS**

**JAHRBUCH 2019/2020**



Arbeit und Leben  
DGB / VHS







**FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT, GEGEN AUSGRENZUNG UND RASSISMUS**

**JAHRBUCH 2019/2020**



Arbeit und Leben  
DGB / VHS

## **Impressum:**

Bundesarbeitskreis  
ARBEIT UND LEBEN e.V. DGB/VHS  
Robertstraße 5a  
42107 Wuppertal

Tel.: (0202) 97 404 - 0  
Fax: (0202) 97 404 - 20  
bildung@arbeitundleben.de  
www.arbeitundleben.de

Verantwortlich für den Inhalt:  
Barbara Menke

Redaktion:  
Barbara Menke, Anke Frey

Titelfoto:  
Bild von Public Co auf Pixabay

Gestaltung und Layout:  
Michael Maass, Designer AGD

Die Publikation wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) gefördert.



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

<b>Vorwort</b>	
Barbara Menke .....	1
<b>Darf Satire alles? Ein Kommentar</b>	
Nour Khelifi, Datteltäter .....	3
<b>So viele große Begriffe... Und was sagt die Praxis?</b>	
Ein Interview mit der KJP-Fachgruppe „Für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“	
<b>Warum emanzipatorische Bildungsarbeit intersektional sein sollte</b>	
Mart Busche .....	11
<b>Historisch, politisch, gut!?</b>	
Herausforderungen und Perspektiven für eine diversitätssensible Gedenkstättenpädagogik	
Sabine Ricken .....	15
<b>Verheerende Verharmlosungen rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt</b>	
Projekt <i>empower</i> – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Hamburg	
Nissar Gardi .....	21
<b>Empowered by Democracy</b>	
Erfahrungen aus zweieinhalb Jahren politischer Jugendbildung mit jungen Geflüchteten	
Samir Čolić .....	26
<b>Demokratieförderung im ländlichen Raum Ostdeutschlands</b>	
„Frustrationspotentiale“ positiv nutzen	
Tilo Garlipp-Gramann .....	32
<b>„Speed Dating Politik“</b>	
Wie das Weidener Jugendforum politische Teilhabe fördert	
Herbert Schmid .....	40
<b>breit aufgestellt!</b>	
Fortbildung zur Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen	
Jens Schmidt, Larissa Denk, Andreas Hechler, Marjaan Mandeh-Garian und Friederike Reher .....	44
<b>Kampf den Algorithmen?</b>	
Der Umgang mit Memes und Chans als neue Herausforderung der politischen Jugendbildungsarbeit	
Johannes Smettan .....	49
<b>(Anti)Rassismus in der Arbeitswelt</b>	
Ikram Errahmouni-Rimi .....	55
<b>Verzeichnis der Autorinnen und Autoren</b> .....	62



# Vorwort



**„Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden – für Solidarität, gegen Ausgrenzung!“ Menschenrechte sind #unteilbar.**

Mit dieser starken Botschaft ruft das Bündnis #unteilbar seit 2018 dazu auf ein Zeichen zu setzen und hunderttausende Menschen folgten bei verschiedenen Demonstrationen bereits diesem Ruf. Auch der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN unterstützt seit 2019 das Bündnis.

Die Kernaussage des Bündnisses ist ein zentrales Anliegen von ARBEIT UND LEBEN: Durch Bildungsarbeit einen Beitrag für eine solidarische, offene und freie Gesellschaft der Vielen zu leisten. Das gilt auch für die globale Auseinandersetzung. Die Angebote von ARBEIT UND LEBEN sensibilisieren für Diskriminierung auf struktureller, symbolischer und individueller Ebene und machen Ausgrenzungsformen kenntlich. Die Verhandlung dieser Themen erscheint umso wichtiger, da sich der gesellschaftliche Diskurs zusehends nach rechts verschiebt und gleichzeitig vermehrt gesellschaftliche Gruppierungen gegeneinander ausgespielt werden.

Die Beiträge des Jahrbuchs tragen dem oben genannten Anspruch in vielerlei Hinsicht Rechnung. Sie stellen Möglichkeiten, Methoden und Ansätze vor, Teilhabegerechtigkeit und Zugangschancen im Rahmen der politischen Bildung zu entwickeln und damit junge Menschen gut und innovativ zu erreichen. Gleichzeitig erfolgt eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen wie Rassismus, Klassismus und Antisemitismus. In diesem Sinne sind die Artikel ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie im Auftrag der politischen Bildung.

Wir wünschen eine interessante Lektüre mit spannenden An- und Einsichten und möchten dazu einladen diese auch als Anregung zur kritischen Reflexion der eigenen Arbeit und Lebenswelt zu verstehen.

Barbara Menke  
Bundesgeschäftsführerin ARBEIT UND LEBEN





**Ausgrenzung und Rassismus trifft Satire – drei Fragen an Nour Khelifi, Journalistin und Autorin beim YouTube-Format Datteltäter**

*„Warum braucht es Euch als Datteltäter?“*

*„In Zeiten von steigendem Rassismus, Diskriminierungen und Islamophobie ist es wichtig, dass ein Kollektiv wie ‘Datteltäter’ in der Öffentlichkeit dagegen halten kann und wir mit unserer Arbeit genau die Leute empowern und abholen, die in der Gesellschaft immer wieder vergessen werden oder zu Unrecht im gesellschaftspolitischen Kreuzfeuer stehen.“*

*„Wo wird’s schlimmer?“*

*„Politisch gesehen driften nahezu alle Diskurse nach rechts. Diese*

*populistischen Inhalte und die Sprache schwappen leider auch auf die Gesellschaft über und beeinflussen den gesamtgesellschaftlichen Alltag. Nahezu täglich lesen wir von Angriffen oder Übergriffen sexistischer, rassistischer oder homophober Natur, das kann kein Zustand sein in einer Gesellschaft, die sich als offen und frei bezeichnet.“*

*„Wo wird’s besser / was macht Mut?“*

*„Die Zivilgesellschaft und insbesondere die Community, die sich aufgebaut hat sowohl durch unsere Satire und Arbeit im Netz als auch vor Ort gibt uns immer wieder Mut und Kraft, dass wir sehr wohl einen Impact auf die Jugend haben und wir für sie etwas verkörpern, was es so bisher auf YouTube im deutschsprachigen Raum nicht gegeben hat. Repräsentation und das Vermitteln von Vorbildern bzw. positiven Beispielen ist wichtiger denn je in Zeiten von Negativschlagzeilen.“*



# Darf Satire alles?

## Ein Kommentar

Nour Khelifi, Datteltäter

„Für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“ – Wenn es um diese Themen geht, schalten die meisten Jugendlichen ab. Auch ich habe mich in meiner Jugend nahezu kaum damit beschäftigt, obwohl es mich betroffen hat. Nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, wie viele Menschen und Organisationen Themen wie Rassismus oder Diskriminierung entweder aus der akademischen Perspektive beleuchten oder eben im öffentlichen Diskurs noch mehr Feuer damit geschürt wird.

Eine Fatima oder ein Hakan, die sich im Teenager-Alter befinden, werden nichts damit anfangen können, wenn die Soziologin XY in einem Interview von einer „Marginalisierung von MigrantInnen“ spricht. Anstatt eine Abhandlung darüber zu lesen, dass Rassismus systematisch ist, welche Auswirkungen er auf die Gesellschaft hat und welche Strategien es gibt ihn zu bekämpfen, ist es viel breitenwirksamer, dieses Thema multimedial so aufzubereiten, dass Teenager im Endeffekt kaum merken, dass sie gerade dazu gelernt haben. Es ist mittlerweile die Aufgabe von uns allen geworden, dass wir Bildung und gesellschaftspolitisch relevante Themen so runterbrechen und erklären können, dass sie für alle Schichten verständlich sind.

Genau das ist unter anderem unser Anspruch beim YouTube-Kollektiv Datteltäter. Bestehend aus Younes Al-Amayra, Fiete Aleksander, Esra Karakaya, Marcel Sonneck, Gülcan Cetin, Toya Zurkuhlen, Gelavije Zakeri und meiner Wenigkeit, schaffen wir Rollen und verpacken unsere alltäglichen Rassismus-, Diskriminierungs- und Sexismuserfahrungen in satirische Videos, mit denen sich unser junges und vorwiegend weibliches Publikum aus dem deutschsprachigen Raum identifizieren kann. Satire und Comedy sind dabei hilfreiche Tools, um solch

wichtige Themen interessant zu gestalten, denn auch wir hinter den Kulissen von Datteltäter haben wenig Bock auf trockenen Content oder Satire, die über das Ziel hinausschießt. Satire darf nicht alles, denn auch Satire hat Einschränkungen. Nur Bashing alleine ist uns zu plump, denn die aufrichtige Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Thema muss gegeben sein. Ob IS-SympathisantInnen, selbst ernannte Islam- und IntegrationsexpertInnen, AfD-WählerInnen oder die berühmterichtigten „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“-KommentatorInnen auf Facebook – bei uns Datteltätern bekommt jede Spezies aus der deutschen Gesellschaft ihr Fett weg. Aber obwohl in unseren Videos sehr viel Gesellschaftskritik steckt und wir auf Missstände hinweisen, versuchen wir auch Lösungsvorschläge mitzuliefern und der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten.



© Die Datteltäter

Es mag hilfreich sein, dass wir so einige in unserer Gruppe haben, die tagtäglich mit Kommentaren zu kämpfen haben wegen der Hautfarbe oder der Kopfbedeckung und wir aus diesen leider unschönen Dingen dennoch kreative Strategien entwickeln können. Trotzdem dürfen wir die Leute da draußen nicht vergessen. Es ist extrem wichtig zu wissen, was die Community und Jugend von heute so interessiert, welche Probleme sie haben und wie sie zu gesellschaftspolitischen Themen stehen. Um Jugendlichen in diesen Bereichen eine Unterstützung zu sein, ist Kommunikation das A und O.

Ob durch Aufrufe auf Instagram, dass sich unsere ZuschauerInnen engagieren sollen oder durch rege und bereichernde Diskussionen in der YouTube-Kommentarspalte – mit unseren Videos wollen wir den jungen Menschen da draußen Werkzeuge an die Hand geben, damit sie sich selbst empowered fühlen und für sich selbst sowie andere einstehen und Zivilcourage zeigen können. Wir nehmen als Gruppe die Ent-

wicklungen in der Politik und Gesellschaft ganz anders wahr aufgrund unserer verschiedenen Backgrounds. Marcel und Fiete als prächtige deutsche Vorzeigebispiele erleben weitaus weniger bis gar keinen Rassismus oder Sexismus im Alltag als Gülcan, Esra oder ich, die als erkennbare Musliminnen unterwegs sind.

Dennoch herrscht der Konsens, dass die Entwicklungen, zumindest in der Politik, nicht sehr förderlich sind. Der Rechts-Extremismus und die damit einhergehenden Gefahren sind ernstzunehmen. Man kann es nicht dabei belassen, dass Menschen aus Kunst und Kultur sich dieser Riesenaufgabe alleine stellen müssen. Es fällt auch immer mehr auf, dass Rassismus in den meisten Fällen mit Sexismus gekoppelt ist. Eine Frau, die Kopftuch trägt, wird in der Regel häufiger belästigt als eine Frau ohne. Islamophobie ist demnach in Deutschland ein immer größer werdendes Problem, immer mehr migrantischen Jugendlichen wird durch populistischen Boulevard das Gefühl vermittelt, dass sie hier entweder nicht willkommen oder keine Deutschen sind.

Es spricht nichts dagegen, ein Mensch zu sein, der verschiedene Sprachen drauf hat und mehrere Identitäten in sich trägt. Das sind keine Deutschen mit Migrationshintergrund, das sind Deutsche mit dem gewissen Extra. Und genau mit diesen Extras müssen wir arbeiten und sie für das Gemeinwohl der Gesellschaft einsetzen – und auch einsetzen dürfen. Es freut uns immens, wenn uns ZuschauerInnen und SchülerInnen sowie StudentInnen davon berichten, dass sie sich nach unseren Videos oder Workshops, die wir landesweit abhalten, ermutigt fühlen, ihren eigenen Stärken nachzugehen und diese so einzusetzen, dass wiederum andere davon ermutigt werden könnten. Kann sein, dass wir anfangs einfach nur was mit dem Internet machen wollten, aber dieser empowernde Dominoeffekt ist auch ein cooler Nebeneffekt. Spaß, wir nehmen unser Projekt und welchen Effekt es auf die Jugend hat sehr ernst.

Auch wenn das Vorurteil herrscht, dass wir MuslimInnen so gefährlich seien – auch wir werden älter und hegen insgeheim den Wunsch in einigen Jahrzehnten, mit einem Gläschen Tee dazusitzen und die Jugend zu kritisieren. Bis dahin müssen wir



**datteltäter** ✓  
380.000 Abonnenten

ABONNIERT

ÜBERSICHT **VIDEOS** PLAYLISTS

Uploads **ALLE WIEDERGEHEN** SORTIEREN NACH

**KEIN GASTGESCHENK' 7:40**

**Dinge, die interkulturelle Paare kennen! #2**

228.990 Aufrufe • vor 4 Tagen

Untertitel

**Wenn Muslime Almans wären**

**Wenn Muslime Almans wären**

212.382 Aufrufe • vor 1 Woche

Untertitel

**Muslime auf Hochzeit** 8:17

**10 Arten von Muslimischen Hochzeitsgästen | Wenn...**

319.552 Aufrufe • vor 2 Wochen

Untertitel

**HOMOSEXUALITÄT IST THERAPIERBAR?** 15:03

**Schwule und Lesben reagieren auf Stereotypen |...**

105.942 Aufrufe • vor 3 Wochen

Untertitel

**KANEK DEUTSCH**  
LEVEL AZIZAK VS. GOETHE 9:52

**Wie darf ich mit Kopftuch reden? | Esras Zen-Welt**

124.444 Aufrufe • vor 1 Monat

Untertitel

**DAS HÖRST DU NIE VON DEINEN ELTERN** 8:14

**Gespräche, die Muslime NIE haben!**

201.110 Aufrufe • vor 1 Monat

Untertitel

**MEINE TRÄUMREISE** 9:50

**Wenn Muslimische Väter Urlaub machen!**

124.003 Aufrufe • vor 1 Monat

Untertitel

**DATTELTÄTER DNA-TEST #2** 10:46

**Wo kommen wir "WIRKLICH" her - Younes, Fiete, Marcel,...**

189.336 Aufrufe • vor 1 Monat

Untertitel

aber den Kontakt zur Jugend und zur Community pflegen. Deswegen ist die direkte Bildungsarbeit mit Jugendlichen nicht wegzudenken, denn nicht nur sie lernen von uns, wir lernen auch eine Menge von ihnen und können so den Nachwuchs fördern.

Es ist unfassbar wichtig ExpertInnen oder Leute im Team oder bei Projekten zu Rate zu ziehen, die Jugendliche verstehen, die aufgrund ihrer Ethnie, Religion, Sexualität oder auch politischen Gesinnung im Kreuzfeuer der Öffentlichkeit stehen. Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Solidarität gegenüber solchen Menschen und Zivilcourage zu zeigen. Und damit am Ende der Gleichung soziale Gerechtigkeit und Solidarität herauskommen, brauchen wir ein paar fette Prisen Vielfalt und die entsprechende Repräsentation dieser Vielfalt in der Öffentlichkeit.

Denn damit tragen wir zur Normalität einer multireligiösen und multiethnischen Gesellschaft bei. Und in so einer Gesellschaft will die Mehrheit mit Sicherheit leben.

Braune Inhalte brauchen wir nur, wenn wir ein Nutellabrot genießen wollen, ansonsten hat das in unserem Alltag nichts verloren.





# So viele große Begriffe... Und was sagt die Praxis?

Ein Interview mit der KJP-Fachgruppe „Für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“



Foto: © Grete Schläger

Die bundesweite politische Jugendbildung bei Arbeit und Leben bündelt ihre Ergebnisse in thematischen Fachgruppen. Dieses Jahr ist die Fachgruppe im Programm politische Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) für das Jahresthema und das Jahrbuch verantwortlich. In ihrer Arbeit sucht sie nach neuen Wegen, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen zu thematisieren und das Recht auf Teilhabe für Alle und solidarisches Miteinander zu unterstützen. In dem im September 2019 geführten Interview mit Jean-Daniel Mitton (Bundesarbeitskreis AL) berichten die Mitglieder der Fachgruppe Grete Schläger (AL Bremen), Anna Tötter (AL Schleswig-Holstein), Sabine Ricken (AL Saarland) und Lena Prabha Nising (AL Hamburg), was das Jahresthema für sie bedeutet.

**Jean-Daniel Mitton:** „Arbeit und Leben hat sich 2019/2020 das Jahresthema ‘Für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus’ gesetzt. Was verbindet ihr damit?“

**Grete Schläger:** „Mit dem Jahresthema verbinde ich das Ziel, durch unsere Bildungsarbeit, den Blick auf soziale Gerechtigkeit zu legen. Darunter verstehe ich auf gesellschaftlicher Ebene u. a. die Schaffung gleicher Beteiligungsmöglichkeiten für Alle, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Klasse, Religion usw. Was unsere Seminare betrifft, so steht für mich die Beschäftigung mit Fragen des Zusammenlebens im Fokus: ‘Wie wollen wir zusammenleben?’, ‘Was bedeutet Gerechtigkeit und wie können wir eigentlich solidarisch miteinander umgehen?’ Neben dieser Perspektive geht es aber auch darum zu schauen, was dem bisher noch im Weg



steht. Es muss eine Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit, Rassismus, Klassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus<sup>1</sup> und weiteren Herrschaftsverhältnissen und Diskriminierungsformen geben. Zum einen braucht es hierfür die Stärkung und das Empowerment von Betroffenen und andererseits eine breite gesellschaftliche Sensibilisierung für diese Themen.“

**Anna Tötter:** „Ich verbinde mit dem Thema vor allem Aktualität! In der Gesellschaft erleben wir gegenwärtig eine Polarisierung, die sich auch dadurch kennzeichnet, dass weniger privilegierte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Das löst die dahinterliegenden sozialen, politischen und gesellschaftlichen Probleme allerdings nicht, sondern manifestiert vielmehr Machtstrukturen, die für diese Probleme mitverantwortlich sind. In meiner Demokratievorstellung sollten Menschen und Gruppen aber unabhängig von – ihnen zugeschriebenen oder für sie selbst bedeutsamen – Merkmalen, sei es jetzt bezogen auf soziale Herkunft, Religion, Geschlecht oder Anderes, die Gesellschaft mitgestalten, ihre Interessen einbringen und vertreten. Da wir davon aber leider noch weit entfernt sind, finde ich unser Jahresthema sehr wichtig.“

**Sabine Ricken:** „Da kann ich mich nur anschließen. Wenn es um das Thema soziale Gerechtigkeit geht, sprechen wir auch immer über grundlegende Bedürfnisse von Menschen, beispielsweise Respekt entgegengebracht zu bekommen oder Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren. Bei einem Blick auf das momentane gesellschaftliche Miteinander treffen wir aber auf ganz viele Hierarchien, stereotype Vorstellung und auch eine Bewertungspraxis untereinander. Damit verknüpft steht natürlich auch immer die Frage im Raum, wie wir eigentlich zusammenleben wollen, wie Gesellschaft sein kann. Ist sie toxisch oder empowernd?“

**Lena Nising:** „Ich mag an diesem Jahresthema, dass es eine so klare Positionierung und einen klaren Auftrag an politische Bildung beinhaltet, zum einen für Teilhabegerechtigkeit und Zugangschancen einzustehen, aber gleichzeitig auch Ausgrenzung und Rassismus klar zu benennen und diesbezüglich zu handeln. Das bietet viele Möglichkeiten neue Methoden auszuprobieren, neue Räume

zu eröffnen und sich selbst und die eigenen Strukturen noch einmal kritisch unter die Lupe zu nehmen.“

**Jean-Daniel Mitton:** „Welche aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen seht ihr in diesem Kontext?“

**Anna Tötter:** „Eine ganz zentrale Herausforderung sehe ich in dem aktuellen gesellschaftlichen Miteinander und der Art und Weise, wie Diskurse geführt werden. In unserer Demokratie sind verschiedene Meinungen und der Streit um Positionen wichtig. Ich nehme jedoch wahr, dass dabei eine gemeinsame Orientierung an grundlegenden Menschenrechten zunehmend infrage gestellt wird und eben nicht als Basis vorhanden ist. Wenn wir uns konkret angucken, wie Kontroversen geführt werden, ist zudem ein Infragestellen von Erkenntnissen und Fakten festzustellen. Das ist eine Herausforderung für den demokratischen Meinungsbildungsprozess, aber auch für die politische Jugendbildung. Zudem sehe ich eine Herausforderung in der Komplexität unserer globalen und vernetzten Welt; nicht jedem oder jeder fällt es leicht, sich hier zu verorten und einen Platz zu finden. Auch damit müssen wir in der politischen Jugendbildung umgehen. Denn eine Orientierungslosigkeit bietet immer auch ein Einfallstor für Populismus und einfache Antworten.“

**Sabine Ricken:** „Da schließe ich mich an. Eine der Herausforderungen ist natürlich ein erstarktes rechtes Spektrum und die damit einhergehende Diskursverschiebung in der Gesellschaft. Was ist sagbar geworden? Wie gehen wir miteinander um? Inwiefern ist Gewalt, sei es in der Sprache oder körperlich, wieder legitim? Welches Weltbild vertreten wir? Was stellen wir alles infrage? Und wer ist eigentlich 'wir'? Das sind viele Fragen und Herausforderungen, die zusammenkommen. Was ich in diesem Zusammenhang oft sehe, ist eine Externalisierung von Problemlagen. Hier sollte der Blick wieder auf das bestehende System und auf gesellschaftliche Strukturen gelenkt werden, um zu definieren, was gerade schief läuft, wo wir soziale Probleme haben und was es zu verändern gilt, damit wir gut miteinander leben können. Es darf nicht immer wieder versucht werden, Ursachen und Erklärungen in Bereichen zu suchen, die vermeintlich nichts mit uns selbst zu tun haben und zum Beispiel alles auf Leute zu schieben, die zugezogen oder geflüchtet sind, um sich von der eigenen Verantwortung freizumachen.“

<sup>1</sup> Der Begriff „Ableismus“ leitet sich aus „to be able“ (zu etwas in der Lage sein) ab und umschreibt die Diskriminierung aufgrund einer angenommenen oder tatsächlichen körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung.

**Lena Nising:** „In Hamburg, wie auch wahrscheinlich in anderen Städten, haben wir die Herausforderung, dass politische Bildung verstärkt in den Fokus der AfD gerät, zum Beispiel in Form von Meldeportalen oder von kleinen Anfragen. Hier sehe ich politische Bildung aufgefordert, im Sinne eines kritisch-emanzipatorischen Bildungsverständnisses klar Position zu beziehen – denn auch dies bedeutet, politische Urteilsfähigkeit, Widerstandskraft und Zivilcourage im Umgang mit aktuellen antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu stärken.“

**Grete Schläger:** „Ich würde mich genau diesem Punkt anschließen. Sowohl Träger der politischen Bildung als auch Vereine oder zivilgesellschaftliche Organisationen werden inzwischen vermehrt angegriffen, mit dem Vorwurf, dass sie politisch nicht neutral seien, was politische Bildung aber zu sein hätte. Ich glaube, es ist daher eine Herausforderung an die Träger der politischen Bildung klar zu benennen, dass emanzipatorische oder auch kritische politische Bildung nicht neutral ist, sondern dass sie einen Standpunkt hat und dass sie sich an den allgemeinen Menschenrechten und demokratischen Grundwerten orientiert. Das heißt nicht, dass wir den Teilnehmenden unsere Position überstülpen. Aber wir gehen positioniert in Veranstaltungen und ermöglichen damit eine demokratische Auseinandersetzung auf Basis bestimmter Werte. Ich glaube, dass das tatsächlich eine Herausforderung ist, für die wir noch weitere und auch selbstbewusstere Umgangsweisen finden müssen. Sie wird uns auf jeden Fall weiter begleiten und mit den hohen Wahlergebnissen der AfD, z.B. in Brandenburg und Sachsen, zunehmen“.

Zudem würde ich mich dem Punkt anschließen, dass es bezogen auf das Auslagern der Verantwortung auf andere Gruppen, die für alle Probleme verantwortlich sein sollen, wichtig ist, diese Zielgruppen in der politischen Bildungsarbeit weiter verstärkt in den Blick zu nehmen. Genau denjenigen, die diskriminiert werden, die Ausgrenzung erfahren, die neu nach Deutschland kommen, muss der Zugang zu politischer Bildung ermöglicht werden, um sie in dieser Auseinandersetzung zu stärken.

**Jean-Daniel Mitton:** „Ich würde gerne noch konkreter die Frage nach den hieraus resultierenden Folgen für die politische Bildung besprechen.“

**Sabine Ricken:** „Für mich ist es ganz klar eine Gefährdung der Bildungsarbeit, wenn wir in Bundesländern und Parlamenten Parteien finden, die autoritär, reaktionär und ganz klar antipluralistisch unterwegs sind. Das heißt für uns natürlich, dass dort auf Projekte, vielleicht auch auf personelle Entscheidungen und auf die Fragen, wie viel Etat für Bildungsarbeit zur Verfügung steht sowie an welche Zielgruppe sich Bildungsarbeit richten soll, Einfluss genommen wird. Das ist eine schwierige Situation, in der es darum geht, sich zu behaupten und zu sagen, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft leben und Bildungsarbeit für alle Menschen machen. Das muss weiterhin Bestand haben!“

**Lena Nising:** „Ich kann mich dem Punkt, eine klare Position zu beziehen und Empowerment für Personen anzubieten, die zum Beispiel negativ von Rassismus betroffen sind, vollkommen anschließen. Doch der Prozess sollte nicht nur die Zielgruppen politischer Bildungsarbeit fokussieren, sondern sollte auch als innerer Öffnungsprozess, als Auftrag an die eigenen Arbeitsstrukturen, verstanden werden. Wie sieht es mit Diversität und diskriminierungskritischer Haltung in der eigenen Institution aus – nicht nur bei den freiberuflichen Teamer\_innen sondern auch bei den Hauptamtlichen, bis hin zur Leitungsebene? Mit welcher Haltung gehen wir als politische Bildner\*innen in unsere Arbeit? Wie ist sichergestellt, dass Diskriminierungen erkannt und gesehen werden und dass es ein Handeln bei Vorfällen von Diskriminierung gibt? Denn wenn wir über soziale Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit sprechen, sollten wir uns selbst als Akteur\*innen der politischen Bildungsarbeit und die institutionellen Strukturen und Rahmungen, in denen die Arbeit geschieht, einer kritischen (Selbst-)Reflexion unterziehen und eine diversitätsbewusste Haltung als Auftrag annehmen.“

**Grete Schläger:** „Angriffen auf die politische Bildung können wir auch begegnen, indem wir uns noch stärker vernetzen, uns austauschen und uns mit betroffenen Initiativen, zum Beispiel bei Vorwürfen mangelnder Neutralität, solidarisieren. Eine weitere Folge des gesamtgesellschaftlichen Klimas ist, dass auch in unseren Seminaren, in unseren Umfeldern und bei unseren Teamenden vorurteilsbasierte Äußerungen zunehmen. Auf der Seminarebene existiert zudem ein Spannungsfeld, welches uns auch schon länger begleitet, das jetzt aber noch deutlicher wird: Einerseits wollen wir Personen, die vorurteilsbasierte Denkmuster haben, ermöglichen,



Foto: © Grete Schläger

sich mit diesen kritischen auseinanderzusetzen, sie zu reflektieren und diese abzubauen. Gleichzeitig wollen wir aber eben auch Betroffene vor solchen Äußerungen schützen. Daraus entsteht ein Spannungsfeld, welches sich ganz gut mit der Frage 'Wer lernt eigentlich auf wessen Kosten?' umschreiben lässt. Dieses Spannungsfeld ist schon immer in der politischen Bildung vorhanden gewesen, zumindest bei diskriminierungsrelevanten Themen, wird aber in der aktuellen Situation noch einmal relevanter und erfordert immer wieder unterschiedliche Antworten.“

**Anna Tötter:** „Es wurde jetzt schon vielfach darauf verwiesen, dass sich Diskurse, sowohl thematisch als auch in der Art und Weise wie sie geführt werden, verschoben haben und wir das auch in der Seminarpraxis erleben. Ich glaube, dass sich zudem auch die Orte, an denen Debatten geführt werden, verändern und dass das eine ganz zentrale Herausforderung ist, vor der wir aktuell stehen – Stichwort: Digitalisierung, 'Social Media' und die Frage, wo junge Leute ihre Informationen herbekommen. Das ist etwas, das wir bei der Gestaltung unserer Angebote berücksichtigen müssen. Ganz generell arbeiten wir viel mit heterogenen Zielgruppen zusammen. Sowohl das, als auch das Erreichen von Teilnehmenden, die bisher nicht so stark in der politischen Weiterbildung repräsentiert sind, werden auch weiterhin zentrale aber auch herausfordernde Aufgaben für uns sein, für die wir auch personelle und finanzielle Ressourcen benötigen.“

**Jean-Daniel Mitton:** „Die Problemlagen, die ihr seht, sind deutlich geworden. Was braucht ihr, um diesen Herausforderungen begegnen zu können?“

**Grete Schläger:** „Es ist jetzt wahrscheinlich das, was alle erwarten, aber wir brauchen Geld! Wir brauchen eine andere finanzielle Ausstattung, sowohl was hauptamtliche Strukturen, aber auch was die Möglichkeit angeht, unsere Teamenden, die mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert sind und die die pädagogische Arbeit vor Ort machen, angemessen zu bezahlen. Vielfach können wir, was die Höhe der Vergütung angeht, eher Aufwandsentschädigungen als reelle Honorare bezahlen. Damit mehr Geld zur Verfügung steht, braucht es einen größeren politischen Rückhalt, der sich dann letztendlich nicht nur in Papieren, nicht nur in Absichtserklärungen, sondern auch in realen finanziellen Möglichkeiten





Foto: © Grete Schläger

ten ausdrückt. Mit mehr Ressourcen würde auch die Möglichkeit einhergehen, sich im Alltagsgeschäft mehr Zeit nehmen zu können, um sich mit bestehenden Problemen fachlich auseinanderzusetzen und gute Strategien, gute Praxis weiterzuentwickeln. Denn ganz zentral ist: Vernetzung und Austausch. Über das gemeinsame Sprechen, über das Reflektieren, wie jemand anders mit Herausforderungen umgeht, können wir uns gegenseitig stärken und etwas Neues entstehen lassen.“

**Anna Tötter:** „Ich finde es – auch als Ergänzung zu dem was Grete gerade gesagt hat – ganz entscheidend, dass es neben mehr Geld vor allem auch eine nachhaltigere Förderung der Bildungsarbeit in den hier beschriebenen Bereichen gibt. Wir sehen sehr viel projektbasierte Finanzierungsmodelle. Diese können sinnvoll sein, wenn es darum geht, mal etwas Neues temporär auszuprobieren,

aber wir reden hier vor allem über Probleme und Herausforderungen, die dauerhaft und schon sehr lange existent sind und die auch nicht morgen gelöst sein werden. Diese Themen brauchen daher auch dauerhafte Strukturen. Diese gibt es teilweise schon, sie sollten aber deutlich ausgebaut werden, um den hier aufgezeigten Herausforderungen angemessen begegnen zu können.“

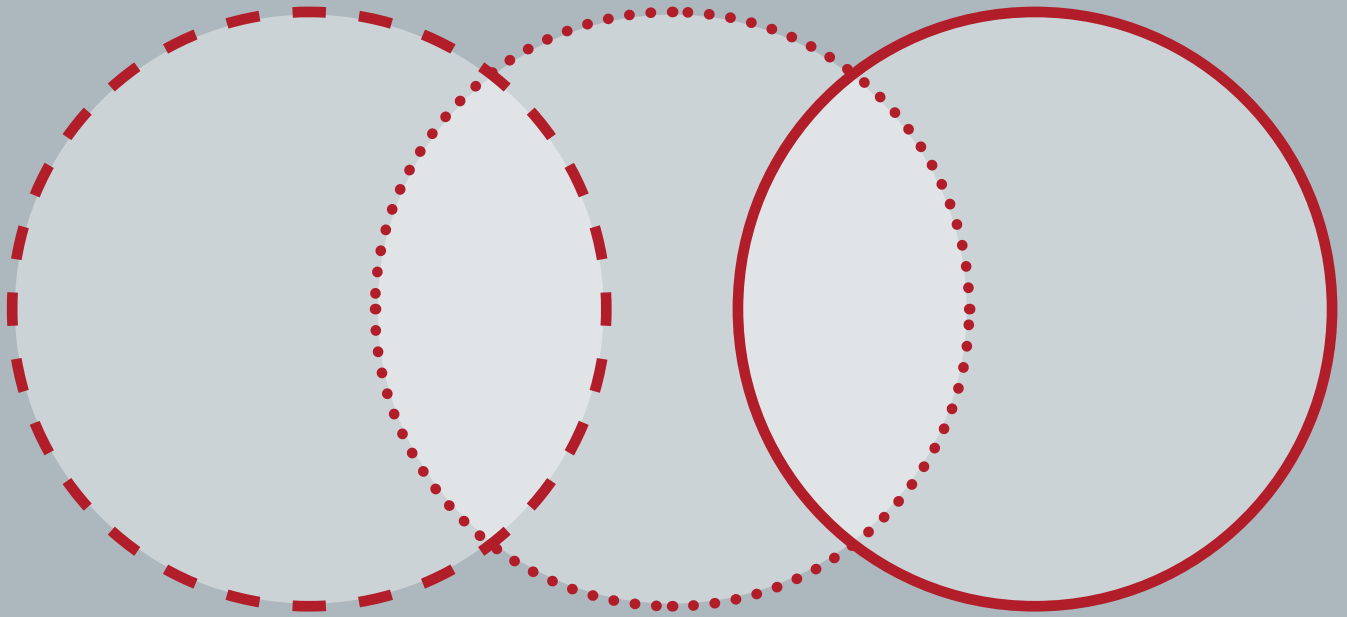
**Sabine Ricken:** „Auf jeden Fall! Vielleicht bedarf es auch noch mehr Mut von den Menschen, die in den Verhandlungspositionen sind und für uns dann auch in den Diskurs gehen, um sich wirklich stark zu machen. Wir wünschen uns, dass in solchen Gesprächen klar wird, dass nicht primär die Frage ist, ob Organisationen ihre Kapazitäten effizient nutzen. Es geht vielmehr darum, dass Bedarfe da sind, die wir nicht decken können, weil wir keine Mittel haben. Am Ende des Tages lassen wir Veranstaltungen ausfallen und Jugendliche sitzen, die Lust auf politische Bildung haben, aber keine kriegen.“

**Lena Nising:** „Ich kann mich all dem anschließen – und ich möchte den Netzwerkgedanken nochmal hervorheben. Denn es ist wichtig, dass nicht nur Räume des Austausches, sondern wirklich tragfähige Netzwerke mit anderen Gruppen – insbesondere mit Selbstorganisationen, aber auch mit anderen Beratungsstellen geschaffen werden. Zum einen, um solidarische Bündnisse aufzubauen zur gegenseitigen Stärkung und zum anderen, um unterschiedliche Wissens- und Erfahrungsschätze einzubeziehen und sichtbar zu machen – und dies möglichst gleichberechtigt.“

**Anna Tötter:** „Stimmt. Dadurch wird dann auch noch einmal sichtbarer, was schon alles passiert. In den Bundesländern wurden in den letzten Jahren viele Prozesse angestoßen und tolle Angebote entwickelt und umgesetzt, die es nun fortzuführen und weiterzuentwickeln gilt! Beispielhaft dafür stehen die Projekte, die im Jahrbuch vorgestellt werden. Wir freuen uns sehr, wenn bei der Lektüre bei den Leser\_innen neue Ideen und Gedanken entstehen und Menschen dazu ermutigt werden, sich in ihrer Arbeit für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus einzusetzen!“

**Jean-Daniel Mitton:** „Danke für das Gespräch!“





## Warum emanzipatorische Bildungsarbeit intersektional sein sollte

Mart Busche

Emanzipatorische Bildungsarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie gesellschaftliche Verhältnisse analysiert, kritisiert und Veränderungsprozesse zu initiieren sucht. Damit hat sie bereits von ihrem Ansatz her etwas gemeinsam mit dem, was seit einigen Jahren im deutschsprachigen Raum unter dem Stichwort „Intersektionalität“ diskutiert wird. Gemeint ist damit die Verschränktheit von Unterdrückungsverhältnissen, das heißt, dass einzelne gesellschaftliche Unterdrückungsformen nicht getrennt voneinander analysiert und bearbeitet werden können, weil sie immer schon zusammenwirken. Eine Herrschaftskritik, die dieser Komplexität gerecht werden will, muss deshalb entsprechend umfassend formuliert und umgesetzt werden.

Insbesondere Schwarze Aktivistinnen in der US-amerikanischen Frauenbewegung haben auf die Verflechtung dieser Herrschaftsverhältnisse hingewiesen und sie zum Ausgangs-

punkt ihrer politischen Arbeit gemacht. In einem Statement von 1977 schrieb das Combahee River Collective, eine Gruppe Schwarzer lesbischer Feministinnen aus Massachusetts:<sup>2</sup> „Die grundlegendste Erklärung zu unserer aktuellen Politik wäre, dass wir uns dem aktiven Kampf gegen rassistische, geschlechtliche, heterosexuelle und klassistische Unterdrückung verpflichtet haben, und wir sehen unsere besondere Aufgabe in einer umfassenden Analyse und Praxis, die darauf aufbauen, dass die Haupt-Unterdrückungssysteme miteinander verflochten sind. Die Verknüpfung dieser Unterdrückungsverhältnisse steckt den Rahmen für unser Leben ab.“<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Die Gruppe hat sich 1974 in Boston gegründet. Ihr Name bezieht sich auf die Befreiung von über 700 Sklav\_innen am Combahee River in South Carolina im Jahr 1863 durch Unionstruppen der US-amerikanischen Nordstaaten, die von der ehemaligen Sklavin und Aktivistin Harriet Tubman auf Dampfbooten durch den verminten Fluss geführt wurden.

<sup>3</sup> The Combahee River Collective Statement, 1977, unter: [www.historyisaweapon.com/defcon1/combrivercoll.html](http://www.historyisaweapon.com/defcon1/combrivercoll.html) (Übersetzung M. B.)

Damit formulierte die Gruppe eine Erfahrung und ein Anliegen, das viele Schwarze Frauen teilten. Mithilfe dieses Ansatzes kritisierten sie einen Feminismus, der von weißen Mittelschichtfrauen besetzt wurde und wird und in erster Linie Sexismus als Herrschaftsverhältnis thematisiert, andere Unterdrückungsverhältnisse aber ausspart. Die Schwarze Juristin Kimberlé Crenshaw zeigte in ihrer intersektionalen Analyse des US-amerikanischen Antidiskriminierungsrechts auf, dass auch hier immer nur ein Herrschaftsverhältnis einklagbar ist, sodass es der Realität Schwarzer Frauen nicht gerecht werden kann. Crenshaw spricht von einem Gleichheits-Differenz-Paradox, das darin besteht, dass Schwarze Frauen „entweder gezwungen sind, sich mit weißen Frauen oder Schwarzen Männern gleichzumachen, oder aber als zu verschieden und damit als Spezialfall der Gruppe ‘Frauen’ oder der Gruppe ‘Schwarze’ angesehen werden, die sie gleichzeitig und genau aufgrund der Spezifität nicht repräsentieren könnten“.<sup>4</sup> So wurde in einem Fall eine Klage Schwarzer Frauen gegen Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts vom Gericht mit dem Argument abgewiesen, dass die beklagte Diskriminierung nicht auf weiße Frauen zutrefte, sodass sie als Schwarze Frauen die Kategorie „Frau“ als Diskriminierungskategorie für sich nicht in Anspruch nehmen könnten.

Simultane Diskriminierung aufgrund von Vergeschlechtlichung und Ethnisierung ist auch im deutschen Antidiskriminierungsrecht nicht vorgesehen. Das zeigt zum Beispiel die abgewiesene Klage einer in der Türkei geborenen Deutschen, die von ihrem Arbeitgeber während ihrer Schwangerschaft auf eine weniger lukrative Stelle versetzt wurde. Ihre alte Stelle wurde mit einem weißen deutschen Mann besetzt und finanziell und ressourcenbezogen wesentlich besser ausgestattet. Das Arbeitsgericht Wiesbaden sah in der Versetzung eine Diskriminierung aufgrund der Mutterschaft. Eine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Ethnisierung, die sich in der finanziellen Abwertung der Klägerin ausdrückt, konnte es jedoch nicht feststellen.<sup>5</sup>

Das Konzept der Intersektionalität ist untrennbar mit dem

Black Feminism verbunden. Intersektional wurde und wird aber auch in anderen Kontexten gearbeitet, wenn auch nicht immer unter diesem Namen: So ist zum Beispiel Clara Zetkin eine proletarische Vorkämpferin intersektionaler Analyse, die die bürgerliche Frauenbewegung der 1920er Jahre dafür kritisierte, dass sie den Zusammenhang zwischen Geschlecht und Klasse ausblende.<sup>6</sup> In der BRD der 1980er Jahre wurde die unterschiedliche gesellschaftliche Position von „eingewanderten“ und „eingeborenen“ Frauen diskutiert,<sup>7</sup> und auch Schwarze deutsche Feministinnen meldeten sich zu Wort mit ihrer Kritik an der weißen, bürgerlichen Frauenbewegung, in der sie nicht vorkämen.<sup>8</sup>

## Privilegien und Nachteile

Die gesellschaftliche Position eines Menschen ist darüber bestimmt, wie unterschiedliche Machtstrukturen zusammenwirken. Es gibt Menschen, die von den Strukturen profitieren, und andere, die aufgrund dieser Strukturen Diskriminierungen erfahren. Logischerweise gibt es auch viele Positionierungen dazwischen, die sich aus Privilegierung in Bezug auf ein Dominanzverhältnis und Benachteiligung in Bezug auf ein anderes zusammensetzen. Das Ganze ist – zumindest theoretisch – flexibel, situations- und kontextabhängig und im ständigen Wandel begriffen.

Für die Privilegierten heißt das vor allen Dingen: in der luxuriösen Situation zu sein, sich heraushalten zu können; nicht von Reduzierungen auf ein Merkmal, von Stereotypisierungen, Diskriminierungen und struktureller Gewalt betroffen zu sein; über die Marginalisierten sprechen zu können, sie analysieren zu können, ihnen „Gutes“ zu tun, wenn es gerade passt, oder aber sich über sie lustig zu machen oder sich auf ihre Kosten gut zu fühlen. Für die Personen, die in Dominanzverhältnis-

<sup>6</sup> Vgl. Walgenbach, Katharina: Gender als interdependente Kategorie, in: Walgenbach, Katharina/Dietze, Gabrielle/Hornscheidt, Antje/Palm, Kerstin (Hrsg.): Gender als interdependente Kategorie: Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität, Opladen 2007, S. 21–64.

<sup>7</sup> Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora: Paternalismus in der Frauenbewegung?! Zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen eingewanderten und eingeborenen Frauen, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 3/1985, S. 21–27.

<sup>8</sup> Vgl. Ayim, May/Oguntoye, Katharina/Schultz, Dagmar (Hrsg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin 1986.

<sup>4</sup> Zit. nach: Chebout, Lucy: Back to the roots! Intersectionality und die Arbeiten von Kimberlé Crenshaw, 2012, Portal Intersektionalität, unter: [www.portal-intersektionalitaet.de](http://www.portal-intersektionalitaet.de); vgl. Crenshaw, Kimberlé: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, in: The University of Chicago Legal Forum, Chicago 1989, S. 139–167.

<sup>5</sup> Arbeitsgericht Wiesbaden: Pressemitteilung, 18.12.2008, unter: [www.gleft.de/Zx](http://www.gleft.de/Zx)

sen nicht privilegiert sind, heißt das, nicht aus dem System von Zuschreibungen und Diskriminierungen aussteigen zu können, wegen potenzieller Anfeindungen beständig in Hab-Acht-Stellung zu sein sowie sich selbst empowern zu müssen, um handlungsfähig zu sein und dem System immer wieder ein Schnippchen schlagen zu können. Sie brauchen Rückzugsräume und Allianzen: Schwarze Frauen haben sich zum Beispiel oft mit Schwarzen Männern im Kampf gegen Rassismus und Klassismus verbündet, was weißen Frauen dazu gedient hat, ihnen Verrat an feministischen Idealen zu unterstellen. Eine Mehrheit weißer Feministinnen hat hier definiert, wie der „richtige“ Feminismus zu sein hat, ohne die Positionierung Schwarzer Frauen zu reflektieren.

Überhaupt: Mehrheiten. Was für die Mehrheit – oder gesellschaftlich privilegierte Gruppen – zutrifft, wird als Normalität wahrgenommen. Damit ist die Erwartung an Minderheiten bzw. andere gesellschaftlich benachteiligte Gruppen verknüpft, sich der Norm anzupassen. Aber Normen und Regeln entstehen aufgrund bestimmter Machtverhältnisse, sie sind das Ergebnis von teilweise jahrhundertealten Ausschlussprozessen. Weil sie aber historisch entstanden sind, sind sie auch veränderbar.

Das Gleiche gilt für Vorurteile: Vorurteile sind oft intuitive Entscheidungen darüber, wie etwas oder jemand zu bewerten ist, ohne den konkreten Sachverhalt oder die Person(en) zu kennen. Sie dienen der Orientierung und fußen in der Regel auf Gehörtem, Phantasiertem oder auch Erfahrenem, oft vermischt mit Klischees und Stereotypen, die sich dann zu einer Einschätzung verdichten können. Problematisch werden Vorurteile dann, wenn sie zur Grundlage von Diskriminierungen werden. Aber auch (Vor-)Urteile können verändert werden, indem zum Beispiel Erfahrungen gemacht werden, die ihnen zuwiderlaufen, oder indem emanzipatorische Bildungsarbeit einen Raum schafft, über solche Urteile (gemeinsam) nachzudenken und in einen ehrlichen Austausch zu treten, der vielleicht den einen oder anderen Aha-Moment schafft, in dem sich ein Urteil verschiebt oder sogar überflüssig wird.

Vorurteile sind manchmal Bestandteil von pädagogischen

Übungen: So wichtig es ist, die eigenen Urteile zu überdenken, so schwierig kann es sein, explizit mit ihnen zu arbeiten, insbesondere dann, wenn sie ohne die Methode gar nicht aufgerufen worden wären. Dies ist auch vor dem Hintergrund wichtig, dass unter den Teilnehmenden eventuell Personen sein können, die durch reduzierende Urteile oder das Aufrufen von Klischees verletzt werden können. Emanzipatorische Bildungsarbeit hat die Aufgabe, einen Umgang damit zu finden, einen Raum zu öffnen, in dem offen gesprochen werden kann und Lernerfahrungen möglich sind, und gleichzeitig die unterschiedliche Positioniertheit hinsichtlich Verletzungsoffenheit wahrzunehmen und durch eine klare Haltung für den entsprechenden Schutz zu sorgen.

Eine grundsätzliche Frage für emanzipatorische Bildungsarbeit ist: Wie kann Gerechtigkeit für alle aussehen und wie kann sie hergestellt werden? Für die Personen, die im sozialen System eher privilegiert positioniert sind, heißt das mitunter, dass sie erst einmal zuhören und wahrnehmen sollten, welche Erfahrungen Menschen machen, die durch (mehrfache) Diskriminierung und strukturelle Ausgrenzung positioniert sind. Es gilt, die Verschiedenheiten, die getrennten Standpunkte und auch das Scheitern daran auszuhalten – und trotzdem die Perspektive auf ein gemeinsames gutes Leben weiterzuverfolgen. Da dies auch das Ziel emanzipatorischer Bildungsarbeit ist, ist es notwendig, diese auf der Basis einer intersektionalen Analysepraxis zu betreiben.

## Wo ansetzen? Subjekte und Strukturen

Wie kann es nun gelingen, in der Bildungsarbeit individuelle Befindlichkeiten – tatsächlich gemeint als soziale Positionsbestimmungen inmitten vieler Zugehörigkeitsmöglichkeiten – mit den strukturellen Verhältnissen zusammenzubringen?

Für die Praxis ist von Anfang an für Pädagog\_innen festzuhalten: Man kann nicht alle mitdenken und mitmeinen: „Mit anderen Worten, im Hinblick auf die Mikroebene der individuellen Erfahrungen, auf der das Konzept Intersektionalität sinnvolle Anwendung findet, ist die Unabschließbarkeit ein unhinterge-

bares Faktum. Das ist anzuerkennen, ohne dem durch vorgreifende Inklusion auszuweichen.<sup>9</sup> Es werden „Fehler“ passieren; das, worauf wir nicht vorbereitet sind, wird uns begegnen, die Spezifität von Erfahrungen und Existenzweisen ist unendlich.

Das macht eine intersektionale Herangehensweise aber auch besonders spannend und für alle lehrreich. Intersektionale Bildungsarbeit kann beispielsweise versuchen, die unterschiedlichen Lebensgeschichten stärker zu berücksichtigen und mithilfe der Bearbeitung individueller und kollektiver Geschichten an den jeweiligen Ressourcen anzuknüpfen, um somit eine eigenständige Entwicklung zu initiieren: „Die Biographien sind wie Schnittstellen gesellschaftlicher Differenzierungen und Hierarchien anzusehen.“<sup>10</sup> Anhand der Lebensgeschichten und Erfahrungen lassen sich strukturelle Ausgrenzungen erkennen

(z. B. lässt sich anhand der Frage, wer wie abends an der Discotür kontrolliert wird und wer Einlass erhält, aufzeigen, dass möglicherweise rassistische und heteronormative Mechanismen wirken). Dabei gilt es, den Blick derer, die relativ ungestört durchs Leben gehen können, auf ihre Mitbetroffenheit als Privilegierte zu lenken. Viele pädagogische Methoden, die unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen bearbeiten (z. B. „Wie im richtigen Leben“,<sup>11</sup> „Level Playing Field“,<sup>12</sup> „Bingo“<sup>13</sup> oder der Film „Neukölln unlimited“), eignen sich als „Teaser“, um über unterschiedliche Erfahrungen ins Gespräch zu kommen. Dazu braucht es prozessorientierte Erfahrungsräume, die in der Bildungsarbeit eher untypisch sind, da nicht unbedingt klar ist, was am Ende herauskommt. Außerdem entziehen sie sich einer direkten marktförmigen Verwertbarkeit. Für die politische Handlungsfähigkeit sind solche Räume der „Selbstverständigung“ vielversprechend.

*(Der Abdruck dieses Beitrags erfolgte mit Genehmigung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Originalbeitrag unter [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Bildungsmaterialien/RLS-Bildungsmaterialien\\_Intersektionalitaet\\_12-2016.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Bildungsmaterialien/RLS-Bildungsmaterialien_Intersektionalitaet_12-2016.pdf). Der Terminus „linke Bildungsarbeit“ wurde mit Genehmigung der Stiftung durch „emanzipatorische Bildungsarbeit“ ersetzt.)*

---

<sup>9</sup> Klinger, Cornelia: Für einen Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte, Portal Intersektionalität, 2012, S. 5, unter: [www.portal-intersektionalitaet.de](http://www.portal-intersektionalitaet.de)

<sup>10</sup> Busche, Mart/Stuve, Olaf: Bildungsarbeit intersektional erweitern, in: Riegel, Christine/Scherr, Albert/Stauber, Barbara (Hrsg.): Transdisziplinäre Jugendforschung, Wiesbaden 2007, S. 271–288, hier S. 281. Begriffe wie Biografie oder Subjekt tragen oft Ideen westlich geprägter Lebensführung in sich, da sie in der Tradition der europäischen Moderne stehen. Darin erscheint die Biografie als kohärent erzählbare, individuelle Lebensgeschichte; das Individuum bekommt seinen Subjektstatus über die hierarchische Abgrenzung zu anderen (vgl. Kappeler, Susanne: Der Wille zur Gewalt. Politik des persönlichen Verhaltens, München 1994, S. 34 ff.). Es ist von daher zu reflektieren, auf welche Weise diese Begriffe benutzt werden und ob alle Realitäten im Raum darin aufgehoben sein können. Auch das meint Intersektionalität: Die Überprüfung der genutzten Konzepte auf ihr koloniales, sexistisches, rassistisches und anderweitig diskriminierendes Erbe.

---

<sup>11</sup> Vgl. die Methode in „BILDUNGSMATERIALIEN Nr. 4“, Berlin, 2016, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) auf Seite 46 oder unter: [www.baustein.dgb-bwt.de/PDF/B3-ImRichtigenLeben.pdf](http://www.baustein.dgb-bwt.de/PDF/B3-ImRichtigenLeben.pdf)

<sup>12</sup> Vgl. das (englischsprachige) Material zu dieser Methode unter: [www.peerthink.eu/peerthink/content/view/full/113/123](http://www.peerthink.eu/peerthink/content/view/full/113/123)

<sup>13</sup> Vgl. die Methode in „BILDUNGSMATERIALIEN Nr. 4“, Berlin, 2016, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) auf Seite 36 oder unter: [www.dissens.de/isgp/docs/isgp-bingo.pdf](http://www.dissens.de/isgp/docs/isgp-bingo.pdf)





Photo © iStockphoto.com/Justin Jansplash

## Historisch, politisch, gut?!

### Herausforderungen und Perspektiven für eine diversitätssensible Gedenkstättenpädagogik

Sabine Ricken

Bewegen wir uns im Jahresthema „Für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“, so darf dabei die historisch-politische Bildung nicht fehlen. Spreche ich von historisch-politischer Bildung und von historisch-politischem Lernen, so stellt sich mir dies vor allem als Prozess dar, währenddessen Wissen von und Erfahrungen mit Geschichte und Politik in einem historisch-politischen Bewusstsein münden.

Essentiell dabei ist die lebensweltliche Beteiligung der Lernenden, indem sie Erfahrungen machen, sich Lerngegenstände

aneignen, indem sie ebendiese Erfahrungen verarbeiten, während ebenfalls Kenntnisse vermittelt werden und sich final historisch-politische Denkstrukturen erschließen.<sup>14</sup> Somit ist es Kernaufgabe historisch-politischer Bildung, Wege aufzuzeigen, wie die Vergangenheit auf politische Gegenwartsfragen bezogen werden kann. Doch was passiert, wenn Vergangenes in Frage gestellt wird? Wie gehen wir damit um, postfaktischen Argumentationen zu begegnen? Was ist wenn deine Geschichte

<sup>14</sup> Dirk Lange, Zwischen Politikgeschichte und Geschichtspolitik. Grundformen historisch-politischen Lernens, 2004.

nicht meine Geschichte ist? Können wir als Akteur\_innen in der politischen Bildung Teilnehmenden aus verschiedenen Lebenswelten überhaupt diversitätssensibel und multiperspektivisch begegnen?

### Fast forward

Verengen wir unseren Blick auf den Bereich der Gedenkstättenpädagogik. Die Gedenkstättenpädagogik als spezielle pädagogische Konzeption, die sich mit der Vermittlung des Lerngegenstandes Nationalsozialismus im Allgemeinen und dem des Holocaust im Spezifischen an historischen Orten beschäftigt, ist Teil historisch-politischer Bildung, welche sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzt und sich entweder direkt auf Orte der NS-Verbrechen bezieht oder das Gedenken an die Opfer des Holocaust immer wieder anstoßen soll.<sup>15</sup> NS-Gedenkstätten sind dabei Fixpunkte des kulturellen Gedächtnisses der deutschen Gesellschaft. Sie erfüllen die Funktion als Bildungsinstitutionen, an denen ein Lernen aus der Geschichte möglich sein soll. Diese Funktion von NS-Gedenkstätten ist im Traditionszusammenhang einer „Erziehung nach Auschwitz“ zu sehen.<sup>16</sup>

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stellte dabei nach 1945 eine zentrale Herausforderung für die deutsche Nachkriegsgesellschaft dar. Dabei gab und gibt es zahlreiche Kontinuitäten, welche die Erinnerungskultur stark beeinflussen. So wurde der Diskurs nach 1945 hauptsächlich unter dem Blickwinkel „Hitler als Verführer des deutschen Volkes“ geführt und von Externalisierungsbestrebungen, sowohl auf individueller, als auch institutionell, struktureller Ebene begleitet. Obwohl bereits in den 1950ern die soziologischen und zugleich sozialpsychologischen Ansätze von Horkheimer und Adorno veröffentlicht wurden, so war der Umgang mit empirischer Sozialforschung über potentiell faschistische Denkmuster vor allem durch Abwehr und Polemik gekennzeichnet. So ergab sich erst ab den 1960ern eine langsame und andauernde Diskursverschiebung. Dabei wurde der Blick eben auf die Gesamtheit der Gesellschaft gerichtet und nicht nur auf Politiker\_innen und Funktionsträger\_innen verengt, sondern nach Erklärungsmustern für „das gefügige Volk“ gesucht.

<sup>15</sup> Annette Eberle, *Pädagogik und Gedenkkultur. Bildungsarbeit an NS-Gedenkorten zwischen Wissensvermittlung, Opfergedenken und Menschenrechtserziehung. Praxisfelder, Konzepte und Methoden in Bayern*. Würzburg 2008.

Verena Haug, *Gedenkstättenpädagogik. Kompensation schulischer Defizite oder neue Teildisziplin?* in: Wolfgang Meseth, Matthias Proske, und Frank-Olaf Radtke (Hg.) *Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts*. Frankfurt am Main, New York 2004, S.252–267.  
Harm Paschen, *Pädagogiken. Zur Systematik pädagogischer Differenzen*. Weinheim 1997

<sup>16</sup> Theodor W. Adorno, *Erziehung nach Auschwitz*. in: Ders., *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969*, Frankfurt(M) 1971.



Foto: © Mipigesch/Begennung e.V.

muster vor allem durch Abwehr und Polemik gekennzeichnet. So ergab sich erst ab den 1960ern eine langsame und andauernde Diskursverschiebung. Dabei wurde der Blick eben auf die Gesamtheit der Gesellschaft gerichtet und nicht nur auf Politiker\_innen und Funktionsträger\_innen verengt, sondern nach Erklärungsmustern für „das gefügige Volk“ gesucht.

Die Frage, was das für eine Pädagogik nach 1945 bedeutet und inwiefern eine demokratische Erziehung in Strukturen gelingen kann, die von Hierarchie, Autorität und Adultismus geprägt sind und Grundlage zur Legitimierung von diskriminierungsaffinem Verhalten bis heute darstellen, lasse ich dahingestellt.

Aktuelle Konzepte der Gedenkstättenpädagogik nehmen vor allem den Aspekt der Verantwortung für die Zukunft in den Fokus. Patriarchal geführte Diskurse forderten immer wie-



der, dass „es doch jetzt mal genug mit dem Erinnern an die eigene Schuld“ sei und verwehrt sich kontinuierlich Selbstorganisationen von Überlebenden, Bürger\_inneninitiativen oder politischen Forderungen nach der Sichtbarmachung und Aufarbeitung von Verbrechen des NS und der Einrichtung und Unterstützung von Gedenkorten.

Hierbei gilt es bis heute zu betonen, dass es dabei nicht um die Aufrechterhaltung eines Narratives der Schuld geht, sondern um die Anerkennung und vor allem auch um die rechtliche Verfolgung von Straftaten auf der einen und um Verantwortungsübernahme und der wirklichen Vergegenwärtigung der einzelnen Menschen als politisches Wesen mit einer Stimme, die partizipieren und gestalterisch in die Zukunft wirken soll, auf der anderen Seite.

## To be continued...?

Deutschlandweit, so die deutschen Strafverfolgungsbehörden, laufen insgesamt noch 29 Verfahren gegen mutmaßliche NS-Täter. Wegen des hohen Alters der Beschuldigten werden weitere Prozesse immer unwahrscheinlicher. Wegen des hohen Alters der Opfer wird so etwas wie Gerechtigkeit ebenfalls immer unwahrscheinlicher. Neben dem Schuldiskurs, der auch bei der Neuen Rechten thematisiert wird, gilt es, sich aktuell mit ebendieser auseinanderzusetzen.

Geschichtsrevisionismus oder eine alternative Geschichtsschreibung der rechten Szene stellt an sich kein neues Phänomen dar. Die spätestens seit den 1990ern in Deutschland in der Öffentlichkeit wieder sichtbar gewordene rechte Szene hat einen Imagewandel vollzogen. Weg vom bildungsfernen beglätzten Neonazi mit Springerstiefeln, hin zum Geschichtslehrer mit Maßanzug und gesellschaftlichen Diskursraum. Hat man Jahrzehnte lang das rechte Milieu als bildungsfern und am Rande der Gesellschaft verortet, so ist spätestens seit einem Blick auf „Deutsche Zustände“ und den „Mitte-Studien“ klar geworden, dass rechte Einstellungsmuster kein Phänomen von Randgruppen sind.<sup>17 18</sup> Das Erstarren der Neurechten Szene, zu der beispielsweise die Identitäre Bewegung oder die AFD zählen, geht auch auf eine gut strukturierte neurechte Denkschule zurück.

Mit angestaubter rechter Rhetorik gewinnt man keine Anhänger\_innen, denn niemand möchte ein Nazi oder ein\_e Rassist\_in sein. Also gilt es, Begriffe neu zu besetzen. Nennen wir Volk einfach Identität und Rasse einfach Kultur. Wie einfach fällt es dann, Differenzlinien zu Mauern hochzuziehen, die auf ebendiesem, wenn auch nur unterschwellig vorhandenen Vorurteilen in der Gesamtgesellschaft fußen.

Absolut greifbar geworden ist dieser neurechte Einfluss durch

<sup>17</sup> Die Fachdiskussion bedient sich mittlerweile auch des Konfliktlinienmodells, um diese Realitäten abbilden zu können, da das Extremismusmodell als Modell des Staatsschutzes fungieren kann, aber eben nicht für soziologische Betrachtungen.

<sup>18</sup> Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, Berlin 2012.  
Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.), *Die Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen 2018.



eine starke Diskursverschiebung nach rechts. Was ist gesellschaftlich sagbar geworden? Wie gewaltvoll und diskriminierend ist unsere Sprache? Welche völkischen Begriffe werden wieder verwendet? Was passiert, wenn Redepassagen von Göbbels auf Parteiveranstaltungen wiedergegeben werden? Redefreiheit? Versammlungsfreiheit? „Volks“verhetzung? Wie können Gedenkstättenpädagog\_innen reagieren, wenn die Grundlage ihrer Arbeit als Fake angesehen wird?

## Erinnerungen werden gemacht

Es wäre naiv zu behaupten, es gäbe objektive Erinnerungen. Wir erinnern uns in den meisten Fällen individuell, geformt durch unsere sozialen Prägungen, Erfahrungen und Lebenswelten. Auch retrospektiv beeinflussen wir unterbewusst, an was wir uns erinnern und vor allem wie. Verhält es sich denn anders mit kollektiven Erinnerungen? Also Erzählungen, historische Ereignisse und dergleichen, die Gesellschaften ausmachen und die spezifische Verfasstheit bedingen?

„Die spezifische Prägung, die der Mensch durch seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaft und deren Kultur erfährt, erhält sich durch die Generationen hindurch nicht als eine Sache der phylogenetischen Evolution, sondern der Sozialisation und Überlieferung. »Arterhaltung« im Sinne der kulturellen »PseudoSpeziation« ... ist eine Funktion des kulturellen Gedächtnisses. Während im Tierreich genetische Programme die Arterhaltung sichern, müssen die Menschen, mit Nietzsche zu reden, »auf ein Mittel« sinnen, »um gleichartige dauernde Wesen durch lange Geschlechter zu erzielen«. Auf dieses Problem antwortet das kulturelle Gedächtnis: als Sammelbegriff für alles Wissen, das im spezifischen Interaktionsrahmen einer Gesellschaft Handeln und Erleben steuert und von Generation zu Generation zur wiederholten Einübung und Einweisung ansteht.“<sup>19</sup>

Untrennbar verwoben mit dem Begriff des kollektiven Gedächtnisses ist ebenso der Kulturbegriff. Arbeite ich mit dem Kulturbegriff, so arbeite ich bewusst nicht mit der Begriff-

lichkeit „Volk“. Kultur ist ein charakteristischer Traditionszusammenhang von Institutionen, Lebens- und Geistesformen, durch den sich Lebenswelten und Epochen voneinander unterscheiden.<sup>20</sup> Durch das Ersetzen des Wortes „Völker“ durch Lebenswelten, gehen wir bereits den ersten notwendigen Schritt auf dem Weg zu differenzsensibler historisch – politischer Bildung.

Und wir müssen uns auch immer fragen: Welche Geschichte erzählen wir? Die von Staatsmännern und von Kriegen oder die von Menschen und ihren Leben?

## Diversitätssensible Zugänge

Begegnen sich Menschen in einer Einwanderungsgesellschaft, so treffen verschiedene Erfahrungen, Narrative und Geschichtsbilder aufeinander. Das heißt, Ereignisse wurden zum einen aus verschiedenen Perspektiven erlebt, zum anderen hatten sie aber auch gegenteilige Konsequenzen.

Einen multiperspektivischen Zugang wählen, heißt vor allem sich auch darüber bewusst werden, dass ein Ereignis, das für einige Freiheit und Unabhängigkeit bedeutet für einige andere Verlust, Flucht oder Vertreibung bedeuten kann. Auch die Antworten auf die Frage „wer ist Täter\_in und wer Betroffene\_r?“ können variieren.

Wollen wir mit unserer Bildungsarbeit Jugendlichen dabei helfen, die Welt in der wir leben besser zu verstehen, so müssen wir auch unseren Blick weiten. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der ein verengter Blick auf Nationalstaatsgeschichten der Realität nicht gerecht wird. Dieser Anspruch bedeutet jedoch keinesfalls, dass zentrale Themen ihre Bedeutung verlieren. Gerade mit Blick auf die Shoa, müssen sich Gedenkstättenpädagog\_innen dessen bewusst sein, um auch Statements und Verhaltensweisen, die dem Sujet ablehnend oder verharmlosend gegenüberstehen, einordnen zu können.

<sup>19</sup> Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität in: Kultur und Gedächtnis, Frankfurt 1988, S. 9-19.

<sup>20</sup> Hubertus Busche et al. (Hg.), Kultur. Interdisziplinäre Zugänge, Wiesbaden 2018.

Mit gutem Beispiel voran ging hier der Berliner Verein Miphgasch/Begegnung e.V.

Er hat dabei eine interkulturelle Pädagogik zum Nationalsozialismus etabliert. So erfuhren die bestehenden Seminar-konzeptionen eine Perspektiverweiterung, durch bewusst ausgewähltes Archivmaterial:

- Die Biografie eines Schwarzen, der in Sachsenhausen ermordet wurde
- Die Auswirkungen der Rassenideologie auf den Heiratswunsch eines deutsch-türkischen Paares
- Die Verfolgung von Juden durch Nationalsozialisten in Tunesien
- Helfer\_innen mit türkischem, arabischem und jugoslawischem Hintergrund die sich für verfolgte Juden einsetzten.<sup>21</sup>

Darüber hinaus ist es wichtig darüber zu sprechen, dass der Zweite Weltkrieg auch weltweite Auswirkungen hatte und den Fokus nicht nur auf Deutschland zu richten. Somit wird sichtbar gemacht, dass der Holocaust eben auch Teil migrantischer Lebenswelten ist und letztendlich globale Verflechtungen hatte, wodurch auch auf dieser Ebene der Frage „was hat das eigentlich mit mir zu tun?“ begegnet werden kann.

### Wie kann politische Jugendbildung auf aktuelle Herausforderungen reagieren?

Anknüpfend an die oben genannten Punkte bleibt festzuhalten, dass wir den Jugendlichen ein Angebot machen. Wir begegnen allgemeinem Desinteresse an historischen und oder politischen Themen oder treffen auf Unwilligkeit sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Auch das gilt es anzunehmen und ernst zu nehmen.

Wir bewegen uns in verunsichernden Orten, thematisieren Gewalt, Repression und Tod und fordern dabei jede\_n Einzelnen auch emotional heraus. Auch das gilt es anzunehmen und ernst zu nehmen.

Neben der eigenen Sensibilität und Diversitätsorientierung sind aber auch Format und Methode wichtig. Während wir Jahrzehntlang „Zeitzeug\_innengespräche“ anbieten konnten, wird dies nun immer schwieriger, denn diese Zeug\_innen werden älter und sterben. Wie also deren Geschichten weitererzählen?



Foto: © Michael Maass

Einen Versuch wagte der WDR durch eine Augmented Reality App, die Hologramme ins Klassenzimmer bringen soll. Weltkriegs-Zeitzeug\_innen berichten so auch über ihren Tod hinaus den Jugendlichen von ihren Erlebnissen und von der Zeit zwischen 1933-1945.

Ein anderes Gedankenspiel wurde mit „eva.stories“ verfolgt. Was, wenn ein Mädchen im Holocaust Instagram gehabt hätte? Die auf dem Tagebuch eines jungen Mädchens basierende Instagram-Story wurde mit Schauspieler\_innen nachgestellt

<sup>21</sup> <http://www.miphgasch.de/geschichten-teilen/>





und über Instagram zum Holocaust-Gedenktag in Israel am 2. Mai 2019 im stündlichen Takt in kurzen Videos geteilt.

Evas Story wurde dabei durchaus kontrovers diskutiert. Ist es geschmacklos? Ist es Peer-to-Peer? Wir bewegen uns dabei in diesem Feld zwischen Eventisierung und Bildungsauftrag. Gedenkstättenfahrt oder Tourismus des Schreckens?

Hierbei gilt es jedoch, genau diese Widersprüchlichkeiten auszuhalten. Was braucht die Gruppe? Wie arbeite ich teilnehmendenorientiert und welcher Formate bediene ich mich, um ebendiese zu erreichen?

Diese Fragen können nie final beantwortet werden – was aber zusammenfassend festgehalten werden kann, ist, wie wir die Ziele unserer Arbeit als Gedenkstättenpädagog\_innen definieren und wie aware wir selbst sind.

Das heißt für mich, Unrecht benennen und in seiner Singularität ernst nehmen, über den Tellerrand blicken ohne zu parallelisieren und historische Kontinuitäten und Muster transparent zu machen, um proaktiv im hier und jetzt teilhaben und in die Zukunft wirken zu können. Denn nur so können wir ein klares Statement gegen Rassismus und Ausgrenzung und nicht zuletzt für soziale Gerechtigkeit setzen.

# empower

**Beratung für Betroffene  
rechter, rassistischer  
und antisemitischer Gewalt**

## **Verheerende Verharmlosungen rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt**

**Projekt *empower* – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Hamburg**

Nissar Gardi

Jom Kippur am 9. Oktober 2019, in Halle macht sich ein weißer Deutscher auf den Weg zur Synagoge, bewaffnet mit Gewehr und mehreren Kilo Sprengstoff im Kofferraum seines Autos, ausgestattet mit einer Helmkamera, die seine Tat online in eine international vernetzte rechte Struktur übermitteln soll. Allein eine stabile Tür sowie der Misserfolg des Täters beim Selbstbau der Waffe schützen die sich in der Synagoge befindenden 70-80 Gemeindemitglieder vor dem möglicherweise schlimmsten Anschlag auf Juden und Jüd\_innen in Deutschland seit der NS Zeit.<sup>22</sup> Die Polizei benötigt 20 Minuten nach dem ersten Notruf, um zum Tatort zu gelangen. Vergangene Bitten der Jüdischen Gemeinde in Halle um Schutz werden von der Polizei mit nicht bestehenden Gefahrenpotenzialen ausgeschlagen. Die Eigenbewertung der Sicherheitsbehörden verlautet nach der Tat, dass sie sich keine Vorwürfe zu machen hätten. In einer nicht-öffentlichen Sitzung des Innenausschusses zum Attentat teilen Sicherheitsbehörden mit, dass sich der Täter bereits 2015 online eine Schusswaffe besorgt habe.<sup>23</sup>

Wenige Tage zuvor, am Freitag den 4. Oktober 2019, kam es zu einem Anschlagversuch auf die Neue Synagoge in Berlin. Der Täter wurde bereits am Samstag auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft wieder freigelassen.<sup>24</sup>

Diese Terroranschläge verdeutlichen die Vernichtungsideologie des Antisemitismus, durch die Menschen täglich bundesweit bedroht werden und gegen die sie nicht ausreichend Schutz erfahren. Das Attentat in Halle hatte neben dem antisemitischen auch ein rassistisches Motiv und erinnert nicht zuletzt an die Morde und Anschläge des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Diese Anschläge entsprechen zugespitzt den Gefahren, vor denen Betroffene sowie Fachexpert\_innen explizit gewarnt haben und weiterhin warnen.<sup>25</sup> Die vor kurzem erfolgten Taten sowie die NSU Morde sind keine singulären Ereignisse von Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik. Die Ermordungen sowie ihre institutionelle und strukturelle Verwobenheit haben eine Konjunktur im postna-

22 Vgl. Interview von P. Peyman Engge mit Anastassia Pletoukhina (2019): „Ein Wunder, dass wir überlebt haben“, <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/ein-wunder-dass-wir-ueberlebt-haben/>

23 Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/halle-attentaeter-101.html>

24 Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/neue-synagoge-berlin-1.4628457>

25 Vgl. <https://www.nsu-watch.info/2014/01/kein-10-opfer-kurzfilm-ueber-die-schweigemaersche-in-kassel-und-dortmund-im-majuni-2006/>

tionalsozialistischen Deutschland und sind, wie auch Deniz Utlu schreibt, gesellschaftlich nicht auf einen 'großen Schrecken' zu reduzieren.<sup>26</sup> Im NSU-Komplex zeigt sich sukzessiv durch die Anschlagpläne, die Ermordungspraktiken, im Laufe der Ermittlungen sowie in den nicht ernst genommenen Kämpfen der Hinterbliebenen um Aufklärung, dass rechte Netzwerke seit Jahrzehnten unbehelligt bestehen können und dass sie an einen Rassismus und Antisemitismus anknüpfen können, der gesamtgesellschaftlich tief verankert ist.

Selbst wenn Betroffene die Gefahren von Antisemitismus und Rassismus und das Verharmlosen und Verschweigen dieser im deutschsprachigen Raum deutlich benennen, werden ihre Stimmen ignoriert. Als beispielsweise nach der Ermordung von Halit Yozgat<sup>27</sup> mehr als 4000 mehrheitlich migrantische Personen und Communities unter dem Slogan „Kein zehntes Opfer“ an zwei Demonstrationen in Dortmund und Kassel teilnahmen und die Angehörigen dort Rassismus deutlich benannten, gab es keinen Nachhall in den politischen Berichterstattungen. Auch gesellschaftskritische und antifaschistische Gruppen versagten und waren nicht in der Lage, Anhaltspunkte und Widersprüche ernst zu nehmen und den Analysen der Familienangehörigen und Communities zuzuhören.

Seit der sogenannten Selbstenttarnung des NSU im November 2011 und der damit einhergehenden Publikwerdung der institutionellen rassistischen Strukturen und Praktiken zeigen sich wiederholt massive Reaktionen der Zurückweisung einer Verantwortung von staatlichen Behörden, Politik und Medien. Wie das Monitoring der Betroffenenberatungen auf Landes- und Bundesebene nachweist, sind gesamtgesellschaftlich Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt gleichzeitig sag- und sichtbarer geworden. Gewaltvolle Äußerungen werden in den politischen und gesellschaftlichen Strukturen ermöglicht und gehen scheinbar mühelos in (Terror-)Anschläge über. Vor dem Hintergrund der sich weiter zuspitzend nach rechts ver-

<sup>26</sup> Vgl. Deniz Utlu (2016): Für Trauer und Zorn, Plädoyer gegen eine Ökonomie des Gedenkens, S. 212. In: A. Mortazavi; T. Önder; C. Umpfenbach (Hg.): URTEILE. Ein dokumentarisches Theaterstück über die Opfer des NSU.

<sup>27</sup> Halit Yozgat (\*1985 in Kassel; † 6. April 2006 ebenda) war das neunte Todesopfer in der Mordserie, die durch die rechte Terrorgruppe NSU verübt wurde. Er wurde mit 21 Jahren in seinem Internetcafé im Kasseler Stadtteil Nord-Holland ermordet.





schiebenden politischen und gesellschaftlichen Debatten verwundert der Anstieg dieser Botschaftstaten nicht. Täter\_innen sehen sich ermutigt sowohl durch die Normalisierung von nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Debatten als auch durch die Enttabuisierung von Gewalt gegenüber marginalisierten Personen.

Bundesweit häufen sich antisemitische und rassistische Gewalttaten – auch in den alten Bundesländern. Menschen werden in Schulen, Sportvereinen und auf der Straße angepöbelt und attackiert, Politiker sprechen vom „Denkmal der Schande“ und von einem „Vogelschiss“, Forderungen nach Schächtungs- und Beschneidungsverboten werden parteiübergreifend verlautbart.<sup>28</sup> In allen gesellschaftlichen Schichten wie auch altersübergreifend lässt sich Antisemitismus und Rassismus feststellen. Oftmals wird jedoch der Antisemitismus von rechten Täter\_innen, Gruppen sowie Parteien, in Institutionen sowie in der Gesamtgesellschaft verheerend verharmlost und vernachlässigt. Denn wenn Antisemitismus – wie so häufig – nicht in die Vergangenheit verlagert und damit der aktuelle Antisemitismus betrachtet wird, wird er reduziert und externalisiert. Fokussiert wird in den vergangenen Jahren immer stärker auf nicht mehrheitsdeutsche Täter\_innen von denen antisemitische Gewaltvorfälle ausgehen. Dieses wird zuspitzend von Rechts für die Durchsetzung (antimuslimisch) rassistischer Forderungen instrumentalisiert.

Gleichzeitig wird Rassismus besonders in Deutschland schnell und zuweilen automatisiert zurückgewiesen und seine Benennung skandalisiert. Eine immer wiederkehrende Täter\_innen-Opfer-Umkehr und damit einhergehende stetige Re-Viktimisierungen sind dabei zu beobachten. Das zeigt, dass nicht nur die Angriffe, Bedrohungen und Morde rassistisch oder antisemitisch verstrickt sind, sondern auch die gesellschaftlichen Reaktionen auf sie.

Die Verschiebung von Antisemitismus und Rassismus in die Vergangenheit macht deutlich, dass im postnationalsozialisti-



schen Deutschland die Meinung vorherrscht, die Zeit des Nationalsozialismus sei eine klar abgrenzbare und abgeschlossene 'Episode'. Auf diese Weise kann das Bedürfnis der 'Befreiung von einer negativen Geschichte', von Schuld bedient werden. Gleichzeitig findet innerhalb dieser Verschiebung eine undifferenzierte Gleichsetzung von Antisemitismus und Rassismus statt sowie ein Verleugnen der rassistischen Gewalt gegenüber und der Vernichtung von Rom\_nja und Sinti\_zza in der NS-Zeit. Zugleich wird im Zuge von Enthistorisierungspraktiken die koloniale Geschichte Deutschlands verdrängt. Mit der Erklärung einer vergleichsweise kurzen Ära deutscher Kolonialherrschaft und dem Propagieren einer geringen Bedeutung der Kolonien für Deutschland wird die Vorgeschichte der NS-Zeit in den nationalen Geschichtsschreibungen übergangen. Zudem werden die gegenwärtigen Nachwirkungen kolonialer Welt- und Menschenbilder verleugnet. An den Narrativen einer befreiten demokratischen deutschen Gesellschaft wird festgehalten, obwohl die gegenwärtige Wirkmächtigkeit von antisemitischen und rassistischen Verhältnissen unbestreitbar ist, und dies nicht nur subtil im Alltag. In den Praktiken der Verharmlosungen – und des Vergessenmachens muss Antisemitismus und Rassismus für Betroffene als doppelte Gewalt

<sup>28</sup> Vgl. u.a. [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/downloads/Hoecke\\_Widersprechen\\_Buchmesse\\_2018.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/downloads/Hoecke_Widersprechen_Buchmesse_2018.pdf) und <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/der-gute-alte-antisemitismus/>



erkannt werden. Die Nicht-Thematisierung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse – auch in öffentlich wirksamen Räumen – ist Gewalt.

Sowohl in den polizeilichen Erhebungen wie auch in den medialen Berichterstattungen werden durch rechte Ideologien motivierte Gewalttaten nicht ausreichend registriert. Die Berichte von Betroffenen und die Praxiserfahrungen der Betroffenenberatungsstellen zeigen jedoch, dass weiterhin rechte Ideologien wirksam und als Tatmotiv deutlich werden.

Direkt Betroffene, Angehörige und Zeug\_innen erstatten in vielen Fällen keine Anzeige. Gefragt nach Beweggründen der Nicht-Anzeige spielen bisherige negative Erfahrungen der Bagatellisierung auf Seiten der Gesellschaft und Behörden (Polizei, Staatsanwaltschaft, Bezirksamter, Schulbehörde und weitere) eine ausschlaggebende Rolle. Nicht zuletzt werden viele Vorfälle von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht als strafrechtlich relevant erkannt oder entsprechend bewertet. Aufgrund der bisherigen rechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen zudem einige der erfahrenen Gewaltvorfälle keinem Straftatbestand. Zum Tragen kommt diese Nichterhebung beispielsweise bei Vorfällen im Kontext von symbolischem Antisemitismus. Vor diesem Hintergrund geben Polizeistatistiken bei weitem nicht das Ausmaß der bekannten Vorfälle wieder. Zudem geben die Polizeistatistiken allein eine Erstbewertung wieder, die weder im Ermittlungsverfahren noch in den Gerichtsprozessen durch die dortigen Bewertungen ohne weiteres korrigiert werden können.

Die verheerenden Verharmlosungen und unkritischen Bewertungen von politischen Akteur\_innen und Sicherheitsbehörden werfen die Frage auf, ob die Bereitschaft besteht aus der Vergangenheit und den fortlaufenden rechten Terroranschlägen Lehren zu ziehen und gesellschaftliche, strukturelle Änderungen vorzunehmen. Nicht zuletzt zeichnet sich eine massive Symbolkraft ab vor dem Hintergrund, dass seit Jahren die Weigerung besteht die Gefahr von rechten Strukturen anzuerkennen.

Erkennbar bleibt weiterhin der Bedarf an inhaltlicher Ausein-

andersetzung aller Beteiligten in Bildungsinstitutionen, sozialen, kulturellen Einrichtungen sowie auch bei Polizei und Justiz. Rassistische und antisemitische Ressentiments, Bedrohungen und Angriffe sowie Rassismus gegen Romn\_ja und Sinti\_zza werden von diesen Beteiligten kaum erkannt und die Erfahrungen, Bedarfe und Rechte von Betroffenen entsprechend häufig missachtet. Beispielsweise lässt sich feststellen, dass Verantwortliche von Einrichtungen, wie Lehrer\_innen und Schulleitungen häufig der Auffassung sind, wenn sie antisemitische Vorfälle zu Anzeige bringen, sei genügend getan. Außen vor gelassen werden dabei Bedarfe und Rechte von betroffenen Juden und Jüd\_innen in der Schüler\_innenschaft und Elternschaft. Zentral bleibt die Notwendigkeit der breit gefächerten Fortbildung und Sensibilisierung für (Bundes-) Polizei und Justiz sowie Pädagog\_innen und Mitarbeitende u.a. an Schulen, im Bereich Sport (Schiedsrichter\_innen und Trainer\_innen), im Kontext von Medien (Verantwortliche und Journalist\_innen) – um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Ebenfalls wird in den erhobenen Vorfällen der Betroffenenberatungen deutlich, dass Mitarbeiter\_innen von Bildungsinstitutionen einschneidende Bedrohungserfahrungen durch rechte Personen, Gruppen sowie Parteien machen. Hierbei wird auch deutlich, dass Institutionen einen hohen Nachholbedarf haben auch strukturell parteilich an der Seite der betroffenen Kolleg\_innen und Zielgruppen zu agieren und diese zu schützen. Nicht zuletzt fehlen Institutionen inhaltliche Auseinandersetzungen mit den aktuell wirksamen Formen von Antisemitismus und Rassismus. Daran anknüpfend fehlen hilfreiche Handlungsstrategien und institutionalisierte Instrumente als Rahmenbedingungen.

Darüber hinaus sind bundesweit Kultureinrichtungen Ziel von Angriffen, Bedrohungen, rechten Störungen und Berichterstattungen. Mit Blick auf diese Angriffe und Bedrohungen auf die Arbeit von Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden in Bezug auf die Arbeit von Kultureinrichtungen ist der massive Kampf um kulturelle Hegemonie von Rechts auszumachen. Auch im Kontext der Kultureinrichtungen besteht ein hoher Bedarf für die inhaltliche und strukturelle Auseinandersetzung zum Schutz von konkret betroffenen Mitarbeiter\_innen und

Besucher\_innen sowie für eine verstärkte Positionierung gegen Antisemitismus und Rassismus.

Antisemitismus und (antimuslimischer) Rassismus bedingen einander und verstärken sich gegenseitig auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. An dieser Erkenntnis anknüpfend müssen sich die Politische Bildung, Strategien und Bündnisse sowie strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen ausrichten. Nicht zuletzt geht es ebenfalls darum, der Reduzierung rechten Terrors auf vermeintliche Einzeltäter entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen Antisemitismus und Rassismus nicht mehr zu verschweigen.

Hierfür bedarf es auch explizit der Bereitstellung von mehr Ressourcen für Beratungs- und Bildungsansätze, die diese Gewaltverhältnisse nicht in Konkurrenz mit einander verhandeln. Dabei stellt sich die Frage, ob Opfer von rechter, rassistischer

und antisemitischer Gewalt nur als Randnotiz, als „Statist\_innen“ erscheinen. Es bleibt also die dringende Frage nach den Subjekten der Auf- und Bearbeitungspolitiken – auch in der politischen Bildungsarbeit. Diese Perspektive vertritt auch der Überlebende des Anschlags in Mölln, Ibrahim Arslan, in seiner Rede auf dem NSU-Tribunal in Köln und verdeutlicht, warum bei den Subjekten angesetzt werden muss. Ibrahim Arslan betont „das, was wir heute anfangen, ist nicht nur ein Politikum, sondern auch ein Bruch des Schweigens, ein Aufschrei der Betroffenen und Opfer gegen die falsch laufende Opfer- und Gedenkpolitik. Wir werden uns von niemandem mehr instrumentalisieren lassen, wir werden uns von niemandem mehr mundtot machen lassen, keiner kann uns unser Gedenken mehr wegnehmen, jeder wird akzeptieren müssen, dass Betroffene nicht Statisten sind, sondern die Hauptzeugen des Geschehenen“.<sup>29</sup>

*Information/Kontakt:*

<https://hamburg.arbeitundleben.de/empower>

---

<sup>29</sup> Vgl. Ibrahim Arslan (2017): „Unsere größte Sehnsucht ist, euch unsere Geschichten zu erzählen.“  
<http://www.migazin.de/2017/06/02/moelln-ueberlebender-unsere-sehnsucht-geschichten/>.

# Empowered by Democracy

## Erfahrungen aus zweieinhalb Jahren politischer Jugendbildung mit jungen Geflüchteten

Samir Čolić

Jugendliche mit und ohne Fluchthintergrund setzen sich gemeinsam mit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Demokratie auseinander und bringen ihre Erfahrungen und Perspektiven im Rahmen der politischen Bildung ein – das war der Kern des Projektes „Empowered by democracy“. Vor allem geflüchtete Jugendliche sollten hierbei die Möglichkeit erhalten, selbst als politische BildnerInnen aktiv zu werden und eigene Formate umzusetzen. Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL) setzte gemeinsam mit sechs Landesarbeitsgemeinschaften von 2017 bis 2019 „Empowered by Democracy“ um.

Das Projekt baute inhaltlich auf drei Säulen auf, die jeweils unterschiedlichen Zielsetzungen folgten (siehe Tabelle). Verschiedene

Formate wurden durchgeführt und strukturell verankert:

- Formate der politischen Jugendbildung
- interne Fortbildungen zur Arbeit mit jungen Geflüchteten für BildungspraktikerInnen und MultiplikatorInnen
- Qualifizierung von neuen Teamenden der politischen Bildungsarbeit.

Damit verband sich zugleich der Anspruch des regelmäßigen, trägerübergreifenden Austausches zum Projektverlauf.

	Säule 1	Säule 2	Säule 3
<b>Zielsetzungen</b>	Austausch unter Multiplikator*innen über Bedarfe, Herausforderungen, Interessensgebiete, Themen und Methoden in der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen mit Fluchthintergrund	Austausch über das Zusammenleben in einer Demokratie anhand der Transferthemen: Demokratie, Werte, Geschlechterrollen, Empowerment, Historisch-Politische Bildung und Soziale Ungleichheit	Qualifizierung zu MultiplikatorInnen der politischen Jugendbildung mittels: Vermittlung der Grundlagen politischer Bildung und des Rollenverständnisses von Seminarleitungen, Erarbeitung und Erprobung von eigenen Seminareinheiten und Methoden
<b>Zielgruppen</b>	Multiplikator*innen der politischen Bildungspraxis sowie alle interessierten Kooperationspartner aus diversen Arbeitsfeldern	Junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund	Junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund
<b>Formate</b>	Fortbildungen und Vernetzungsworkshops	Seminare, Workshops, Projekttage und Exkursionen	Schulungen in Form von Seminaren und Workshops

## Zugang zu den Zielgruppen: wichtige Erfahrungen

Die Kernfrage des Projekts lautete: „Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?“ Um diese Frage gemeinsam mit Jugendlichen, insbesondere mit sozial- und bildungsbenachteiligten Jugendlichen zu thematisieren, bedurfte es der Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven vor der konkreten Bildungsarbeit. Dazu konzipierten die JugendbildungsreferentInnen von ARBEIT UND LEBEN die jeweiligen Formate in Zusammenarbeit mit Schulen und zivilgesellschaftlichen Institutionen mit Bezug zur Zielgruppe. Hierbei konnten sie auf bereits bestehende Netzwerke mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus Jugendverbänden, -projekten und Selbstorganisationen zurückgreifen und diese verstetigen. Zugleich wurden neue Kooperationen, mehrheitlich mit (Berufs-)Schulen und Einrichtungen aus der Kinder- und Jugendhilfe, eingegangen. Dies führte zur inhaltlichen und organisatorischen Einbindung von zielgruppen-spezifischen Erfahrungen der beteiligten Einrichtungen in der Konzeptentwicklung. So beispielsweise dann, wenn über geplante Methoden reflektiert wurde oder Unterstützung bei der Anmeldung und Sprachmittlung stattfand.

Die teilnehmenden Jugendlichen selbst wurden im Rahmen von Vorbereitungsgesprächen in die Konzeption eingebunden. Formale und inhaltliche Fragen wurden dabei geklärt und Absprachen zur gemeinsamen Arbeit getroffen. Die Mehrheit der Teilnehmenden hatte noch keine Erfahrungen in Formaten der politischen Jugendbildung – zeigte sich aber neugierig und aufgeschlossen hinsichtlich der Möglichkeit, mit neuen Menschen zusammenzukommen und Vorstellungen vom Zusammenleben in einem geschützten Raum auszutauschen. ARBEIT UND LEBEN setzte viele Maßnahmen mit Schülerinnen und Schülern aus Orientierungs- und Sprachlernklassen<sup>30</sup> sowie aus zentralen Unterkünften um. Hierbei stellten Heterogenität und Diversität der Jugendlichen eine besondere Herausforderung dar: neben den vielfältigen sozio-kulturellen und geografischen Kontexten spielten unterschiedliche sprachliche Voraussetzungen,

<sup>30</sup> Sprachlernklassen sind in Bremen eine Form der Beschulung von jungen Geflüchteten und Neuzugewanderten ab 16 Jahren. Diese sind an Berufsschulen angesiedelt und Teil eines zweijährigen Bildungsgangs. Dabei steht im ersten Jahr das Erlernen der neuen Sprache im Mittelpunkt, ergänzt mit Fachunterricht und Berufsorientierung. Im zweiten Jahr steht die Berufsorientierung im Mittelpunkt.

unterschiedliche Bildungshintergründe, familiäre Zugehörigkeiten sowie das Alter der Jugendlichen eine erhebliche Rolle für Seminar-konzept und -verlauf. Außerdem kamen die individuellen Flucht- und Ankommenserfahrungen als stets präsente Lebensrealitäten hinzu. Unter den Teilnehmenden waren viele von traumatischen Erfahrungen vor und während ihrer Flucht belastet. Teilnehmende aus Regionen, die von rechtspopulistischen Diskursen geprägt sind, berichteten darüber hinaus von Ausgrenzung und strukturellem Rassismus.

Daneben wurde die ernüchternde Erfahrung gemacht, dass Teilnehmende ohne Flucht- oder Migrationshintergrund eher schwer bis kaum für die politische Bildung in Gruppen mit geflüchteten Jugendlichen zu gewinnen waren. Teilweise gab es offene Vorbehalte oder die Teilnehmenden ohne Migrationshintergrund fühlten sich nicht als „Adressatinnen und Adressaten“ für außerschulische politische Jugendbildung mit jungen Geflüchteten. Eine starke „Wir-und-Die“-Trennung seitens der Jugendlichen wurde sichtbar, was zu Frustrationen bei Teilnehmenden und Teamenden führte, die gesondert thematisiert wurde.

## Praxisbeispiele und Erfahrungen

Mit der Heterogenität der Zielgruppe gingen entsprechend hohe Erwartungen an die Angebote der politischen Bildung einher. Die Methoden der politischen Jugendbildung mussten den jeweiligen Voraussetzungen angepasst werden – besonders im Hinblick auf sprachliche Barrieren. Je nach Zusammensetzung und Sprachniveau der Gruppe variierten schließlich die Ausgestaltungen, was anhand der folgenden Praxisbeispiele gezeigt werden soll.

### Let's talk about our interests – Methodische Flexibilität im Umgang mit Mehrsprachigkeit

AL Bremen setzte über das gesamte Schuljahr 2017/2018 die Seminarreihe „Let's talk about our interests“ mit jungen Geflüchteten aus Sprachlernklassen zweier Bremer Berufsschulen um. Dazu kamen sie wöchentlich zusammen, um sich



über eigene Erfahrungen, Interessen und Bedürfnisse auszutauschen und der Frage nachzugehen, wie jede und jeder aktiver Teil dieser Gesellschaft werden kann. Geleitet wurde die Reihe von einem gemischten Teamer-Team, mit und ohne eigene Fluchterfahrung. Diese Form der diversitätssensiblen Aufstellung stellte sich als hohes Identifikationsgut für die Jugendlichen dar: sie konnten ihre eigenen Erlebnisse und Perspektiven in einem geschützten Raum mitteilen und sich des Verständnisses für ihre Lebensrealität sicher fühlen.

Nach einem langfristigen und intensiven Kennenlern- und Gruppenbildungsprozess konnte ein Austausch zu denjenigen Themen begonnen werden, die den Teilnehmenden wichtig waren. Darunter fielen unterschiedliche Facetten des Zusammenlebens in einer pluralen und demokratischen Gesellschaft, der sozialen Ungleichheit in Deutschland oder aber der politischen Verhältnisse in anderen Ländern. Da sie jedoch gerade erst begonnen hatten, im schulischen Kontext Deutsch zu lernen, hinderten sprachliche Barrieren die Teilnehmenden daran, ihre Gedanken mitzuteilen. Insgesamt waren sechs unterschiedliche Muttersprachen im Raum vertreten, sodass das Sprachniveau während der Diskussionen teilweise zu Frustrationen innerhalb der Gruppe führte. Die Teamer reagierten mit diversen Ideen, um einen Umgang mit der Mehrsprachigkeit innerhalb der Gruppe zu ermöglichen und setzten beispielsweise Übersetzungstools und Visualisierungen im Seminarkontext ein.

Mithilfe dieser Flexibilität gelang es in der abschließenden Phase des Seminars die Teilnehmenden dabei zu unterstützen, ein eigenes politisches Bildungsformat für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler zu konzipieren. Entstanden ist die Workshop-Woche „Wir und Die? Zusammen – Leben – Gestalten“, deren Themenschwerpunkt Fragen zu individuellen und gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen bildeten. Der Wunsch nach mehr Orten und Gelegenheiten des Zusammenkommens von allen Berufsschülerinnen und -schülern stach als ein Ergebnis der Workshop-Woche besonders hervor – neben der enttäuschenden Erfahrung, dass Teilnehmende ohne Migrationshintergrund wenig Bereitschaft zur Mitwirkung zeigten. Die Ergebnisse aller Phasen wurden im „Brief an einen unbekanntem Freund“ zusammengefasst, welcher gemeinsam von



Foto: © Peter van Heesen

den jungen Geflüchteten fortwährend im Laufe der wöchentlichen Sitzungen verfasst wurde. Neben ihren persönlichen Erfahrungen der Flucht und Ausgrenzung beschreiben sie darin ihre Eindrücke aus dem Seminar und geben Ratschläge zur Orientierung für Neuhinzukommende innerhalb dieser Gesellschaft. Im Brief schließen die jungen Teilnehmenden gemeinsam folgendes Resümee:

„Wir haben festgestellt, wie wenig wir voneinander wissen und uns alle gewünscht mehr Zeit miteinander zu verbringen, um uns besser kennenzulernen und um voneinander zu lernen. Wir sind einstimmig zu dem Schluss gekommen, dass eine gemeinsame Zukunft nur möglich sein wird, wenn wir mehr übereinander wissen. Denn nur so können wir Vorurteile, falsche Vorstellungen voneinander und Ängste vor Unbekanntem abbauen. Wir würden gerne voneinander lernen, um zu erkennen welche Stärken wir haben. Dann könnten wir gemeinsam stark sein.“<sup>31</sup>

### **Wege, Ankommen und Bleiben? – Politische und kulturelle Bildung im Verbund**

AL Thüringen führte 2019 die Seminarreihe „Wege, Ankommen und Bleiben? – Porträts von und mit jungen Menschen mit

<sup>31</sup> Der gesamte Brief ist online auf unserem Blog abrufbar: <https://www.politische-jugendbildung.blog/schwerpunktthema/schwerpunktthema-2019-2020/brief-an-einen-unbekanntem-freund> (zuletzt abgerufen: 18.11.2019)



und ohne Migrationshintergrund“ durch, welche mit Formaten der kulturellen Bildung arbeitete. Indem eigene Theaterstücke, Porträtfotos und Podcastbeiträge erstellt wurden, konnten sich die Jugendlichen auf unterschiedlichen Wegen selbst ausdrücken. So wurde nicht bloß ein anregendes Element in das Bildungsprogramm hinzugefügt, wie beispielsweise die Produktion eigener Beiträge im Studio des Radios F.R.E.I. in Erfurt, sondern zudem auch eine Möglichkeit der Selbstmitteilung gefunden, die nicht ausschließlich sprachbasiert ist. In der Diskussion zum gemeinsamen Theaterspiel zeigte sich einerseits die Selbstwirksamkeit innerhalb der Gruppe, vor allem dort, wo sich Teilnehmende mit sprachlichen und psychischen Problemen ausgedrückt, verstanden und in ihren Potenzialen bestätigt fühlten. Andererseits entstanden selbstreflexive und kritische Nachgedanken seitens der Teilnehmenden ohne Flucht- und Migrationserfahrungen. Die eigene gesellschaftliche Stellung wurde szenisch verdeutlicht. Eine Teilnehmende berichtete dazu: „Ich persönlich habe es unglaublich spannend gefunden als er sagte, dass ihn teilweise auch sehr alltägliche Gespräche verletzen können. Fragen wie zum Beispiel: „Wie gefällt es dir bei UNS?“ oder „Seid IHR ...?“ Ich fühlte mich ein wenig ertappt: Habe ich selbst schon einmal solche Aussagen gemacht? Die Aussagen implizieren, dass man nicht dazu gehört, man aber auch nicht als Individuum gesehen wird.“

Die Seminarreihe endete mit einem Qualifizierungsmodul, in dem die in den ersten beiden Modulen durchgeführten Methoden im Kontext der politischen Bildungspraxis reflektiert

wurden. Neben einem Input zur Politischen Bildung gab es eine praktische Phase, in der die Teilnehmenden in die Rolle von Teamenden wechseln konnten: in Gruppen wurde eine eigene Methode für die politische Bildungsarbeit erstellt, die innerhalb der Gruppe präsentiert wurde. Als besonderer Erfolg wurde hierbei die individuelle Einschätzung der eigenen Stärken gesehen: die Teilnehmenden sahen jeweils für sich und ihre erkannten Potenziale unterschiedliche methodische Zugänge als geeignet an und äußerten die Bereitschaft, diese in der Bildungspraxis von AL Thüringen auszuprobieren.

### **Neue Perspektiven: historisch-politische Exkursionen**

Im Rahmen von gemeinsamen Exkursionen fand eine weitere Form von politischer und kultureller Bildung statt. In diversen historisch-politischen Exkursionen, beispielsweise nach Berlin oder Dresden, erlebten und lernten die Jugendlichen Orte der deutschen repräsentativen Demokratie kennen. AL Sachsen setzte mehrere Exkursionen mit dem Ziel um, Demokratie erfahrbar zu machen. Diese Form der politischen Bildung bedeutete zudem eine Abwechslung vom gewohnten Schul- und Lebensalltag, beispielsweise von Teilnehmenden aus zentralen Unterkünften.

In Weimar und Buchenwald wurde 2017 ein zweiwöchiges Intensivseminar zur Vergangenheit und Gegenwart in Deutschland durchgeführt. Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung setzten sich mit der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland auseinander und diskutierten lebhaft die Situation von Geflüchteten, speziell in Ostdeutschland, sowie die gesellschaftliche und mediale Darstellung ihrer Situation. Sie besuchten gemeinsam die Gedenkstätte Buchenwald und blickten mit einer eigenen Perspektive auf die Vergangenheit ihrer neuen Heimat. In der dreisprachigen Broschüre „Buchenwald: Geschichten erzählen“ wurden die vielfältigen Eindrücke in Form von Bildern und Textfragmenten veröffentlicht.<sup>32</sup> Die Jugendlichen berichten darin auch über die Konfrontation mit ihrer eigenen Fluchtgeschichte, wie das nachfolgende Zitat ei-

<sup>32</sup> Die Publikation ist online abrufbar auf unserem Blog: <https://www.politische-jugendbildung.blog/fachgruppen/medien/dein-blick-auf-buchenwald-wie-schauen-gefluechtete-auf-deutsche-geschichte?highlight=WyJlbXBvd2VzZWQIXQ==> (zuletzt abgerufen: 18.11.2019)

nes Teilnehmenden, der gerade aus Afghanistan angekommen war, eindrucksvoll zeigt: „Die Bilder in Buchenwald waren besonders schrecklich für mich, weil ich aus einem Land komme, in dem gerade Krieg ist. Ich habe jeden Tag ähnliche Bilder gesehen, natürlich nicht dieselben, aber ähnliche. Ich habe mit meinen eigenen Augen gesehen, wie die Taliban unsere Leute töteten. Ich kann meine Geschichte nicht einfach erzählen oder erklären. Es ist schwer, gerade in anderen Sprachen. Ich bin jetzt nicht mehr in dieser Situation, aber ich fühle mich schlecht. Ich erinnere mich an den Krieg.“

### Erhöhter Bedarf nach Fortbildungen

Der Wunsch nach Erfahrungsaustausch und Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Arbeit mit jungen Geflüchteten ist mit den Herausforderungen des Projekts deutlich gewachsen. Insbesondere der Umgang mit Mehrsprachigkeit in gemischten Gruppen sowie die Suche nach möglichen Alternativen zu sprachbasierten Methoden. Daneben wurden auch die Kontinuität der Teilnahme oder diskriminierende Einstellungen seitens der Teilnehmenden diskutiert.

AL Bremen setzte verstärkt auf den professionellen Austausch und organisierte über die Projektlaufzeit regelmäßig Fortbildungen zu genannten Schwerpunkten und Hindernissen. Aus diesem Austausch sind überarbeitete Methoden für die Bildungspraxis entstanden.<sup>33</sup>

### Erste Erfahrungen der Einbindung neuer TeamerInnen mit Fluchthintergrund

In zweieinhalb Jahren im Projekt „Empowered by Democracy“ ist es AL gelungen, Jugendliche mit Fluchthintergrund dabei zu unterstützen, über die Teilnehmendenrolle hinaus selbst aktiv in der Bildungspraxis zu werden. Aus den genannten Praxisbeispielen gingen unterschiedliche Formate hervor, an denen die



Jugendlichen als Co-Produzierende mitgewirkt haben, so beispielsweise in der Workshopwoche „Wir und Die? Zusammen – Leben – Gestalten“ in Bremen oder im Qualifizierungsmodul der Seminarreihe „Wege, Ankommen und Bleiben?“ in Thüringen. Ein Teilnehmender aus dem zweiwöchigen Intensivseminar in Weimar ist außerdem in der Gedenkstätte Buchenwald als Übersetzer in einem Projekt zu mehrsprachigen Bildungsbausteinen beschäftigt. Über das Projekt machte er seine ersten Erfahrungen mit Formaten der politischen Bildung.

Die Einbindung in die Organisation und Durchführung von Bildungsangeboten gelang ferner in Mecklenburg-Vorpommern und NRW. Eine junge Teilnehmerin leitete gemeinsam mit der zuständigen Bildungsreferentin in NRW zwei Workshops zum Themenfeld „Geschlechterrollen“. In Mecklenburg-Vorpommern moderierte ein im Rahmen des Projekts qualifizierter Teamer einen Projekttag zum Thema „Demokratie und Wahlen“. In beiden Fällen waren der langfristige persönliche

<sup>33</sup> Die überarbeiteten Methoden für die politische Bildung in mehrsprachigen Gruppen sind online abrufbar unter: <https://www.politische-jugendbildung.blog/schwerpunktthema/schwerpunktthema-2019-2020/methoden-mehrsprachig-gruppen> (zuletzt abgerufen: 18.11.2019).





Kontakt zwischen Bildungsreferierenden und neuen Teamenden sowie eine gemeinsame Vorbereitung entscheidend für die gelungene Umsetzung.

Zugleich wurde auch die Erfahrung gemacht, dass Teilnehmende von Qualifizierungsmodulen, die einen Fluchthintergrund haben, sich (noch) nicht als politische Bildnerinnen und Bildner sehen. AL Sachsen richtete 2019 zwei Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Projekts durch und erlebte, dass sich die für die politische Bildung zertifizierten Teilnehmenden mit Fluchthintergrund selbst nur als Übersetzerinnen und Übersetzer sahen – obwohl sie als Teamerinnen und Teamer für konkrete Veranstaltungen mit angefragt wurden. Um dieser Form der (Selbst-)Wahrnehmung und Selbststigmatisierung entgegenzuwirken, bedarf es einer weiteren, langfristigen Einbindung von jungen Menschen mit Fluchthintergrund in die politische Bildungspraxis. Diesen Prozess wird AL über das Projekt hinaus fortsetzen.

## Politische Bildung als Ort der Begegnung und des Verständnisses

Im Rahmen von „Empowered by Democracy“ ist es insgesamt gelungen, jungen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung geeignete Räume zu bieten, in denen sie ihre Perspektiven reflektieren und sich selbst im Verhältnis zur Gesellschaft betrachten konnten. Ihre entschiedene Antwort auf die Frage, wie wir in dieser Gesellschaft zusammenleben wollen, lässt sich auf die Formel „Nicht nebeneinander – sondern: Miteinander!“ zusammenfassen. Der Wunsch nach Orten der Begegnung und des gegenseitigen Verständnisses überwog – was zugleich auf einen Mangel an Begegnung und Verständnis hinweist. Insbesondere an jenen Orten, wie beispielsweise Schulen, wo die Beteiligung und Integration von Geflüchteten und neu Zugewanderten als selbstverständlich erachtet wird. Die politischen Bildungsformate dienten hierbei vielerorts als Initialzündung zu ersten tiefergehenden Begegnungen und Verständigungsprozessen. Für AL bleibt es weiterhin ein großes Anliegen, die eigenen Angebote und Strukturen diversitätsbewusst auf- und auszubauen.

*Die Träger der politischen Jugendbildung im Bundesausschuss Politische Bildung (bap e.V.) setzten mit „Empowered by Democracy“ erstmals ein gemeinsames Vorhaben der politischen Jugendbildung um. Projekträger war der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. Umgesetzt wurde das Vorhaben von den GEMINI-Mitgliedern: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL), Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR) und Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et). Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung übernahm die Gesamtkoordination des Projekts. Am Projekt waren die sechs Mitgliedseinrichtungen AL Bremen, Bremerhaven, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen beteiligt.*

Information/Kontakt:

<https://empowered-by-democracy.de/>





Foto: © Max Böttlinger on Unsplash

## Demokratieförderung im ländlichen Raum Ostdeutschlands

### „Frustrationspotentiale“ positiv nutzen

Tilo Garlipp-Gramann

Dieser Beitrag beschreibt meine Erfahrungen in der Arbeit als Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie (PfD) im Landkreis Börde. Er ist bewusst in der „Ich-Perspektive“ verfasst, da ich in diesem Beitrag einige meiner subjektiven Arbeitserfahrungen bündele und daraus Erfolgsfaktoren ableite, von denen ich denke, dass sie für eine im Sinne von Inklusivität, Aktivierung und Nachhaltigkeit „erfolgreiche“ Demokratieförderung im ländlichen Raum wichtig sind.

Demokratieförderung im ländlichen Raum – gerade in Ostdeutschland – beschäftigt sich meiner Ansicht nach sehr häufig mit Menschen, die in ihrer subjektiven Wahrnehmung und Gefühlslage geprägt sind von der Nichtanerkennung eigener Lebenserfahrungen und -leistungen, dem Gefühl sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung, der Wahrnehmung, nicht wirklich repräsentiert und in der eigenen ländlichen Lebensweise eher diskriminiert zu werden. In denen also das

Gefühl, zu wenig beachtet, diskriminiert und als „Bürger/-innen zweiter Klasse“ behandelt zu werden, weit verbreitet ist. Gleichzeitig handelt es sich um ein Milieu, in denen stereotype und rassistische Denkweisen und Vorurteile sowie Ausgrenzungshandlungen gegenüber Menschen, die als in irgendeiner Weise „nicht-normal“ oder „anders“ markiert werden, häufig anzutreffen sind. In diesem Sinne hat die Demokratieförderung im ländlichen Raum eine doppelte Überschneidung mit dem Jahresthema „Für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“.

Zurück zur PfD: Eine PfD hat das Ziel demokratiefördernde und -stärkende Maßnahmen durchzuführen und anzuregen.<sup>34</sup> Dazu stehen unter anderem in einem „Aktions- und Initiativfonds“ finanzielle Mittel zur Verfügung, die von Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen für Projekte beantragt werden

<sup>34</sup> Darum werde ich in diesem Text von Demokratieförderung und nicht von Demokratiebildung sprechen. Letztere ist aber natürlich ein Teil Ersterer.

können und die an Ziele der Demokratieförderung geknüpft sind. Es gehört unter anderem zu meinen Aufgaben, Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen, bspw. in Form von Werbung für eigene aber auch für externe Angebote der Demokratieförderung. Ferner, Personen, Vereine, Einrichtungen, etc. anzusprechen und Interessierte bei der Antragstellung zu unterstützen.

In meinem Beitrag lege ich den Fokus auf die Frage, wie ich mit unserer PfD versuche, gerade solche Menschen und Orte mit Angeboten und Formaten der Demokratieförderung zu erreichen, die nicht per se aufgeschlossen sind, wenn man mit ihnen etwas zur Partizipationsförderung, zur historisch-politischen Bildung oder gegen Vorurteile und Rassismus machen möchte.

Im folgenden Abschnitt möchte ich einige Merkmale des Landkreises skizzieren, in dem ich arbeite und die damit den Rahmen für meine Demokratieförderungsarbeit bilden.

## **Der Landkreis Börde – schicke Dörfer, fruchtbarstes Ackerland und (nicht nur für Ostdeutschland) „typische“ Probleme**

### **Objektive Merkmale**

Der Landkreis Börde liegt in Sachsen-Anhalt, nördlich des Harzes, wo er sich im Osten an Magdeburg und im Westen an Niedersachsen anschmiegt. Er ist etwa dreimal so groß wie Berlin bzw. nicht sehr viel kleiner als das Saarland. Entstanden ist er aus ehemals 4 separaten Landkreisen. Er ist sehr ländlich geprägt. Es leben hier rund 172.000 Menschen, im Saarland sind es knapp 1 Million. Die große Mehrheit der Menschen wohnt in Dörfern mit unter 1.000 Einwohner/-innen. Die zwei größten Städte, Haldensleben und Oschersleben, haben jeweils knapp 20.000 Einwohner/-innen. Der Landkreis besteht aus 34 Gemeinden, davon 9 Einheitsgemeinden, 4 Verbandsgemeinden und 21 in Verbandsgemeinden zusammengeschlossenen Mitgliedsgemeinden. Die Entscheidungswege und -befugnisse sind in diesen zwei Gemeindetypen recht unterschiedlich ausgeprägt. In Einheitsgemeinden sind oft zwischen 20 und 30 Dörfer zusammengefasst, meist mit

einer kleinen Stadt oder einem größeren Dorf als Zentrum. Sie haben eine/-n hauptamtliche/-n Bürgermeister/-in und einen Einheitsgemeinde-Rat. Hier wird die Gemeindepolitik gemacht und fallen die verbindlichen Entscheidungen. In den Dörfern einer Einheitsgemeinde gibt es zwar Ortschaftsräte und Ortschaftsbürgermeister/-innen. Diese verfügen jedoch nur über wenig Entscheidungskompetenzen und sehr geringe finanzielle Möglichkeiten. In Verbandsgemeinden sind dagegen weitgehend unabhängige Gemeinden zusammengefasst. In den Mitgliedsgemeinden können die jeweiligen Gemeinderat/-innen und ehrenamtlichen Bürgermeister/-innen über viele Dinge, die ihre Gemeinde betreffen, selber entscheiden und haben eigene Gelder zur Verfügung. Die Aufgaben der Verbandsgemeinde beschränken sich auf übergreifende Themenfelder, wie allgemeinbildende Schulen und Feuerwehren.

Seit 1989 hat der Landkreis über 25.000 Einwohner/-innen verloren. Der Abwärtstrend hält an. Vor allem junge Menschen haben den Landkreis verlassen und verlassen ihn weiterhin. Der Landkreis Börde steht in dieser Hinsicht dennoch besser da als die meisten anderen Landkreise in Sachsen-Anhalt. Die Arbeitslosenquote liegt mit 5,4 Prozent deutlich unter dem Landesschnitt. Nicht wenige Menschen pendeln zur Arbeit nach Wolfsburg, Braunschweig oder Magdeburg. Der Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft an der Gesamtbevölkerung liegt im Landkreis bei 3,3 Prozent.

Die meisten Dörfer und auch einige kleinere Städte haben keinen Breitbandanschluss für schnelles Internet, die Handynetzabdeckung ist in weiten Gebieten mangelhaft, der ÖPNV in den meisten Orten auf den Schulverkehr beschränkt. Die allermeisten Menschen sind über das eigene Auto mobil. Es gibt eine vielseitige und flächendeckende Vereinskultur. Allerdings haben viele Vereine große Probleme zu Engagement anzuregen oder Nachwuchs zu finden.<sup>35</sup>

Bei den Kommunalwahlen im Mai 2019 (zeitgleich mit den

<sup>35</sup> Für das Jahr 2014 gab der „Freiwilligensurvey“ für Sachsen-Anhalt an, dass sich im Bundesland 37,1 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren in irgendeiner Form freiwillig engagieren. Das ist der zweitniedrigste Wert unter allen Bundesländern. Die größte Gruppe der Engagierten ist im Bereich Sport und Bewegung aktiv. „Freiwilliges Engagement“ wird in dieser Studie offenbar in einem sehr weiten Sinne definiert.

Europawahlen) wurde auch der Kreistag neu gewählt. Die Wahlbeteiligung lag für die Kommunalwahl bei 52,8 Prozent. Als stärkste Parteien bzw. Fraktionen sind daraus hervorgegangen: CDU (28,9 %), AfD (16,2 %), SPD (15,7 %), DIE LINKE (12,5 %). Bei der Landratswahl im Jahr zuvor lag die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang bei 28,5 Prozent, bei der folgenden Stichwahl bei 17,6 Prozent.

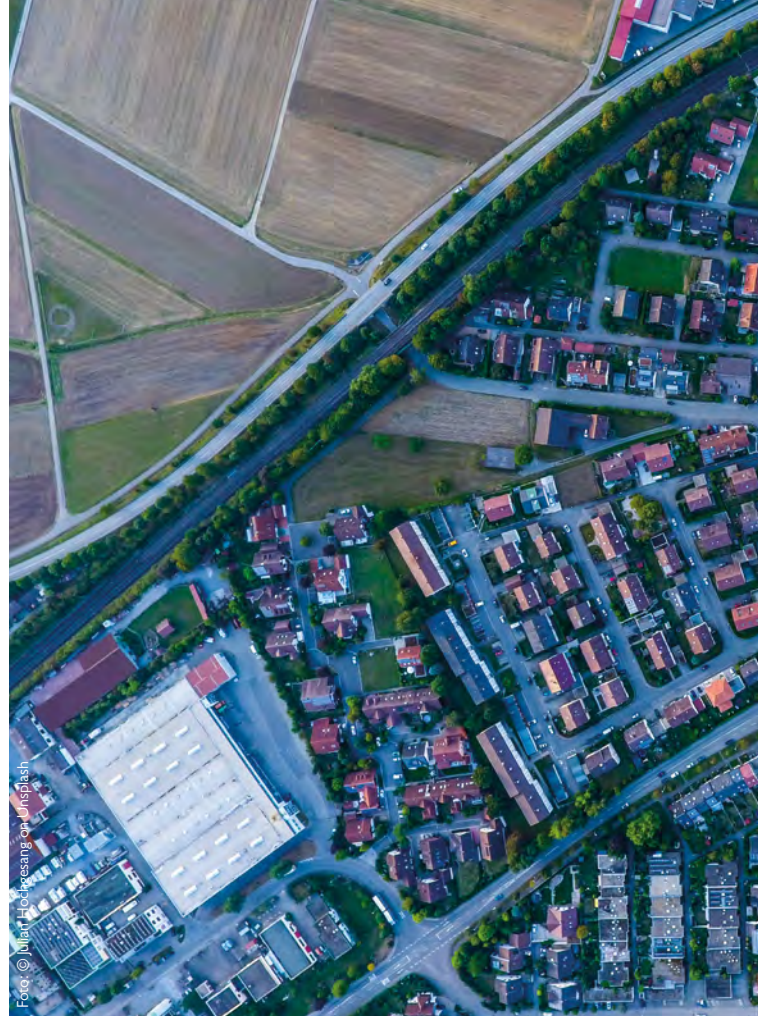
### Subjektive Merkmale

Meiner Wahrnehmung nach sind rassistische Vorurteile und Ressentiments gegenüber nicht-weißen Menschen und solchen, die als „Ausländer“ oder nicht einheimisch markiert werden, im Landkreis relativ weit verbreitet. Demokratieverdrossenheit und Politikdistanz begegnen mir häufig und äußern sich bspw. in Aussagen wie: „Wie es uns geht, was wir wollen, das ist den Politikern doch egal.“, „Die machen doch eh, was sie wollen.“, „Wählen gehen, warum?“.

An vielen Orten ist die Engagementkultur, trotz flächendeckend und thematisch vielfältig vorhandenen Vereinen, schwach ausgeprägt. Es mangelt insbesondere an Leuten, die bereit sind, sich für Gemeininteressen uneigennützig zu engagieren, selbst etwas in die Hand zu nehmen und den Versuch zu wagen, in ihrem Einflussbereich für einen wahrgenommenen Mangel oder für ein Problem selbst Abhilfe zu schaffen. Es besteht eher die Erwartung, dass „die Politiker“ Probleme richten und Lösungen herbeiführen sollen.

Welche politische Ebene für welches Thema zuständig ist, welcher Lösungsweg welche Vorzüge und Nachteile mit sich bringt und in welchen Sachzwängen sich „Politik“ häufig bewegt, ist vielen dagegen nicht bewusst.

Das gesagt möchte ich meinen ersten Punkt machen. Ich bin der Ansicht, dass Akteur/-innen der Demokratieförderung ein stark ausgeprägtes Bewusstsein über Faktoren und Umstände, die die Region, in der sie wirken und die die Umfeld- und Lebensbedingungen der Menschen, die sie erreichen und



mit denen sie arbeiten möchten, haben sollten. Das ist aus meiner Sicht ein *erster Erfolgsfaktor* der Demokratieförderung.

### Ansätze für erfolgreiche Demokratieförderung Frustrationen sind Potentiale und Türen

Gerade die aus manchen Umständen resultierenden Frustrationsmomente und Unzufriedenheiten der Menschen bieten aus meiner Sicht ideale Anknüpfungspunkte, um Formate der Demokratieförderung an neue Orte und unterschiedlichste Menschen und Gruppen zu tragen.





Als Ursachen für mögliche Frustrationen lassen sich u.a. benennen:

- die Sorgen um die Zukunft des eigenen Dorfes oder des Vereinslebens – weil der demografische Wandel deutlich spürbar ist
  - der sichtbare Abbau von Infrastrukturen (Schulen, Ärztinnen und Ärzte, ÖPNV, Freizeiteinrichtungen)
  - der Frust über fehlendes Geld (z.B. für Vereine, Freibäder, Straßensanierungen) – aufgrund chronisch klammer Kassen vieler Gemeinden
- der Ärger in den kleineren Orten über die eigene Einflusslosigkeit und neue „Unmündigkeit“ – aufgrund ihrer geringen Einwohnerzahl haben sie bei Gemeinderatswahlen oft keine Chance, jemanden aus ihrem Dorf als Interessenvertretung in den (Einheits-)Gemeinderat zu entsenden
  - die Distanz zu den politischen Entscheidungszentren – die (Einheits-)Bürgermeister/-innen und die (Einheits-)Gemeindeverwaltung sind weit weg, der/die Landrat/-rätin und der Kreistag noch weiter, viele Landtagsabgeordnete sind kaum vor Ort wahrnehmbar
  - das Gefühl in Prozesse zur Gestaltung des eigenen Dorfes und der Gemeinde nicht einbezogen zu werden – denn es gibt kaum über Kommunalwahlen hinausgehende explizite Angebote der Bürger/-innenbeteiligung.

Mein *zweiter Erfolgsfaktor* ist daher ganz generell, das Ansetzen an den Lebenslagen, Interessen und Frustrationen der Menschen, die man mit Demokratieförderung erreichen möchte. Beispiele dafür nenne ich an späterer Stelle im Text.

### **Ansprache und Sprache als Schlüssel**

Weitere Schlüssel zur Erreichung von Menschen, Gruppen und Orten, die nicht mit offenen Armen auf explizite Angebote der Demokratieförderung reagieren, sind die Sprache und Ansprache. Gerade das Weglassen von Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Politik, Partizipation, Zivilgesellschaft, menschenverachtende Einstellungen, Rassismus, Neonazismus usw. ist häufig wichtig. Denn diese Begriffe sind bei vielen nur bedingt positiv besetzt. Menschen reagieren eher genervt, wenn solche Stichworte fallen. Sie drehen sich weg oder verzichten dann lieber auf Fördermittel. Nicht wenige Menschen reagieren beinahe etwas allergisch. Das ist nur selten Ausdruck davon, dass sie gegen das sind, was hinter diesen Begriffen steht und vom Prinzip her mit diesen gemeint ist. Die meisten reagieren einfach deswegen genervt, weil diese Begriffe zu oft fallen – und vor allem zu häufig in einem „besserwissenden“, belehrenden Ton, mit erhobenem Zeigefinger und gern einem „akademischen“ Duktus vorgetragen werden. Das nimmt vielen die Neugier am



Entdecken, verdirbt ihnen die Lust am Mitmachen.

Die meisten Menschen sind jedoch für die Dinge, Themen, Inhalte und Prozesse, die sich hinter den Schlagwörtern der Demokratieförderung verbergen, prinzipiell offen und empfänglich. Sie sind interessiert und könnten sich dafür auch begeistern. Jedoch sind sie sensibel gegenüber Sprache und Ansprechhaltung der Person, die die Ansprache führt, und in der Folge ablehnend, wenn sie diese als abstrakt, distanziert und belehrend wahrnehmen. Darum ist es wichtig, dass die Sprache und Ansprechhaltung den Habitus der Menschen bedient, die sie erreichen möchte.

In meiner Ansprache und Öffentlichkeitsarbeit übersetze ich die akademischen Begriffe der Demokratieförderung in Ausdrucksweisen, die die Dinge beschreiben, die sich dahinter verbergen. In Begriffe und Beschreibungen, die zu den Zielen und dem Lebensumfeld der Menschen passen und die sie in ihre Realität einordnen können. Zudem ist eine positive gewandte Formulierung („für“ etwas) mitnehmender als eine negative („gegen“ etwas).

Ein *dritter Erfolgsfaktor* ist aus meiner Sicht daher (nicht nur im ländlichen Raum) eine unakademische, unbelehrende Ansprache und die Verwendung von allgemeinverständlicher und lebensweltgerechter Sprache.

### **Lebensweltbezogene Beratungspraxis**

Um einen weiteren Erfolgsfaktor zu beschreiben, möchte ich einen kurzen Einblick in meine Beratungspraxis im Kontext der Arbeit für die PFD geben.

Meine Beratungspraxis lässt sich grob in zwei Mustern beschreiben:

Zum einen jenes, wenn Menschen, motiviert durch Geldmangel, auf mich zukommen und bereits konkrete Vorstellungen von einer Veranstaltung oder einer Aktion haben, die sie gern durchführen wollen. In diesem Fall klopfe ich gemeinsam mit ih-



Foto: © Jonas Hess on Unsplash



nen ihre konkreten Pläne anhand unserer Kriterien der Demokratieförderung ab. Welche Kriterien sind bereits erfüllt? Wie stehen diese Kriterien im Kosten-Nutzen-Verhältnis, etc. Ich mache dann ggf. Veränderungsvorschläge, bspw. für Formate und Methoden und suche gemeinsam mit ihnen nach programmatischen Ergänzungs- oder Umgestaltungsmöglichkeiten, oder nenne ihnen mögliche Kooperationspartner/-innen aus dem Bereich der Demokratieförderung. Dabei achte ich darauf, dass ich mich einerseits an ihren Interessen und Möglichkeiten orientiere und andererseits die Schnittmenge zwischen dem Vorhaben und den Förderzielen der PFD vergrößert wird – und somit die Chance der Vereine auf Förderung.

Nach diesem Muster habe ich bspw. einen Sportverein beraten, der ein dreitägiges Kinder-Feriencamp plante und dem das Geld dafür fehlte, weshalb er auf die PFD zukam. Gemeinsam haben wir verschiedene Ideen entwickelt, die der Verein dann in die Tagesabläufe des Camps integriert hat. Mein wichtiges Anliegen war es, das Thema Sport mit Formaten und Aktionen zu verbinden, die explizit auf Demokratieförderung zielen. Neben Sport gab es schließlich im Programm u.a. ein Treffen mit der Bürgermeisterin. Die Kinder konnten ihr „Löcher in den Bauch fragen“ und ihr erzählen, was sie sich für den Ort wünschen. Solche Treffen können im Rathaus, in der Sporthalle oder auch in Verbindung mit einem Spaziergang durch den Ort stattfinden. Zudem gab es im Programm Diskussions- und Mitbestimmungsblöcke, Feedbackrunden, etc.

Dieses Prinzip lässt sich auf die Anliegen, Vorhaben und Aktivitäten sehr vieler Vereine übertragen. Dabei entsteht eine Win-Win-Situation. Da die meisten Vereine sehr positive Erfahrungen mit solchen Formaten der Demokratieförderung machen, bauen sie diese dann gern auch in zukünftige Vorhaben ein, ganz ohne Förderung.

Das zweite Beratungsmuster ist, dass ich Menschen, Vereine oder Einrichtungen anspreche und ihnen die Arbeit der PFD vorstelle. Dabei lege ich einerseits den Fokus darauf, die Gemeinsamkeiten zwischen den Förderzielen und den Aktivitäten der Angesprochenen herauszustellen und andererseits den Nutzen oder das Positive aufzuzeigen. Es soll dabei deut-



lich werden, was Formate der Demokratieförderung zur Erreichung ihrer Ziele oder zum Abbau mancher Frustrationen beitragen können.

Zum Beispiel stelle ich bei einem Vereine-Stammtisch nach diesem Prinzip die Ziele und Möglichkeiten der PfD vor. Dabei erzähle ich auch von Projekten, die bereits mit unterschiedlichsten Vereinen umgesetzt wurden, oder von Formaten, Methoden und möglichen Kooperationspartner/-innen. Damit gebe ich Ideen und Impulse weiter und mache Überschneidungen zu den Aktivitäten und Interessengebieten der anwesenden Vereine deutlich. So wecke ich bei den Leuten die Neugier und Lust zur Zusammenarbeit. Nicht selten kommen auch schon während dieser Termine Frustrationen zur Sprache, die sich auf (meist kommunale) Themen, Politik oder Demokratie beziehen. Diese greife ich auf und mache Vorschläge, bspw. für Einladungen von Mandatsträger/-innen zu Vereinstreffen oder für Bürger/-innendialoge, etc. Auch dies funktioniert häufiger, als man vielleicht annehmen würde. Jeder Kontakt, jede Vernetzungsinitiative, jeder Schritt in Richtung Kooperation oder Dialog bedeutet für mich einen Fortschritt und ist ein Erfolg.

Deshalb ist meiner Ansicht nach ein *vierter Erfolgsfaktor*, solche Ideen, Perspektiven und Impulse an die Menschen weiterzugeben, die für sie lebensnah, fassbar und hilfreich sind – und gleichzeitig der Demokratieförderung dienen.

### **Demokratieförderung ist Beziehungsarbeit**

Viele Menschen sind auf der Suche nach Tipps, Hinweisen und Unterstützung zur Bearbeitung von Anliegen, die ein Gemeininteresse betreffen. Dabei haben viele Herausforderungen, Probleme und Interessen, die Menschen bewegen, auf den ersten Blick kaum etwas mit Demokratieförderung zu tun. Diese Menschen wollen sich engagieren, wollen etwas verändern, wissen jedoch bspw. nicht, wo oder wie sie anfangen sollen. Oft mangelt es ihnen schlicht an Geld, Wissen zur Selbstbemächtigung oder an Kooperationspartner/-innen.



Meine Erfahrung ist, dass diese Menschen sehr dankbar sind, wenn man ihnen Hinweise auf weitere, über die explizite Demokratieförderung hinausgehende Fördertöpfe oder auf Informationsquellen, die thematisch zu ihrem Engagement- oder Interessenbereich passen, gibt. Das können Übersichten, Newsletter, Internetseiten oder Ansprechpartner/-innen in anderen Organisationen sein.

Solche Bemühungen und Unterstützungen werden oft in Form von Respekt und Anerkennung, Dankbarkeit, Vertrauenszugewinn und Kompetenzzuschreibung hoch honoriert. Gute gemeinsame Erfahrungen sprechen sich rum, was dazu beiträgt, dass sich das Netzwerk stetig und auch bis in dato unerreichte Orte ausweitet. Die Anerkennung, die aus dieser Unterstützung resultiert, ist eine wertvolle Grundlage, die es einerseits ermöglicht, jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt Impulse, Ideen und Angebote der expliziten Demokratieförderung (z.B. Etablierung von Jugendparlamenten, Bürger/-innenbudgets oder Bürger/-innendialogen; Präventions- und Weiterbildungsangebote, etc.) in ein immer größeres Netzwerk zu tragen. Andererseits wandelt sich die Kompetenzzuschreibung nicht selten auch in einen Vertrauensvorschuss um, was die Wahrscheinlichkeit enorm erhöht, dass solche „neuen“ Ideen und Vorschläge wahrgenommen, unvoreingenommen betrachtet und im besten Fall angenommen oder aufgegriffen werden.



Darum ist für mich ein *fünfter Erfolgsfaktor*, die allgemeine Unterstützung und Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement als einen Kernbestandteil von Demokratieförderung zu sehen. Intensive Beziehungs- und Vertrauensarbeit ist ein unerlässlicher und wichtiger Teil von Demokratieförderung.

## Fazit

Demokratieförderung ist sehr facettenreich und vielschichtig. Doch aus meiner Sicht lebt sie wesentlich von Zugewandtheit, Empathie und Beziehungsarbeit. Meine Erfahrung ist, dass Demokratieförderung besonders dann inklusiv, aktivierend und nachhaltig sein kann, wenn sie sich an den Lebenslagen und Interessen ihrer unterschiedlichen Zielgruppen orientiert, dies auch in ihrer (An-)Sprache zum Ausdruck bringt, mit unterstützungsorientierten und konstruktiven Angeboten an ihre Zielgruppen herantritt und die allgemeine Förderung bürgerschaftlichen Engagements als eine Schlüsselkomponente betrachtet. Demokratieförderung, die diesen Ansatz verfolgt, vermag es meines Erachtens nach, Menschen und Milieus zu erreichen und einzubinden, die für uns als Demokratieförder/-innen nicht allzu einfach erreichbar sind. Dieser Weg kann, wenn es ideal läuft, einerseits mehr soziale Gerechtigkeit schaffen und andererseits Ausgrenzung und Rassismus begeg-

nen. Indem Menschen einerseits Anerkennung und Beteiligung erfahren, sie angesprochen, mitgenommen und unterstützt werden. Und andererseits, indem sie auf die gleiche Weise mit Demokratieförderungs- und Präventionsangeboten in Kontakt gebracht werden, die Vorurteilen, Diskriminierungen, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenwirken.

Demokratielernen und Präventionsarbeit kann dabei an verschiedensten Orten stattfinden: in der Kita oder Schule, in der AG, der Interessengruppe, dem Verein oder in der Uni, im Unternehmen und natürlich im Jugend- oder Seniorenbeirat, Ortschafts- oder Stadtrat und in anderen Parlamenten. An all diesen Orten werden Eigenschaften geschult, die für die Demokratie essentiell sind, wie Eigeninitiative, Selbstorganisation, Teilhabe und Verantwortung (auch für andere) – freier und gleicher Bürgerinnen und Bürger. An diesen Orten werden Kontakte zwischen Menschen hergestellt, können Demokratie-Erfahrungen gesammelt und kann Wissen gewonnen werden. Zudem können wir dort Vorurteilen, Diskriminierung, Ausgrenzung und menschenverachtenden Einstellungen begegnen und diesen vorbeugen.

Demokratie bedeutet „Selbstherrschaft der Bürgerinnen und Bürger“: Menschen machen sich Gedanken, bringen sich ein, entscheiden selbst mit. Gerade das uneigennütige Engagement in Vereinen, Initiativen, Kirchen etc. ist das Fundament einer Demokratie: Dort engagieren sich Menschen freiwillig, selbstorganisiert und gemeinschaftlich für die Gestaltung gemeinsamer und zum Gemeinwohl beitragender Angelegenheiten.

Selbstwirksamkeitserfahrungen stärken das Selbstbewusstsein und beugen meiner Ansicht nach aktiv Frustrations- und Ohnmachtsgefühlen vor. Wo weniger Ohnmachtsgefühl und Frustration zuhause ist, haben es auch Vorurteile aller Art und populistische Angebote schwerer bzw. werden gar nicht erst gebraucht.





Foto: © Herbert Schmid

## „Speed Dating Politik“

Wie das Weidener Jugendforum politische Teilhabe fördert

Herbert Schmid

Das Jahrbuchthema „für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“ vereint verschiedene Perspektiven und Ansätze, wie politische (Jugend-)Bildungsarbeit im Sinne des Themas „wirken“ kann. Eine wichtige Perspektive ist dabei die Frage nach Strukturen, die Bildungsarbeit überhaupt ermöglichen (oder im Gegenteil verhindern). Partnerschaften für Demokratie haben das Ziel, demokratiefördernde und –stärkende Maßnahmen durchzuführen, anzuregen und in Kommunen und kommunalen Zusammenschlüssen Bündnisse aufzubauen. Diese Bündnisse haben das Ziel, allen Menschen politische Partizipation zu ermöglichen. Wahlen sind dabei ein

Partizipationsinstrument, das jedoch von verschiedenen Gruppen mehr oder weniger genutzt wird. Die Korrelation von Armut und Partizipation und Wahlverhalten wurde aktuell auch nochmal näher von Politikwissenschaftler Armin Schäfer herausgestellt. Mit dem Ergebnis, dass der ökonomische Status sehr wohl die Entscheidung, ob man zur Wahl geht beeinflusst und vor allem in ökonomisch schwachen Milieus Nicht-Wählen zum Status-Quo gehört.<sup>36</sup> Die Selbstwirksamkeitserwartungen („Kümmern die Politiker\*innen sich um mich?“) in Be-

<sup>36</sup> <https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videoextern/was-deutschland-bewegt-wer-beherrscht-deutschland-102.html>

zug auf Politik und politisches Handeln spielen dabei genau wie die Faktoren Einkommen und Bildung eine große Rolle.<sup>37</sup>

Speeddating Politik setzt daran an, Politik und Politiker\*innen konkret in Verbindung mit Weidener Jugendlichen zu bringen und Wahlen „attraktiv“ und greifbar zu machen. Das Projekt ist eine Verbindung zwischen etablierter Politik und lebensweltlichem Alltag der Jugendlichen. Die „Partnerschaft für Demokratie“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ arbeitet in Weiden seit 2015.<sup>38</sup> Die Stadt im Nordosten Bayerns zählt mit ihren etwa 43.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu den mittelgroßen Städten in Deutschland, fördertechnisch aber zum „ländlichen Raum“. Im Stadtrat sind drei Parteien und eine Wählervereinigung vertreten; davon entfallen auf die SPD 16 Sitze, die CSU 14 Sitze, die GRÜNEN 3 Mandate und die Bürgerliste 7 Sitze.

Seit dem Jahr 2016 gibt es auch ein „Jugendforum“, welches den Jugendfonds verwaltet. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sieht zwingend die Einrichtung eines Jugendforums vor. Die Aufgaben bestehen im Wesentlichen in der Durchführung eigener Veranstaltungen und Kleinprojekte, aber auch in der Vergabe von Fördermitteln für Mikroprojekte an Antragsteller. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 26 Jahren geben sich selbst eine Geschäftsordnung. Darin ist festgelegt, nach welchen Kriterien Fördermittel vergeben werden, wie Beschlüsse gefasst werden und wie Neumitglieder aufgenommen werden. Dabei gibt es eine sehr große Bandbreite, wie das Jugendforum sich organisiert: Wahlen für einen bestimmten Zeitraum analog mancher Jugendparlamente, offene Formen, bei denen jede und jeder mitmachen kann oder Delegation an einen aktiven Jugendverband oder als Schulversammlung. In ländlich geprägten Räumen hat es sich in den vergangenen Jahren als sehr nützlich erwiesen, durch WhatsApp-

Entscheidungen zu ersetzen, weil es in manchen Landkreisen in Flächenstaaten für Minderjährige außerhalb der Schulzeiten schwierig ist, mit dem Öffentlichen Personennahverkehr Entfernungen von 30 bis 50 Kilometern zurückzulegen.

Das Jugendforum der Stadt Weiden hat in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring mittlerweile drei Mal im Vorfeld der offiziellen Wahlen ein „Speed-Dating“ mit Politikerinnen und Politikern sowie Jugendwahlen an nahezu allen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Stadtgebiet angeboten und durchgeführt. Die Teilnahme war freiwillig. Anlässlich der Bundestagswahl am 24. September 2017 im Jugendzentrum der Stadt, vor der Landtagswahl am 14. Oktober 2018 in einem öffentlichen Veranstaltungssaal der Max-Regger-Halle in Weiden und vor der Europawahl am 26. Mai 2019 in einer Schule. Ein Grundgedanke der aufwändigen Aktionen war immer auch: „Wenn man nicht zur Wahl geht, stärkt man nur die, die man überhaupt nicht haben will.“

### **Ziele: Heranführen, informieren, mitwirken**

Die Ziele der Aktionen bestanden darin, bei „Noch-nicht-Wählerinnen und Wählern“ und Jungwählerinnen und Jungwählern (14-20 Jahre) Ängste abzubauen, „beim ersten Mal etwas falsch zu machen.“ Daneben stand die klassische politische Bildung und Informationsvermittlung: Wie sieht ein Wahlschein aus? Wie funktioniert das Wahlverfahren? Welche Parteien stellen sich zur Wahl? Welche Kernaussagen vertreten sie? Ausgangspunkt war dabei die Annahme, dass Demokratie auch gelernt und geübt werden muss.

### **Vorbereitung: Stadtverwaltung einbeziehen und die Werbetrommel rühren**

Zur Vorbereitung der Jugendwahlen wurde eine Wahlhelferschulung im Rathaus mit Beschäftigten der Stadtverwaltung durchgeführt. 60-70 Schülerinnen und Schüler ließen sich zu Wahlhelferinnen und Wahlhelfern ausbilden. Dabei kamen Originalunterlagen wie bei den offiziellen Wahlen zum Ein-

37 S. ausführlich: Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Migration und Integration (Hg.) (2019): Mit der Politik auf Du und Du. Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen. Online abrufbar unter: [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2019/04/SVR-FB\\_Politische\\_Selbstwirksamkeit.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2019/04/SVR-FB_Politische_Selbstwirksamkeit.pdf) (Letzter Aufruf: 25.11.2019)

38 Neben dem „Federführenden Amt“ bei der Stadt Weiden und der „Externen Koordinierungs- und Fachstelle“ bei ARBEIT UND LEBEN in BAYERN trifft sich vierteljährlich ein vierzehnköpfiger „Begleitausschuss“. Dieser besteht aus Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, Beschäftigten der Stadtverwaltung sowie politischen Parteien und hat die Aufgabe die Mittel für Projekte des Aktionsfonds zu beraten und zu vergeben.

satz. Der dabei immer anwesende Oberbürgermeister hegte insgeheim die Hoffnung, dass von den jungen Menschen später einige als echte Wahlhelferinnen und Wahlhelfer übrigbleiben würden. Lehrkräfte an den Schulen erhielten frühzeitig Informationen, um im Sozialkundeunterricht an den jeweiligen Schulen altersgerecht auf die Wahlen und das Speed-Dating vorzubereiten. Aus dem Rathaus wurde zusätzlich ein Erstwählerbrief an die jungen Erwachsenen versandt, um sie zur Teilnahme an den Wahlen selbst und den vorgeschalteten Aktivitäten zu motivieren. Bei der Werbung konnte eine positive Reaktion und Unterstützung durch die Medien beobachtet werden: die Lokalpresse, das örtliche Radio halfen durch die Ankündigung und mit Berichten über diverse Medien inkl. Lokalfernsehen dabei eine größere Öffentlichkeit herzustellen.

Zusätzlich kam eine „Fotobox“ als Werbemittel zum Einsatz. Diese konnte von den interessierten Schulen jeweils für einige Tage angefordert werden. Schülerinnen und Schüler ließen sich darin fotografieren, gaben Statements zur Wahl ab und konnten diese zusammen mit den Bildern auf Instagram oder Facebook verbreiten.

Am Wahltag selbst wurden in den Schulen Originalwahlkabinen aufgestellt, die das Wahlamt auf Kosten der Stadt hatte anliefern lassen. Die Wahlergebnisse der einzelnen Schulen wurden mittels EXCEL-Tabellen erfasst, in der „Wahlzentrale“ (im lokalen Jugendzentrum) zusammengezählt und am Wahlabend bei der offiziellen Eröffnung bekannt gegeben.

### **Resümee: „Keine Angst vor großen Tieren“**

Das Resümee der beteiligten jungen Menschen war generell, dass politische Diskussionen Spaß machen können und sie „keine Angst vor großen Tieren“ wie amtierenden und künftigen Abgeordneten in Parlamenten haben müssen. Reaktionen von beteiligten Berufspolitikerinnen und -politikern auf die Speed-Dating-Aktionen waren, dass die viertelstündigen Runden anstrengender waren als ein Auftritt an einem herkömmlichen Infostand in der Fußgängerzone oder einer Parteiveran-



staltung. Denn nicht wenige jugendliche Teilnehmende waren gut vorbereitet und stellten viele Fragen, die direkten Bezug zu ihrer Lebensrealität hatten, wie Menschenrechte und Asylpolitik, Art.17 (ehemals 13) Upload-Filter der EU Urheberrechtsreform oder die Forderung nach Entkriminalisierung der Seenotrettung.

Bei allen drei „Speed Datings“ wurden die Ergebnisse der „echten Wahl“ eine Woche später jeweils im Voraus tendenziell nahezu übereinstimmend getroffen. Das bedeutet: Gewinne für die Linkspartei, Verluste für die „Volksparteien“ CSU und SPD, einen „Hype“ für Die Grünen und Gewinne für die AFD.





Foto: © Herbert Schmid

## Am richtigen Ort

Die Frage des richtigen Ortes ist manchmal gar nicht so leicht zu beantworten, wie es zunächst scheint. Die drei Speeddatings fanden an drei verschiedenen Orten statt: in einem Jugendzentrum (samstags), in einer Schule und in einem öffentlichen Saal. Der öffentliche Saal wurde deshalb gewählt, damit nicht die Gefahr bestand, dass die AfD in einem Jugendzentrum auftauchte – denn zu einem Termin hatte sie sich bereits angemeldet. Der Landesvorstand des Bayerischen Jugendringes und seine Untergliederungen wie der Bezirksjugendring Oberpfalz hatten im Vorfeld der Wahlen gleichlautende Beschlüsse gefasst, dass es keine Veranstaltungen mit AfD-Be-

teiligung und Jugendringen geben solle, auch keine Gäste der AfD in Räumen der Jugendringe in Bayern (BJR) erwünscht seien. Gekommen ist sie dann doch nicht. In der Rückschau lässt sich festhalten: für die Jugendlichen war das Jugendzentrum der Ort, der aus ihrer Perspektive der niedrigschwelligste ist und den sie deshalb primär aufsuchen. Als Zugang zum Thema „Politik“ und „Wahlen“ war er besser geeignet, als ein öffentlicher Saal oder eine Schule. Wie zu handeln wäre, wenn eine Partei wie die AfD in einem Jugendzentrum auftaucht, diese Frage gilt es trotzdem bei solchen Aktionen zu bedenken.

Neben dem Angebot des BJRs, konnten wir unser Angebot auf diesem Feld erfolgreich an die Schulen bringen. Der BJR führt seit dem Jahr 1999 in einem bayernweiten Projekt im Auftrag des Kultusministeriums an rund 630 Schulen in ganz Bayern „Juniorwahlen“ durch, jedoch kann aufgrund der begrenzten Mittel nur ausgewählten Schulen in Bayern das Angebot unterbreitet werden. Das „Speed Dating“ hat daher zusätzlich Schulen und Jugendliche erreichen können und hatte dabei bewusst alle Schulen im Stadtgebiet angesprochen.

Bei der Bewertung waren sich alle Akteure einig, dass die drei durchgeführten „Jugendwahlen“ zur Steigerung des Interesses unter den jungen Menschen beigetragen haben und eine Aktivierung zur Teilnahme an Wahlen erfolgt sei. Allerdings ist dies ein sehr zeitaufwendiges Unterfangen, ohne die Förderung aus „Demokratie leben!“ für Honorarkräfte und eine zeitlich befristete hauptberufliche Stelle für die Koordinierung und Durchführung wäre das alles nicht leistbar gewesen.

Demokratiebildung an allgemeinbildenden Schulen in Bayern ist aufgrund der unzureichenden Ausstattung mit Unterrichtsstunden im Fach Sozialkunde nur ansatzweise möglich. Außer-schulische Angebote durch Jugendverbände oder Bildungsträger können dies nur sehr begrenzt ausgleichen. Deshalb ist die zusätzliche Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ eine große Bereicherung, um Verfahren einer parlamentarischen Demokratie praktisch kennen lernen zu können.



# breit aufgestellt!

## Fortbildung zur Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen

Jens Schmidt, Larissa Denk, Andreas Hechler, Marjaan Mandeh-Garian und Friederike Reher

Vorstellungen sozialer Ungleichwertigkeit sind das verbindende Element extrem rechter Einstellungen. Diese prägen Strukturen, Handlungsmuster und Erscheinungsformen von Neonazis und Rechtspopulist\_innen. Gleichzeitig finden sich dieselben ausgrenzenden Einstellungen und Argumentationsmuster in weiten Teilen der Dominanzgesellschaft und bilden damit den Nährboden für Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Rassistische Stereotype in der Kita, Kampagnen ausgrenzender Sexual- und Familienpolitik, nationalistische Standortpolitiken oder völkische Diskurse im Wahlkampf sind nur einige aktuelle Beispiele dieser Verbindung. Der sogenannte „Rechtsextremismus“ radikalisiert und legitimiert Ausschlusspraxen, die in einer weniger verdichteten Form ihre Verankerungen in der Mitte der Gesellschaft haben.

Das Fortbildungsangebot „breit aufgestellt!“ wurde vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelt und ist Teil des Fortbildungskonzepts „Qualifiziert handeln!“ der bpb. Es greift seit 2013 in jährlichen Durchgängen die einzelnen Ideologieelemente der extremen Rechten auf, beschreibt sie in ihrem Zusammenwirken und lotet ihre Bedeutung für die gesamte Gesellschaft aus. Durch den Ansatz der Intersektionalität sollen verschiedene soziale Kategorien in ihrer Wechselwirkung im Rahmen sozialer, politischer und pädagogischer Prozesse von Exklusion und Inklusion einbezogen werden: Sozialdarwinismus, Rassismus, (Hetero-)Sexismus, Nationalismus, Antisemitismus und 'Antiziganismus'. Die einzelnen Module beinhalten jeweils die Ebenen von Theorie, Selbstreflexion und Methodenerarbeitung. In einem weiteren Modul werden ausgrenzende Strukturen in Arbeitsverhältnissen einerseits und die Funktion des Arbeitsbegriffs für rechte Ideologien andererseits thematisiert. Ein zentrales Element der Fortbildung ist die praktische Umsetzung des Erlernten durch die begleitete Planung, Durchführung und Evaluation von Praxisprojekten im eigenen professionellen Handlungsfeld.

Im Rahmen der Fortentwicklung der inhaltlichen Module sind verschiedene neue Methoden zur Erschließung und Bearbeitung der Themenstränge entstanden: „Bin ich Albert Einstein?“ kontrastiert beispielsweise im Nationalismus-Modul die Biographie Einsteins (Selbst-/ Ausbürgerung im NS, seine kritische Reflexion von Patriotismus und Staatsangehörigkeiten) mit seiner Einbeziehung in die Kampagne „Du bist Deutschland“, um damit eine Auseinandersetzung mit nationalen Narrativen und Kampagnen zu initiieren. Die Tierfabel von Äsop wird in der Methode „Der Grashüpfer und die Ameisen“ aufgegriffen, um anhand der Disney-Version und einer veränderten Fassung in der Muppetshow über Anknüpfungspunkte antiziganistischer Sinnstrukturen an Werte der Gesellschaft nachzudenken: Mit welchen Merkmalen und Eigenschaften werden Grashüpfer und Ameisen dargestellt? Was ist die „Moral von der Geschichte“? Welche gesellschaftlichen Normen und Dichotomien können abgeleitet werden? Was hat das mit Antiziganismus zu tun?

Verschiedene Fragen und Herausforderungen stellen sich über die Durchgänge hinweg und sind Teil der Weiterentwicklung: Wie lässt sich mit der Komplexität, die das analytische Instrument der Intersektionalität erfasst, pädagogisch befriedigend umgehen? Wie ist das Verhältnis von Breite (verschiedene Diskriminierungsformen aufzuzeigen) und Tiefe (jedes einzelne Thema theoretisch zu durchdringen, selbstreflexiv zu bearbeiten und für die pädagogische Praxis aufzubereiten) sinnvoll zu fassen? Wie kann in heterogen zusammengesetzten Gruppen das Verhältnis von Lern- und Schutzraum gut gestaltet werden? Wie lassen sich Identitätskategorien benennen ohne Reproduktion von Zuschreibungen? Wie lassen sich körperbezogene Dimensionen in die Bildungsarbeit integrieren? Das Projekt versteht sich hier als lernendes Projekt und gewinnt daraus Qualität.

Die Fortbildung richtet sich an Multiplikator\_innen: Poli-

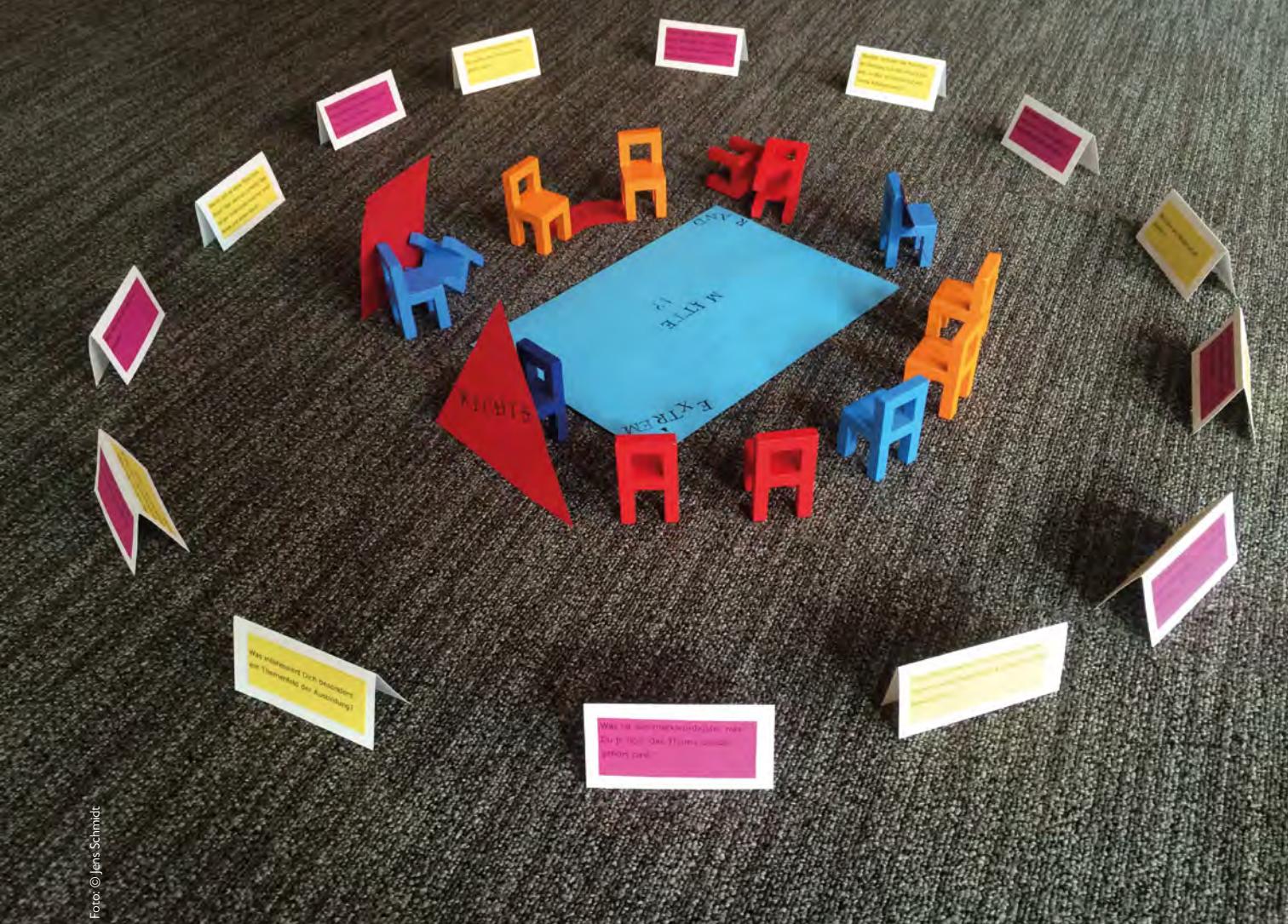


Foto: © Jens Schmidt

tische Bildner\_innen, Lehrer\_innen, Sozialpädagog\_innen und Mitarbeiter\_innen von Jugendeinrichtungen, aber auch an weitere Akteur\_innen aus gesellschaftlichen Bereichen, die mit den beschriebenen Phänomenen konfrontiert sind und darauf pädagogisch reagieren wollen (zum Beispiel Sport und Justiz, Betrieb oder Verwaltung). Die Fortbildung umfasst etwa 90 Präsenzstunden an fünf Wochenenden über einen Zeitraum von neun Monaten und schließt mit einer Zertifizierung zur Präventionskraft gegen Ungleichwertigkeitsvorstellungen ab.

Larissa Denk (Koordinierende Referentin aller Module)

### **breit aufgestellt – eine Chronologie ... und warum die Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen notwendig ist**

Rückblickend auf die nun im siebten Jahr durchgeführte Fortbildung spiegelt ihre Entwicklung gesellschaftliche Umbrüche und Diskursverschiebungen wider, auf die *breit aufgestellt* immer wieder reagiert hat.



Zu Beginn sollte *breit aufgestellt* eine Lücke in der Rechtsextremismusprävention füllen, die der Tatsache Rechnung trug, dass eine sinnvolle Prävention nicht bei der organisierten extremen Rechten ansetzen kann. Andere Fortbildungskonzepte, die Strukturen, Codes, Erscheinungsformen der extremen Rechten in den Fokus nahmen, entsprachen der Idee, dass diskriminierende Einstellungen nur an den Rändern der Gesellschaft zu verorten seien, nicht jedoch in der dadurch kontrastierten Mitte. *breit aufgestellt* verfolgte jedoch das Ziel, im Sinne der Primärprävention genau diese sogenannte Mitte und ihre Ungleichwertigkeitseinstellungen und -strukturen zu beleuchten. Die Modulthemen entstanden in kritischer Anlehnung an die abgefragten Exklusionskategorien verschiedener Studien; sie wurden im Verlauf der Fortbildung weiter verändert. Das Analysekonzept Intersektionalität, welches die Modulthemen im Querschnitt verbindet, wurde in der Außendarstellung erst später prominenter platziert, da es zu Projektbeginn noch nicht so verbreitet und etabliert war wie der Begriff es heute ist.

In den ersten Jahren war *breit aufgestellt* noch eine Fortbildung zur Rechtsextremismusprävention. Mit zunehmender Etablierung der gesellschaftlichen Wahrnehmung vom Vorhandensein verschiedener -ismen in der Mitte der Gesellschaft, änderte sich der Titel vor drei Jahren in „Prävention von Ideologien der Ungleichwertigkeit“. Das entsprach auch viel mehr dem Inhalt und Anspruch der Fortbildung.

Seit 2015/16 ist eine gesellschaftliche Zuspitzung von Diskriminierung und Exklusion festzustellen, die den Ton verschärft und die Grenzen des Sagbaren verschiebt. Unser Fokus auf die Exklusionspraxen der „Mitte“ der Gesellschaft wurde somit weiter bestätigt. Mittlerweile sind kaum noch Teilnehmende darüber überrascht, dass Ideologien wie Rassismus, Sexismus und Nationalismus in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen sind.

Eine gestiegene Sensibilisierung über Ausschlussmechanismen im alltäglichen Handeln und/oder Erleben stieß einen Prozess an, die eigene Positioniertheit zu reflektieren, den eigenen Bezug zu Ausschlussprozessen und -strukturen zu hinterfragen und Themen von Powersharing und Empowerment aufzugreifen.



In den letzten zwei Jahren lässt sich wiederum feststellen, dass neben dem „Extremismus der Mitte“<sup>39</sup>, auch die (extreme) Rechte, also organisierte, teils gewalttätige Strukturen erstarben. Wir nehmen nun daher wieder stärker extrem rechte Erscheinungsformen in den Blick – mit ihrem Auftauchen in der Mitte der Gesellschaft, wo ihre Positionen enttabuisiert werden. Auch Fälle von Verstrickungen in die Sicherheitsbehörden und Parteien wurden in dieser Zeit aufgedeckt. Daher bleibt die Fortbildung *breit aufgestellt* relevant darin, dass sie ihren Fokus auf Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit und ihre Verschränkungen richtet, ohne diese ausschließlich an die Ränder der Gesellschaft zu verweisen.

Friederike Reher (Referent\_in Modul Intersektionalität)

### Durch welche Brille schaue ich? – Wechselwirkungen von Diskriminierungen didaktisch berücksichtigen

Die Analyse der Wechselwirkungen von Diskriminierungen (wie das Zusammenwirken von Rassismus, Sexismus, Klassismus und Behinderung) bezeichnet man als Intersektionalität<sup>40</sup>.

<sup>39</sup> Lipset, Seymour Martin (1967): Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, Ernst (Hg.): Theorien über den Faschismus. Köln. Pp.: 449–491

<sup>40</sup> vgl. Katharina Walgenbach (2012): Intersektionalität – eine Einführung. URL: [www.portal-intersektionalitaet.de](http://www.portal-intersektionalitaet.de), Zugriff: 2.9.2019.

Im Fokus sind dabei strukturelle, identitäre und symbolische Macht-, Herrschafts- und Normierungsverhältnisse<sup>41</sup>.

In der Weiterbildung wird in zwei Modulen Intersektionalität explizit thematisiert – als Analyseperspektive (Modul 3) und als Ansatz intersektional informierter Didaktik und Methodik in Modul 1.1. Auf dieses Modul soll im Folgenden eingegangen werden. In Anlehnung an bell hooks liegt für eine intersektionalitätssensible Didaktik und Methodik der Schwerpunkt auf zwei Grundfeilern<sup>42</sup>:

Erstens wird die Aufwertung von rationalem Wissen bei gleichzeitiger Abwertung emotionalen und körperlichen Wissens kritisch reflektiert<sup>43</sup>.

Zweitens wird thematisiert, dass sich die diskursiven Zuschreibungen, die privilegierte Menschen genießen (wie rational, objektiv, höherwertig, etabliert etc.) in der Auswahl der Methoden und Didaktik selbst wiederfinden können. Beispielsweise kann dies geschehen, wenn ausschließlich frontal Wissen vermittelt wird, nur wissenschaftlich renommierte Quellen herangezogen oder Methoden, die ausschließlich intellektuelle Analyseprozesse anregen, verwendet werden.

Darauf aufbauend erarbeiten sich die Teilnehmenden der Weiterbildung eine reflexive, professionelle Haltung, die sie didaktisch in die Lage versetzt, intersektionalitätssensible Arbeitsmaterialien und Methoden zu konzipieren, auszuwählen und einzusetzen. Diese setzen auf eine Verbindung von kognitiver, emotionaler und körperlicher Wissensaneignung und -schilderung (bspw. neben kognitiven Arbeitsweisen durch Rückgriff auf Erfahrungswissen und körperorientierte Methoden im Raum). Dazu gehört auch, in der beruflichen Auseinandersetzung mit Diskriminierungsstrukturen eine Kultur der Selbstsorge zu pflegen. Demgemäß erarbeiten sich die Teilnehmenden

abschließend handlungsleitende Strategien der Selbstsorge für sich in der Leitungsrolle (a) und für die Teilnehmenden-Gruppe (b). Diese dienen ihnen als praktische Werkzeugkiste, um in belastenden und diskriminierenden Situationen in Bildungs- und Beratungssettings aktiv und souverän den Raum zu gestalten<sup>44</sup>.

Andreas Hechler (*Dissens – Institut für Bildung und Forschung/externe Evaluation der Fortbildung*)

### Nicht nur, sondern auch

„Für soziale Gerechtigkeit – gegen Ausgrenzung und Rassismus“? Ja – es ist richtig, sich offen gegen Rassismus auszusprechen. Und nein – es ist falsch, sich nur gegen Rassismus offen auszusprechen. Dies geschieht leider sehr häufig, gerade in den Kreisen, die sich gegen Rechts engagieren. Oft heißt es: ‘Gegen Rechtsextremismus und Rassismus’. Als wäre der Rassismus nicht bereits ein Teil von Rechtsextremismus und als wäre Rechtsextremismus nicht viel mehr als ‘nur’ Rassismus.

Die Fortbildungsreihe ‘breit aufgestellt’ hebt sich von dieser Priorisierung eines Herrschaftsverhältnisses angenehm ab und stellt mehrere Herrschaftsverhältnisse gleichberechtigt nebeneinander. In je einzelnen Tagesmodulen werden Sozialdarwinismus, Rassismus, Antiziganismus, Nationalismus, Antisemitismus, Sexismus und Homofeindlichkeit behandelt. Zudem werden punktuell intersektionale Verknüpfungen hergestellt – nach wie vor eine Seltenheit in der politischen Bildung. Dies ist aus mehreren Gründen notwendig, wenn eine Praxis gegen Rechts wieder Land gewinnen möchte:

Erstens gewinnt man damit sehr schnell falsche Freund\_innen, die die eine Diskriminierung verdammen und dabei eine andere in Kauf nehmen oder gar befördern. Dies war schon immer das Problem von Ein-Punkt-Politiken und single issues. Es ist aber insbesondere vor dem Hintergrund des Erstarkens rechter Akteur\_innen relevanter denn je: Die AfD inszeniert sich

41 vgl. Gabriele Winker/Nina Degele (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit, Transkript: Bielefeld.

42 bell hooks 1994, 2003 und 2010 zit. n. Belinda Kazeem-Kamiński (2016): Engaged Pedagogy. Antidiskriminatorisches Lehren und Lernen bei bell hooks, zaglossus: Wien.

43 Zur Tradition des Ausschlusses von Erfahrungswissen über die Priorisierung von intellektuellem Wissen und Abwertung von körperlichem und emotionalem Wissen siehe bspw. Jana Husmanns (2010): Schwarz-Weiß-Symbolik. Dualistische Denktraditionen und die Imagination von ‘Rasse’. Religion – Wissenschaft – Anthroposophie, Transkript: Bielefeld.

44 vgl. Renate Jegodtka/ PeterLuitjens (2016): Systemische Traumapädagogik. Traumasensible Begleitung und Beratung in psychosozialen Arbeitsfeldern. V&R: Göttingen, S. 195ff sowie Jeffrey A. Kottler (2011): Therapie-Tool Selbstfürsorge, Beltz: Weinheim und Basel



beispielsweise als pro-jüdisch und pro-israelisch, gelegentlich ebenso antisexistisch, behindertenfreundlich und gegen Homofeindlichkeit, wenn sie dafür ihre antimuslimisch-rassistische Hetze verbreiten kann. Das Erstaunen mancher darüber, dass eine lesbische Frau an der Spitze der AfD ist, ist aus intersektionaler Perspektive nicht verwunderlich und aus internationaler Perspektive kurios: die Vereinnahmung von Angehörigen diskriminierter Gruppen – tokenism – für rechte und diskriminierende Politik ist eine Entwicklung, die in verschiedenen Ländern (USA, Frankreich, ...) schon länger en vogue ist.

Zweitens ist Rassismus nicht losgelöst von anderen Herrschaftsverhältnissen denk- und verstehbar. Wer beispielsweise die aktuellen – eigentlich sehr alten – rechten Debatten zum Schutz von 'deutschen Frauen' vor geflüchteten und muslimischen Männern verstehen möchte oder einen Diskurs wie den der kinderlosen Akademikerinnen als 'Problem', kann dies nur, wenn verschiedene Diskriminierungsverhältnisse wie Geschlecht, Race, Behinderung, Nation und Klasse verschränkt gedacht werden.

Ein intersektionaler Ansatz ermöglicht, Diskursfelder und politische Bewegungen zu analysieren, die Vereinseitigungen vornehmen, indem einzelne Herrschaftsverhältnisse gegeneinander ausgespielt und bestimmte Diskriminierungsverhältnisse vor anderen priorisiert werden. Im Kern geht es mit einem intersektionalen Ansatz darum, adäquat gesellschaftliche Verhältnisse zu analysieren, Diskriminierung konsequent zu bekämpfen und dabei keine neuen Diskriminierungen zu produzieren.

Die Fortbildungsreihe '*breit aufgestellt*' ist hier von Anbeginn am Experimentieren und Ausprobieren, es ist eine lernende Fortbildungsreihe. Sie unternimmt trotz knapper Zeitressourcen den Versuch, intersektional zu handeln und zu denken, Herrschaftsverhältnisse entgegen der Konjunkturen bestimmter politischer Bewegungen nicht zu hierarchisieren und Wahrnehmungsfelder zu vermeiden. Vielleicht trägt das nächste Jahrbuch den Titel „Für Gerechtigkeit – gegen Ausgrenzung“. Im Sinne des eben Ausgeführten wäre dies ein Anfang.

*Marjaan Mandeh-Garian (Teilnehmerin breit aufgestellt)*

### **Aus der Teilnehmer\_innen-Perspektive ...**

Für mich persönlich war die intersektionale Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit maßgebend für die Teilnahme am fünften Durchgang der breit aufgestellt Fortbildung in 2017. In meinem Privatleben wie auch in meinem beruflichen Kontext im Rahmen von sozialer Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung beschäftigte ich mich hauptsächlich meist nur mit ein bis zwei Formen von Diskriminierung wie beispielsweise Rassismus oder Rechtsextremismus. Die umfassende Beschäftigung im Rahmen der Fortbildung machte deutlich, wie schwierig es ist, alle Formen von Ausgrenzung und abwertenden Einstellungen im Blick zu haben, und ermöglichte zeitgleich die breite Auseinandersetzung. Der Anspruch, die vielen losen Fäden zusammenzuführen und zu bündeln, sprich die verschiedenen Ebenen von Diskriminierung und deren Verknüpfungen zu erkennen, führten bei mir zu einem tiefer gehenden Verständnis und einer erweiterten Perspektive in Bezug auf die Komplexität von Diskriminierungen und den bestehenden Machtverhältnissen. Ein weiterer wichtiger Punkt für mich bestand im Praxisaustausch mit den anderen Teilnehmer\_innen. Da sich die Fortbildung an verschiedene Berufsgruppen richtet, bestand die Möglichkeit des Austausches und der Vernetzung mit Akteur\_innen aus unterschiedlichen Arbeitsbezügen. Der allgemeine Austausch in der Gruppe war sehr bereichernd und brachte unterschiedliche Perspektiven und Kenntnisse im Umgang mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen hervor. Der wertschätzende und offene Umgang innerhalb der Gruppe sorgte für eine gute Atmosphäre, auch wenn die Energie mal nachließ.

Das eigene Erarbeiten unterschiedlicher Methoden zum Thema förderte die Stärkung meiner eigenen Haltung sowie die Selbstreflexion.

Insgesamt hat die vielfältige Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit mich in meinem Wissen und meinen Kompetenzen soweit gestärkt, dass ich die erlernten Methoden auch in meiner eigenen pädagogischen Arbeit anwende.



Foto: © Johannes Smettan

## Kampf den Algorithmen?

### Der Umgang mit Memes und Chans als neue Herausforderung der politischen Jugendbildungsarbeit

Johannes Smettan

Neun Tote in Charleston (USA), 51 Tote in Christchurch (Neuseeland), 22 Tote in El Paso (USA) und zuletzt 2 Tote in Halle. Dieser stochastische Terroranschlag<sup>45</sup> in einer Synagoge und einem Imbiss im Oktober 2019 war der bislang traurige Höhepunkt einer neuen Form der Radikalisierung, die weltweit durch das Internet eine unüberschaubare Anzahl von Anhänger\*innen findet und die auf ganz unterschied-

lichen Wegen bis in die breite Öffentlichkeit wirkt. Die Rede ist von einer selbstgesteuerten Radikalisierung, die aus und in der sogenannten chan-culture stattfindet. Diese Onlinekultur, die vor allem von Bilderrwitzern und Insiderhumor lebt, stellt Politik, Zivilgesellschaft, Medien und nicht zuletzt die politische Bildung vor eine große Herausforderung.

2003 ging ein imageboard namens „4chan“ online. Imageboards sind Foren, in denen sich hauptsächlich über und mit Bildern ausgetauscht wird. Ursprünglich für Manga- und Anime-Fans gedacht, entwickelte vor allem ein Unterforum

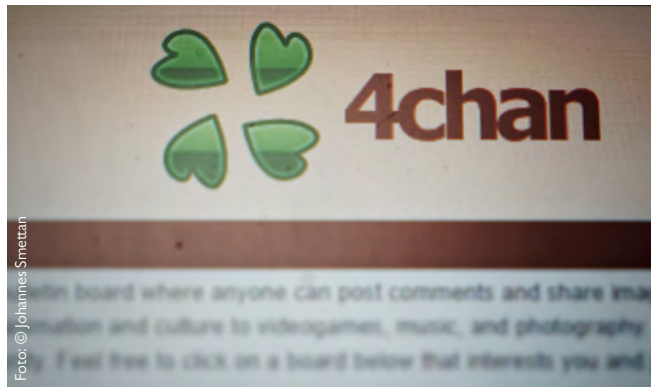
<sup>45</sup> Stochastischer Terrorismus: „die gezielte Radikalisierung einer Gruppe von Menschen durch Massenmedien mit dem Ziel, dass ein Element aus dieser Gruppe eine Grenze überschreitet und zu gewalttätigen Mitteln greift.“ (Rene Walter in „El Paso und 8chans Gamification of Rightwing-Terror“ zuletzt abgerufen am 6.8.2019 14:30 Uhr <https://nerdcore.de/2019/08/04/el-paso-und-8chans-gamification-von-rightwing-terror>)

eine große Reichweite: das Unterforum „random“ (dt. Zufall), später auch einfach „/b/“ genannt. Zusammen mit dem Unterforum „/pol/ – Politically Incorrect“ sind diese beiden Unterforen auch heute noch die Klickbringer auf der Seite. Vor allem zwei Faktoren sorgten für den raschen Zulauf: dort war es möglich, anonym zu posten und es gab so gut wie keine Moderation. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich in diesen Foren eine breite Nutzer\*innenbasis, die tausende Beiträge pro Stunde veröffentlichte. Schon 2004 formierte sich auf 4chan eine Gruppe namens „Anonymous“, die bereits kurze Zeit später ins Licht der Öffentlichkeit trat: mit Hackerangriffen auf staatliche Organisationen, aber auch auf Unternehmen und Gemeinschaften wie die Scientology-Kirche. Einer kurzen Phase der Aktivitäten, auch befeuert durch die Occupy-Proteste, folgte eine rigorose Verfolgung durch die Justiz und dann wurde es erst mal wieder ruhig um die Chan-Anhänger\*innen.

Ab 2010 etwa formierte sich auf 4chan der Vorläufer dessen, was später als „Alt-Right“, die alternative Rechte, bekannt werden sollte und auf 8chan<sup>46</sup> (einem Nachfolgerforum von 4chan) bis heute eine wichtige Basis hat. Ohne Partei, Ideologie oder Vordenker entwickelte sich aus anonymen Posts, rassistischen Beleidigungen und Bilderwitzen eine ganze Kultur mit versteckten Symbolen und Codes, die nur von wenigen Eingeweihten bestimmt wird, die aber trotzdem von weiten Teilen der „Normies“ (der „Normalen“) gelesen werden kann. Die Alt-Right, ist vor allem, aber nicht nur in den USA sehr erfolgreich. Auch in Deutschland haben Chan-Webseiten wie „Krautchan“ eine feste Nutzer\*innenbasis aus der rechten Szene, die wie keine andere politische Richtung momentan von dieser „Bilderwitzkultur“ profitiert.

### Memeculture – Bilderwitze mit Botschaft

Diese meist einfachen Bilderwitze, genannt „Memes“<sup>47</sup>, sind vielleicht einer der wichtigsten Bestandteile der globalen Inter-



netkultur und sie prägen bereits heute eine ganze Generation Heranwachsender. Nur ein Bruchteil der weltweit kursierenden Memes haben einen explizit politischen Inhalt, doch unter denen mit politischen Inhalten haben vor allem rechtsradikale Memes einen erstaunlichen Verbreitungsgrad. Die Bandbreite reicht dabei von Antisemitismus über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass auf Frauen bis hin zu rechtsextremen Verschwörungsideologien.

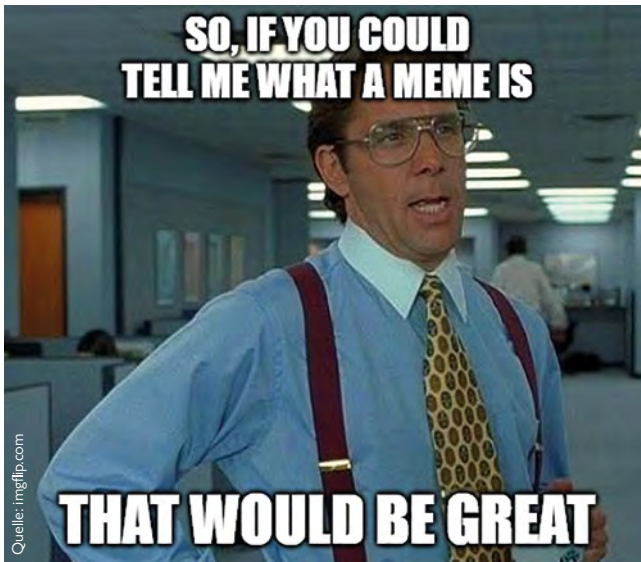
Das alleine wäre schon Grund genug, sich in der politischen Bildung damit zu beschäftigen. Doch kommen wir auf die oben genannten Terroranschläge in Christchurch und El Paso zurück. Die Täter haben ihre Tat auf die Zuschauer\*innen ihrer anonymen Filterblase der chan-Kultur zugeschnitten. In im Vorfeld versandten Manifesten beziehen sie sich, neben wenigen „Klassikern“ rechtsradikaler Verschwörungsideologien, immer wieder auf Referenzpunkte und Insiderhumor aus dem chan-Umfeld. Der Christchurchattentäter verweist sogar noch im Live-Video seines Angriffs immer wieder auf populäre Memes und erfüllt so die Erwartungen seiner Fans. Die danken es ihm damit, dass sein Video rasante Verbreitung findet. Wurde das Video live „nur“ 4.000mal geklickt, sind nur wenige Stunden nach der Tat Millionen Kopien des Videos online. Alleine Google meldete, dass zur Hochphase weltweit jede Sekunde jemand versucht hat, das Video auf YouTube zu stellen.

Chan-Webseiten sind heute nicht mehr nur Imageboards, sie sind für viele Menschen inzwischen „social-news-aggregators“. Das heißt, in einer Zeit, in der den großen Medienhäusern

<sup>46</sup> Nach den Anschlägen in Christchurch, El Paso und Poway verschwand 8chan (InfinityChan) wegen des starken öffentlichen Drucks aus dem Clearnet. Nur vier Monate später, im November 2019, wurde 8chan unter dem neuen Namen „8kun“ wieder online gestellt.

<sup>47</sup> Memes können auch Videos, Gifs oder Audiodateien sein. Die überwiegende Mehrzahl sind jedoch Bilder. Um den Text nachvollziehbar zu halten, wird das hier verkürzt dargestellt.





misstraut wird und durch das Internet globale Informationen im Sekundentakt bezogen werden können, verströmen solche Webseiten die vermeintlichen Authentizitäten des „Graswurzeljournalismus“<sup>48</sup>. Völlig ohne Moderation und ungeprüft kann dort jede\*r Informationen einstellen. Doch dem System wohnt eine gefährliche Logik inne: Wer viele Reaktionen in Form von Kommentaren, Likes und Co. hervorruft, dessen Nachricht bleibt lange „oben“ und erfährt so größere Verbreitung. Das betrifft nicht nur die Memes, sondern auch die dazugehörigen Texte. Da die Moderation fehlt oder nur sehr lasch ist, wird ein gefährlicher Mechanismus in Gang gesetzt, der kaum zu bremsen ist.

### „Gegenrede“ – ein Teil des Problems?

Hier muss klar zwischen den kommerziellen Sozialen Netzwerken (wie bspw. facebook) und der chan-culture unterschieden werden. Die kommerziellen Anbieter, milliarden-

schwere Unternehmen, haben vor wenigen Jahren vor allem das Konzept der „Counter Speech“ (dt. „Gegenrede“) propagiert. Das hielt ihre Kosten gering und sie konnten sich als Vertreter von Meinungsfreiheit gerieren. Doch das Konzept der „Counter Speech“ ist gescheitert, denn es trägt dazu bei, dass die Verbreitung der Thesen eher beschleunigt als gebremst wird, weil jeder Kommentar, und sei es auch ein kritischer, dazu führt, dass die Algorithmen der Plattformen den Beitrag für noch relevanter halten. Je kontroverser das Thema, desto mehr Gegenkommentare, desto länger und prominenter wird der Post platziert. Ein sprichwörtlicher Teufelskreis, aus dem es technisch kaum ein Entkommen gibt.

Nachdem die Techriesen aus dem Silicon Valley eingesehen haben, dass das so nicht funktioniert, bauten sie die berüchtigten und intransparenten Löschtentren auf. Für die Chan-Kultur ist das hingegen irrelevant. Sie findet auf Plattformen statt, die sich eine menschliche Moderation entweder nicht leisten können oder noch viel öfter: sich gar nicht leisten wollen. Hier gilt die Aufmerksamkeit denjenigen, die am lautesten und radikalsten auftreten.

Politik und Zivilgesellschaft haben auf diese Herausforderung noch keine adäquate Antwort gefunden. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die Akteur\*innen dieser Kultur anonym auf dem Planeten verteilt leben und eine direkte Ansprache so kaum möglich ist.

### Was kann die politische (Jugend-)Bildung tun?

Für die politische Bildung erwächst daraus die zentrale Frage, wie ein sinnvoller Umgang mit dieser Form der Netzkultur aussehen kann.

<sup>48</sup> Unter Graswurzeljournalismus versteht man die Teilhabe der Zivilgesellschaft (also nicht hauptamtliche Medienmachende) an Medien und dem gesellschaftlichen Diskurs. In Deutschland ist die bekannteste Form wahrscheinlich die der Freien Radios bzw. des „Bürgerundfunks“. Echter Graswurzeljournalismus, wie die Freien Radios, arbeiten nach journalistischen Standards. Der vermeintliche Graswurzeljournalismus der Nutzer\*innen von Chan-Webseiten orientiert sich an keinen Standards und ist in der Regel nicht überprüfbar.





Foto: © Johannes Smetzin

## Offline – eine Gratwanderung

Im Seminarkontext, offline, gibt es bereits viele gute Ansätze zum didaktischen Umgang mit Hate Speech<sup>49</sup>. Für die politische Bildung ist der Umgang und die methodisch-didaktische Bearbeitung von Hate-Speech dennoch eine anspruchsvolle Gratwanderung. Der zu erwartende Diskussionskorridor reicht vom Recht auf freie Meinungsäußerung über menschenverachtende Äußerungen, die juristisch aber sagbar sind, bis

hin zu eindeutig strafbewehrten Aussagen. Das klare Aufzeigen von Beispielen, was sagbar ist und was strafrechtlich geahndet werden kann, ist dabei genauso wichtig wie das Stärken von Positionen, die sich gegen rassistische, antisemitische, frauenverachtende etc. Argumente richten.

Parallel dazu lassen sich auch Methoden einsetzen, bei denen im Seminar Produkte erstellt werden die dann online eingesetzt werden können. Methodische Ansätze wie #HopeSpeech (Evangelische Akademie Berlin) oder Memes4Respect (Arbeit und Leben Thüringen) lassen die Teilnehmenden

<sup>49</sup> Eine Liste mit erprobten Methoden und weiteren Informationen findet sich am Ende des Textes.

Memes erstellen, die eine positive Botschaft transportieren. Anschließend werden die Teilnehmenden ermuntert, diese Memes zu verbreiten. Den politischen Bildner\*innen muss allerdings bewusst sein, dass die Verbreitung dieser Memes im besten Fall sehr eingeschränkt bleibt und im schlimmsten Fall einen Shitstorm der Trolle bspw. von Alt-Right-Anhänger\*innen nach sich ziehen kann. Hier ist es von zentraler Bedeutung, dass der Kontakt auch nach dem Seminar gehalten wird, um die Teilnehmenden durch einen evtl. Shitstorm zu begleiten. Eine intensive Auseinandersetzung mit den möglichen Folgen ist daher pädagogische Notwendigkeit und erfordert gleichzeitig fundierte Kenntnisse im Umgang mit Social Media.

### Online – kaum Ideen

Wo es offline einige erfolgreiche Methoden gibt, sich mit der Hate-Culture auseinander zu setzen, gibt es online derzeit keine überzeugenden Ansätze.<sup>50</sup> Die politische Jugendbildung steht dieser Herausforderung derzeit größtenteils ideenlos gegenüber, lediglich Ansätze aus der Demokratiepädagogik oder Kampagnenarbeit liefern Ideen für einen Umgang mit dem online-Hass. Es liegt jedoch nicht an mangelndem Interesse oder fehlenden pädagogischen Konzepten in der politischen Jugendarbeit. Es sind vor allem zwei Herausforderungen, die gelöst werden müssen. Die kleinere der beiden Herausforderungen ist die Definition der Zielgruppe. Wer sich auf einer anonymen Chan-Plattform als 14-Jährige aus Unna ausgibt, kann in Wirklichkeit ein 53-Jähriger aus Regensburg sein. Die gewollte Anonymität der Plattformen macht das möglich. Das ist nicht nur aus Sicht der derzeitigen Fördermittelvorgaben ein Problem, sondern vor allem pädagogisch eine kaum handhabbare Herausforderung. Eine zielgruppenspezifische Ansprache und Pädagogik (im Fall der außerschulischen politischen Jugendbildung sind das Personen im Alter von 14-27 Jahren) ist seit Jahren ein Common Sense guter außerschulischer Pädagogik. Dazu gehört auch, dass die Teilnehmenden in den Bildungszusammenhängen Vertrauen mitbringen und erwarten dürfen. In einem rein online-basierten Kontext, idealerweise auch an

dem Ort, wo sich die Zielgruppe befindet, also den anonymen Chan-Plattformen, kann so ein Vertrauen nicht gewährleistet werden. Viel schlimmer: Die auf den Chan-Plattformen befindlichen Nutzer\*innen würden jeden Versuch in diese Richtung torpedieren.

Dies ist die zweite, ungleich größere Herausforderung: Jegliche (pädagogische) Intervention würde als Herausforderung verstanden werden. Die Nutzer\*innen, die zum Teil auch als „Trolle“ auftreten, würden in kurzer Zeit einen Shitstorm organisieren. Teilnehmende der Bildungsveranstaltungen würden zum Ziel dieser Angriffe und Interessierte wären abgeschreckt. Ein Dialog, wie ihn politische Bildung braucht, kann so nicht entstehen.

### Was bedeutet das für die politische Jugendbildung?

Die chan-culture ist ein globales Phänomen, das von nur wenigen tausend Menschen geprägt wird. Die Auswirkungen dieser Kultur sind aber gesamtgesellschaftlich zu spüren, sei es durch die millionenfache Weiterverbreitung der Memes, einer neuen Generation Politiker\*innen (Trump, Bolsonaro, Salvini), die diese Memes für ihre Politik nutzen oder durch die immer wieder auftretenden Terroranschläge. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen muss ebenso Teil der politischen Bildungsarbeit sein wie auch die Betrachtung aktueller Memes sowie der bewusste Umgang mit chan-Webseiten. Hier kann und muss die politische Bildung eine sinnvolle Ergänzung der medienpädagogischen Arbeit darstellen.

Das wird aber nicht reichen. Politische Bildung muss sich dringend mit jenem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang beschäftigen, den Eva Menasse in ihrer Dankesrede für den Börne-Preis so analytisch klar und begrifflich präzise benannt hat:

„Die alte Öffentlichkeit gibt es nicht mehr. Sie wird nicht irgendwann erledigt sein, sie ist es schon. Die Digitalisierung, die wunderbare Effekte auf viele Lebensbereiche hat, hat auf ihrem Ugrund, der menschlichen Kommunikation, eine alles zerstörende Explosion verursacht. Für die ehemalige Öffent-

<sup>50</sup> Ansätze wie bspw. der „LOVE-Sturm“ (<https://love-storm.de>) werden hier bewusst nicht genannt, da es sich hierbei nicht um politische Bildung, sondern um Kampagnenarbeit handelt.

lichkeit, die, mit all ihren Fehlern und Schwächen, einmal die informelle Macht der Demokratie war, hat es den Effekt, den es auf die Wirtschaft hätte, wenn jeder sich zu Hause sein eigenes Geld drucken könnte. Diese Zersplitterung in Millionen inkonvertibler Einzelmeinungen, dieses unverbundene und beziehungslose Sprechen und Schreiben könnten wir Ludwig Börne, wenn er plötzlich wiederauferstehen würde, wahrscheinlich wirklich nicht erklären.“<sup>51</sup>

Was Eva Menasse als „diskursive Erderwärmung“ bezeichnet, ist die wirkliche gesellschaftliche Herausforderung. Denn es geht um die gegenwärtige und v. a. die zukünftige Verfassung der Demokratie. Dieses Sachverhalts hat sich die politische Bildung – als ein Teil der „alten Öffentlichkeit“ – zu versichern. Hier steht sie noch am Anfang. Aber: am Anfang eines Prozesses, der selbst schon weit fortgeschritten ist.

### Weiterführende Links:

<https://www.bpb.de/252408/strategien-gegen-hate-speech>

<https://www.netzteufel.eaberlin.de>

<https://nohatenofake.wordpress.com/material-fuer-lehrkraefte>

<https://love-storm.de>

<https://www.lmz-bw.de/medien-und-bildung/jugendmedienschutz/hatespeech/hatespeech-unterrichtsmaterial>

[https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/?\\_search=hate](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/?_search=hate)

---

<sup>51</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/gesellschaftsdebatte-vom-verschwinden-der-oeffentlichkeit.1184.de.html?dram:article\\_id=453426](https://www.deutschlandfunk.de/gesellschaftsdebatte-vom-verschwinden-der-oeffentlichkeit.1184.de.html?dram:article_id=453426)





Foto: © Nik MacMillan on Unsplash

## (Anti)Rassismus in der Arbeitswelt

Ikram Errahmouni-Rimi

Menschen mit zugeschriebener oder tatsächlicher nicht-deutscher Herkunft machen im Laufe ihres Lebens auf unterschiedlichste Weisen und an verschiedensten Orten Rassismuserfahrungen. Nicht selten beginnen diese Erfahrungen bereits im Kindergarten oder in der Schule. Gerade die Institution Schule birgt hohe Diskriminierungsrisiken. So belegt eine Studie des Fachbereichs pädagogische Psychologie an der Universität Mannheim, dass Schüler\*innen mit einem nicht Deutsch klingenden Namen gegenüber Kindern, die der Mehrheitsgesellschaft zugeordnet werden, benachteiligt werden. Demnach werden Kinder aus Familien mit Migrationsbiographie trotz gleicher Rahmenbedingungen wie Sprachfähigkeiten und sozialer Herkunft für dieselbe Leistung bis zu einer halben Note schlechter bewertet.<sup>52</sup> Auch die Studie Vielfalt im

Klassenzimmer des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration aus dem Jahr 2017 stellt eine Benachteiligung aufgrund der (zugeschriebenen) Herkunft fest.

Als zentrales Ergebnis dieser Studie kann festgehalten werden, dass Lehrkräfte gegenüber türkischstämmigen Erstklässlern niedrigere Erwartungen haben als gegenüber anderen Gruppen – selbst, wenn diese objektiv die gleichen Leistungen erbringen.<sup>53</sup> Rassistische Diskriminierung findet also bereits früh statt und kann u.a. zur Folge haben, dass junge Menschen mit Migrationsbiographie (bzw. nicht-weiße Schüler\*innen) mit

52 (Biased) Grading of Students' Performance: Students' Names, Performance Level, and Implicit Attitude" ist erschienen in der Zeitschrift *Frontiers in Psychology* im Juni 2018.

53 Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)/Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) 2017: Vielfalt im Klassenzimmer. Wie Lehrkräfte gute Leistung fördern können, Berlin.

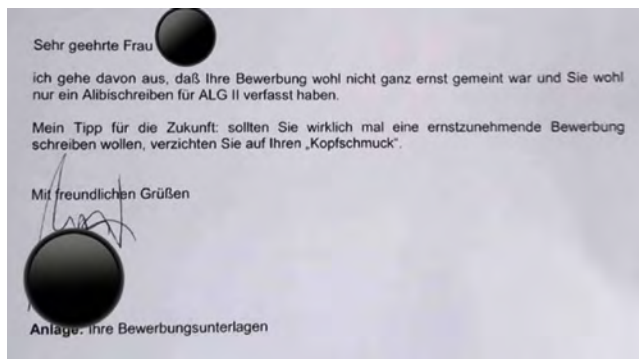
schlechteren Voraussetzungen in den Arbeitsmarkt starten als jene ohne. Deutlich wird dies im Übergangsprozess von der Schule in den Beruf.

### **Rassismus im Kontext des Beschäftigungsverhältnisses – Chancen von Anfang an ungleich verteilt**

In einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) von 2015 fühlte sich ein Drittel der befragten Personen diskriminiert. Als häufigster Lebensbereich wurde Arbeit angegeben. Knapp 50% der befragten Personen fühlten sich im Zusammenhang mit ihrem Beschäftigungsverhältnis diskriminiert.<sup>54</sup> Damit ist klar, dass die Arbeitswelt im Vergleich zu anderen Lebensbereichen ein enormes Diskriminierungsrisiko aufweist. Menschen kann der Zugang zur Beschäftigung aufgrund verschiedener Merkmale entweder erschwert oder gar verwehrt werden. So belegen mittlerweile mehrere Studien, dass Bewerber\*innen mit Migrationsbiographie signifikante Nachteile erleiden.

In einem ganz besonderen Maße wurden Diskriminierungen von muslimischen Bewerber\*innen sowie Bewerber\*innen aus Marokko, Albanien, Türkei und Äthiopien erfasst.<sup>55</sup> Sie haben im Vergleich zu herkunftsdeutschen Bewerber\*innen einen wesentlich schlechteren Zugang zu Arbeit. Dies trifft auch auf die Ausbildungsplatzsuche zu. Auch hier ist es so, dass Schulabgänger\*innen mit Migrationsbiografie in Bewerbungsverfahren deutlich seltener eine Rückmeldung erhalten als andere. Wenn sie eine Rückmeldung erhalten, sind diese häufiger Absagen als bei anderen Bewerber\*innen.<sup>56</sup> Rassistische Diskriminierung findet für viele junge Menschen also im Bewerbungsverfahren auf einen Ausbildungsplatz statt. Mit Blick auf Intersektionalität sei an dieser Stelle auch auf die besondere Situation von jungen Frauen mit Hijab (muslimische Kopfbedeckung von Frauen)

hingewiesen. Arbeitgeber\*innen dürfen Hijabträger\*innen aufgrund ihres Hijabs nicht aus dem Bewerbungsprozess ausschließen. Dies verbietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und es widerspricht auch der europäischen Rechtsprechung. Dennoch kommt es besonders häufig vor, dass Frauen ganz offen wegen des Hijabs abgelehnt werden. Ein Beispiel aus einem Beratungsfall (Bewerbung um einen Ausbildungsplatz als Steuerfachangestellte):



### **Mittelbar, unmittelbar – nicht hinnehmbar**

Rassismus kommt in vielen Arten daher. Nicht immer ist er deutlich sichtbar. Fühlen kann man ihn oft viel eher. Aus einer Beraterinnenperspektive kann man sagen, dass viele von Rassismus betroffene Personen nicht klar benennen oder erklären können, worin die rassistische Handlung besteht, obwohl sie den Rassismus spüren. In solchen Fällen handelt es sich häufig um eine mittelbare rassistische Diskriminierung. Das ist der Fall, wenn beispielsweise Regelungen oder Abläufe so formuliert sind, dass sie auf den ersten Blick neutral sind und für alle gelten, aber in der Konsequenz eine bestimmte Gruppe im Zusammenhang mit Ethnie und Herkunft benachteiligt.

Das könnte eine Regelung sein, in der das Tragen von Kopfbedeckungen in den Büroräumen verboten wird. Mittelbar würden dadurch Hijabträgerinnen diskriminiert. Gleiches gilt für Stellenausschreibungen, die „muttersprachliche Deutschkenntnisse“ voraussetzen (obwohl diese für die Tätigkeit nicht relevant sind). Rassismus am Arbeitsplatz kann aber auch un-

<sup>54</sup> Beigang, Steffen; Fetz, Karolina; Kalkum, Dorina; Otto, Magdalena (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung. Hg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden: Nomos.

<sup>55</sup> Ruud Koopmans, Susanne Veit, Ruta Yemane: Ethnische Hierarchien in der Bewerberauswahl: Ein Feldexperiment zu den Ursachen von Arbeitsmarktdiskriminierung. Discussion Paper SP VI 2018-104 Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2018).

<sup>56</sup> Diskriminierung am Ausbildungsmarkt: Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven. Studie | März 2014.

mittelbar erfolgen in Form von rassistischen Witzen, Personenbezeichnungen, Beleidigungen oder Ausgrenzung mit direktem Bezug zu (zugeschriebener) Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit. In jedem Fall ist Rassismus am Arbeitsplatz und auch anderswo nicht hinnehmbar. Das Aufsuchen einer externen Beratungsstelle kann helfen, um das Empfundene richtig einordnen und evtl. auch rechtlich bewerten zu können, ohne dass interne Strukturen direkt informiert sind.

## Rassismus – zwischen Begrifflichkeiten und Emotionen

Bevor im Verlauf dieses Textes Handlungsmöglichkeiten und Abwehrmechanismen thematisiert werden sollen, ist eine Auseinandersetzung mit dem Begriff notwendig. Denn das Eine ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rassismusbegriff. Das Andere ist das, was dieses Wort bei Menschen und Institutionen auslöst, wenn sie sich damit konfrontiert sehen. Aber was bedeutet Rassismus überhaupt? Es existieren mehrere unterschiedliche Definitionen von Rassismus, die sich je nach Kontext unterscheiden. So beschreibt die UN Rassismus im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung als:

„...jede auf der Rasse<sup>57</sup>, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.“

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz definiert Rassismus hingegen als:

57 In deutschsprachigen Gesetzestexten ist leider immer wieder von „Rasse“ die Rede, obwohl wissenschaftlich längst klar ist, dass es keine „Rassen“ gibt. Das ist natürlich problematisch, weil durch die Verwendung dieses Wortes rassistische Vorstellungen fortgeschrieben werden. Dieser Umstand wird auch von Jurist\*innen und Aktivist\*innen scharf kritisiert. Von verschiedenen Seiten wird gefordert, dieses Wort durch „aus rassistischen Gründen“ zu ersetzen. Bisher sind diese Vorschläge nicht umgesetzt worden.

„... Die Überzeugung, dass ein Beweggrund wie Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit oder nationale oder ethnische Herkunft die Missachtung einer Person oder Personengruppe oder das Gefühl der Überlegenheit gegenüber einer Person oder Personengruppe rechtfertigt“.

Der Vergleich beider Definitionen ist deshalb interessant, weil bei der Ersteren keine Überzeugung vorausgesetzt wird, sondern allein eine Handlung nach rassistischen Motiven bewertbar ist. Nach der Definition der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz hingegen gilt eine Handlung erst als rassistisch, wenn dahinter eine entsprechende Überzeugung steht. Im Umkehrschluss bedeutete das, dass rassistische Äußerungen und Handlungen nicht als solche bewertet werden könnten, wenn eine entsprechende Überzeugung nicht klar erkennbar ist. Dieser Mechanismus verbirgt sich hinter der häufigen Rechtfertigung, man habe etwas Gesagtes ja gar nicht rassistisch gemeint, also könne es nicht rassistisch sein. Das ist problematisch, weil es Betroffenen so nicht möglich gemacht wird, gegen etwas vorzugehen bzw. Rassismus zu benennen. Eine dritte, aus rassistuskritischer Sicht treffende Definition von Albert Memmi (Soziologe) beschreibt Rassismus wie folgt:

„Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver biologischer Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.“

Tatsächlich ist genau das ein wesentlicher Aspekt von Rassismus – die Abwertung eines Gegenübers, die mit einer Besserstellung der eigenen Gruppe einhergeht und dies ganz unabhängig von der Absicht oder Überzeugung. Wenn zum Beispiel Menschen aufgrund ihrer (vermeintlich) anderen Herkunft keine Wohnung vermietet wird, bedeutet das eine bessere Chance auf dem Wohnungsmarkt für Menschen ohne diese vermeintliche andere Herkunft.

In gesellschaftlichen und politischen Diskursen fehlt diese Perspektive weitestgehend. Über Rassismus wird fast ausschließ-



lich im Kontext von Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus gesprochen. Untermalt wird dies mit Bildern von Neonazis auf Demos oder sogenannten Identitären, die laut marschierend rassistische Parolen von sich geben. Das wirkt sich auf das allgemeine Verständnis von Rassismus aus. Rassist\*in ist dementsprechend nicht, wer rassistisches sagt oder tut, sondern nur wer sich als Rassist\*in bekennt. Das macht die Thematisierung und den Hinweis darauf, dass in Äußerungen oder Handlungen Rassismus steckt für Betroffene oder Mitstreiter\*innen so schwierig. Schließlich möchte niemand mit o.g. Gruppe in Verbindung gebracht werden. Was dann häufig entgegnet wird, ist eine große Empörung, die nicht selten eine Täter- Opfer-Umkehr nach sich zieht. Ein erster Schritt Rassismus entgegenzutreten ist also ein anderer Umgang mit dem Begriff und der Reflektion eigener Haltungen und Handlungen sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene.

### **Rassistisch diskriminiert – Handlungsmöglichkeiten für Betroffene**

Das Diskriminierungsverbot, das einen Schutz vor rassistischer Diskriminierung einschließt, ist als Grundrecht in der Verfassung verankert. Einschlägigen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung in unterschiedlichen Lebensbereiche auf Bundesrechtsebene bietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Dies gilt für den Bereich Beschäftigung in besonderem Maße, weil das AGG nicht nur Arbeitnehmer\*innen vor Diskriminierung schützt, sondern auch Bewerber\*innen, Auszubildende, Leiharbeiter\*innen, freiberuflich tätige sowie in Heimarbeit beschäftigte Personen und Personen, deren Arbeitsverhältnis bereits beendet ist. Konkret verbietet das AGG jegliche Form von Diskriminierung aufgrund rassistischer Gründe, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Von Diskriminierung spricht man dann, wenn es sich um eine Ungleichbehandlung ohne sachlichen Grund handelt.

Demnach ist nicht jede Benachteiligung eine Diskriminierung. Wenn beispielsweise Frauen bei gleicher Eignung bevorzugt werden, ist das benachteiligend für männliche Bewerber\*innen.

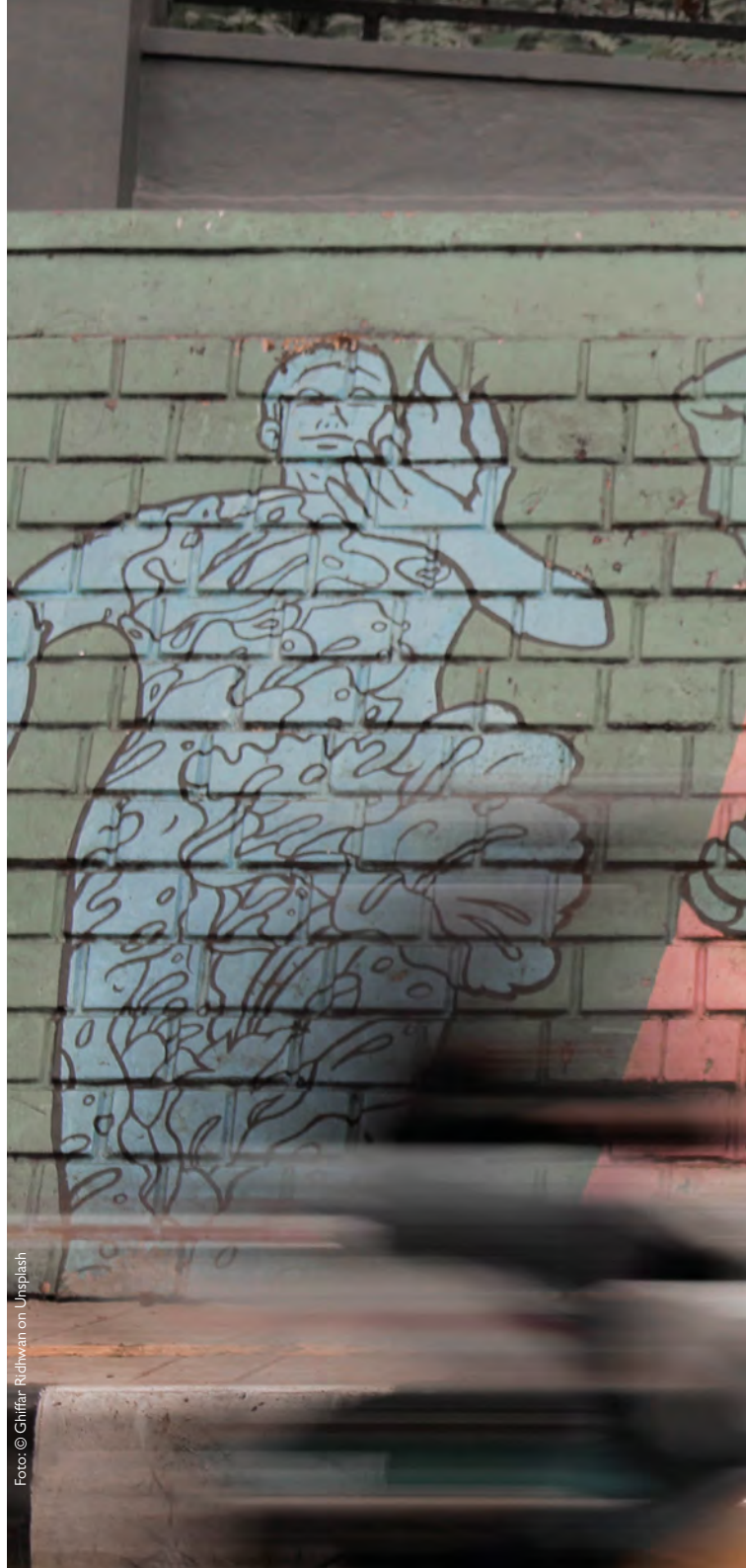


Foto: © Ghiffar Ridhwan on Unsplash

Es gibt für dieses Vorgehen aber einen sachlichen Grund und das ist der Nachteilsausgleich für Frauen. Ähnlich verhielte es sich, wenn in einem Frauenhaus zwecks Anstellung nur Frauen gesucht würden. In diesem Fall gäbe es einen sachlichen Grund.

In § 13 AGG findet sich außerdem die rechtliche Grundlage zur Einrichtung einer „zuständigen Stelle bei Diskriminierung“. Demnach ist jede\*r Arbeitgeber\*in dazu verpflichtet, eine zuständige Stelle im Betrieb oder der Dienststelle einzurichten, an die sich Beschäftigte wenden können sollen, wenn sie das Gefühl haben diskriminiert worden zu sein. Es reicht das subjektive Empfinden. Diese Stelle ist dazu verpflichtet, die Beschwerde entgegenzunehmen, den Sachverhalt zu ermitteln und zu entscheiden, ob es sich um eine Diskriminierung handelt oder nicht.

Das Ergebnis dieser Prüfung muss der beschwerdeführenden Person mitgeteilt werden. Im Falle einer festgestellten Diskriminierung muss Abhilfe geschaffen werden. Die Zuständigkeit und Entscheidungsmacht über die Ansiedlung und Ausgestaltung dieser Stelle obliegt dem/der Arbeitgeber\*in. Er oder sie benennt eine oder mehrere mit der Funktion einer Beschwerdestelle betraute Personen bzw. könnte gemäß Mindestanforderungen des § 13 AGG auch selbst diese Funktion ausführen. Das hängt damit zusammen, dass bei einer festgestellten Diskriminierung angemessene Maßnahmen getroffen werden müssen. Hierbei kann es sich eben auch um eine Abmahnung oder gar Kündigung handeln, also Maßnahmen, die nur Arbeitgeber\*innen beschließen können. Wichtig ist zu wissen, dass der Beschwerdeprozess nach § 13 AGG beginnt, sobald die Beschwerdestelle Kenntnis von dem Vorfall erhält. Man kann also nicht einen Vorfall schildern, ohne dass die Beschwerdestelle tätig wird. Wenn also zunächst eine umfangreiche Beratung erfolgen soll, ist die Beschwerdestelle nicht die richtige Anlaufstelle.

Darum empfiehlt es sich, zunächst einmal in einem Gespräch die eigenen Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Hierfür kommen unterschiedliche Gesprächspartner\*innen in Betracht. Man kann sich an den Betriebs- oder Personalrat wenden oder an Interessensvertreter\*innen im Betrieb. Alternativ

dazu kann eine externe Beratungsstelle aufgesucht werden, wie sie auch bei einigen Landesorganisationen von Arbeit und Leben angesiedelt ist, zum Beispiel ADA – Antidiskriminierung in der Arbeitswelt bei Arbeit und Leben Bremen. Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Berlin bietet telefonische Beratung in Fällen von Diskriminierung an. Diese Stellen können darin unterstützen zu verstehen, was einem passiert ist und dabei helfen festzustellen, was der Handlungsbedarf ist. Im Idealfall entscheiden nur die betroffenen Personen darüber, ob und welche Schritte eingeleitet werden sollen. So könnte eine Fallberatung auch zu dem Ergebnis kommen, dass ein Beschwerdeverfahren nicht das beste Mittel ist, sondern dass Beratung und Begleitung durch Fachstellen zielführender ist. In anderen Fällen kann dies aber aussichtslos sein und eine Beschwerde erscheint notwendig.

Folgende Punkte sind für ein erfolgreiches Verfahren besonders wichtig:

- Rassistische Vorfälle sollten möglichst genau dokumentiert werden:
  - Wann ist was passiert?
  - Wo ist es passiert?
  - Wer war dabei?
- Zeug\*innen sollten nach Möglichkeit einbezogen werden: „Hast Du das mitbekommen“?
- Wenn vorhanden, sollten Mitstreiter\*innen gesucht werden. Gemeinsam ist es einfacher sich zu wehren als im Alleingang
- Machtgefälle und Abhängigkeitsverhältnisse sollten mitgedacht werden

Der letzte Punkt ist ein ganz entscheidender. Denn auch wenn es einen rechtlichen Diskriminierungsschutz gibt, ist er leider nicht lückenlos. Wenn ein Arbeitsvertrag befristet ist, kann ein Beschwerdeverfahren dazu führen, dass er nicht mehr verlängert wird. Das AGG beinhaltet zwar ein Maßregelungsverbot

(Beschwerdeführenden Personen dürfen aus der Beschwerde keine nachteiligen Konsequenzen erwachsen). Aber es ist schlicht nicht immer einfach einen kausalen Zusammenhang zwischen einem nicht verlängerten Arbeitsvertrag und einer Beschwerde nachzuweisen. Ähnlich verhält es sich in Probezeiten oder bei Beförderungen.

Losgelöst vom Beschwerdeverfahren nach dem AGG könnte bei besonders gravierenden Fällen auch eine strafrechtliche oder formal streng arbeitsrechtliche Behandlung in Frage kommen.

### **Was es braucht – ein diskriminierungssensibles und rassismuskritisches Arbeitsumfeld**

Wie in vielen Bereichen, in denen Ungerechtigkeiten passieren, ist auch in der Antirassismus- bzw. Antidiskriminierungsarbeit neben Intervention Prävention von großer Bedeutung. Das gibt auch das AGG vor. Gem. § 12 AGG sind Arbeitgeber\*innen verpflichtet, präventive Maßnahmen zum Schutz vor Benachteiligungen zu treffen. Dazu können Fort- und Weiterbildung mit dem Zweck der Sensibilisierung dienen. Hierbei unterstützen kann der Betriebs- oder Personalrat. Dieser kann auf solche Schulungs- und Fortbildungsverpflichtungen hinweisen und auch die Implementierung einer Beschwerdestelle initiieren. Auch hier ist es enorm wichtig, dass eine gute Qualifikation gegeben ist. Denn nur für Rassismus und Diskriminierung sensibilisierte und entsprechend qualifizierte Personen können ein gutes Beschwerdeverfahren durchführen und vertrauenswürdig wirken. Diskriminierungssensibel ist ein\*e Arbeitgeber\*in nicht, wenn vorgegeben wird, dass es keinerlei rassistische oder diskriminierende Vorfälle gibt (manchmal auch mit einem entsprechendem Schild am Gebäude zu sehen: „Institution ohne Rassismus“), sondern wenn es transparente und geeignete Mechanismen gibt, Beschwerden einzureichen und benachteiligende Strukturen sichtbar zu machen. Das setzt eben einen Paradigmenwechsel voraus. Rassismus darf nicht als Vorwurf oder gar Attacke verstanden werden, sondern als herrschendes, in unserer Gesellschaft tief verankertes auch strukturelles System, das Menschen durch



Foto: © Ghiffar Ridhwan on Unsplash

bestimmte Handlungen diskriminieren und ausgrenzen kann und sich eben auch in der Arbeitswelt wiederfindet.

Wieso auch nicht in der Arbeitswelt? Arbeitgeber\*innen sollten daher einen offenen und transparenten Umgang mit Rassismus nicht scheuen, weil sie es als „Zugeben“ einer Schwäche oder eines Führungsfehlers sehen. Vielmehr sollte ein offener Umgang mit Rassismus am Arbeitsplatz als Chance gesehen werden, als progressive\*r Arbeitgeber\*in mit ethischen und gerechten Ansprüchen wahrgenommen zu werden. Ein Schild mit der Aufschrift „Institution mit rassistischen Strukturen, aber wir arbeiten dran“ wäre also eine zu überdenkende Alternative.





## **Kenne Deine Rechte!** **Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit**

Befasst man sich mit Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit, bekommt man insbesondere als betroffene Person, nicht selten das Gefühl gegen die Gegebenheiten nichts ausrichten zu können. Das ist angesichts der strukturellen Verankerung von Rassismus in unserer Gesellschaft sowie der Zunahme rechter Diskurse auf politischer Ebene auch nicht verwunderlich. Umso wichtiger ist es, sich zu stärken. Auf individueller Ebene, als betroffene Person kann Empowerment hilfreich sein. Geschützte Räume, in denen sich über Erfahrungen und Bewältigungsstrategien ausgetauscht werden kann, sind für betroffene Personen

enorm wichtig. Stärkend kann ebenfalls sein, zu wissen, welche Handlungsoptionen einem das Recht bietet. An dieser Stelle kann (politische) Bildungsarbeit wirken. Zum einen kann sie im Rahmen von Wissensvermittlung jungen Menschen bzw. Auszubildenden dazu dienlich sein sich zur Wehr zu setzen. Zum anderen kann Bildungsarbeit schon früher ansetzen und junge Menschen für Diskriminierung sensibilisieren.

Zudem ist es wichtig Strukturen, die in Betrieben, Dienststellen und (Berufs)schulen zur Interessenvertretung existieren, sichtbar zu machen und sie stetig zu qualifizieren. Hierbei könnte es sich um Betriebs- und Personalräte, Vertrauenslehrende, Ausbildungs-, Gleichstellung-, Schwerbehinderten- und Diversity-beauftragte handeln. Diese wären auch denkbar gute Initiator\*innen zur Implementierung einer Beschwerdestelle nach AGG.<sup>58</sup>

Jedenfalls aber, kann man sagen, dass man nicht aktiv organisiert sein muss, um sich gegen Rassismus und Diskriminierung einzusetzen. Allem voran ist es wichtig, sich mit betroffenen Personen zu solidarisieren und gemeinsam dafür zu sorgen, Strukturen zu schaffen, die Rassismus sichtbar machen und Abhilfemaßnahmen durchzusetzen.

<sup>58</sup> Wenn Arbeitgeber\*innen der Verpflichtung zur Einrichtung einer zuständigen Stelle nicht nachkommen, können Betriebsräte oder Gewerkschaften beim Arbeitsgericht beantragen, dass diese Handlung vorgenommen wird.

# Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

**Mart Busche** (Dipl. Pol.) forscht und lehrt im Bereich Gender und Queer Studies, kritische Männlichkeiten\*, Intersektionalität und Gewaltprävention und ist derzeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin im Projekt „JupP“: Jungen\*pädagogik und Prävention von sexualisierter Gewalt“ tätig.

**Samir Čolić** ist pädagogischer Mitarbeiter beim Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN.

**Larissa Denk** ist Koordinatorin und Referentin des Programms „breit aufgestellt“, einer Fortbildung von Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Sie ist Ethnologin und promoviert zur jüdischen Diaspora in Südafrika.

**Ikram Errahmouni-Rimi** ist Juristin mit Schwerpunkt Antidiskriminierung, Mitarbeiterin im öffentlichen Dienst und freiberufliche Referentin zu Antidiskriminierung, Antirassismus, Antimuslimischer Rassismus und Beschwerdestelle nach § 13 AGG.

**Nissar Gardi** ist Bildungsreferentin für die Beratungs- und Bildungsarbeit im Projekt empower bei ARBEIT UND LEBEN Hamburg.

**Tilo Garlipp-Gramann** ist Bildungsreferent bei ARBEIT UND LEBEN Sachsen-Anhalt.

**Andreas Hechler** (M.A. Europäische Ethnologie / Gender Studies) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Bildungsreferent bei Dissens – Institut für Bildung und Forschung in Berlin. Er ist tätig in der Prozessbegleitung, Evaluation und Fortbildung mit einem besonderen Fokus auf mehrdimensionalen Formen der Diskriminierung und Privilegierung.

**Nour Khelifi** ist freie Journalistin und Mitglied des Kollektivs „Datteltäter“.

**Marjaan Mandeh-Garian** ist Bildungsreferentin u.a. mit den Themen Rassismus, Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft und Demokratiestärkung. Sie leitet die Koordinierungs- und

Fachstelle der Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt Altona und arbeitet freiberuflich als Trainerin im Bereich Antidiskriminierung und Empowerment.

**Lena Nising** ist Jugendbildungsreferentin bei ARBEIT UND LEBEN Hamburg.

**Jean-Daniel Mitton** ist pädagogischer Mitarbeiter beim Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN.

**Friederike Reher**, Diplom-Pädagogik, Fachwirt\* für Büro- und Projektorganisation, Management für öffentliche Fördermittel (Fundraising). Arbeit in der Wissenschaft und politischen Bildung zu den Themen der Antidiskriminierungspädagogik. Verantwortung für die Homepage 'Portal Intersektionalität' ([www.portal-intersektionalitaet.de](http://www.portal-intersektionalitaet.de)), zusammen mit Prof. Dr. Katharina Walgenbach. Beratung zu Fundraising-Strategien, Lektorat für Wissenschafts- und Fachpublikationen, Übersetzungen in Leichte Sprache.

**Sabine Ricken** war bis 12/2019 Jugendbildungsreferentin bei ARBEIT UND LEBEN im Saarland.

**Grete Schläger** ist Jugendbildungsreferentin bei ARBEIT UND LEBEN Bremen.

**Herbert Schmid** ist Jugendbildungsreferent bei ARBEIT UND LEBEN in Bayern.

**Jens Schmidt** ist Bildungsreferent bei ARBEIT UND LEBEN Hamburg.

**Johannes Smettan** ist Jugendbildungsreferent bei ARBEIT UND LEBEN Thüringen.

**Anna Tötter** ist Jugendbildungsreferentin bei ARBEIT UND LEBEN Schleswig-Holstein.









[www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de)